

Blätter des Bundes der  
Religiösen Sozialistinnen  
und Sozialisten  
Deutschlands e.V.

2-3/12

August 2012 · 65. Jahrgang  
Einzelverkauf 8,- €

## Für Frieden und Menschenrechte

Reinhard Gaede/Wilfriede Dieter  
**Frieden für Israel und Palästina**

Ullrich Hahn/Michael Schmid  
**Leben für Frieden und Gerechtigkeit**

Naho Dietrich-Nemoto/Takashi Uesugi  
**Ein Jahr nach dem GAU in Fukushima**

Jürgen Schübelin  
**Solidarität mit den Kindern der Mapuche in Chile**

Deonal Sinaga  
**Tumaini: Wo man Träume noch leben kann.**

Rafael Dreyer  
**Gemeinsam Kirche sein in Palermo**

International League of Religious Socialists (ILRS)  
**Erklärung zum Arabischen Frühling**

Rainer Doerbaum  
**Das verdrängte Erbe der Bekennenden Kirche**

Ulrich Adler  
**Rede auf einer Demonstration gegen den Kapitalismus**

Rezensionen

Bundesnachrichten

CHRISTIN  
CHRIST UND  
SOZIALISTIN  
SOZIALIST

**CUS**

# KREUZ UND ROSE



## IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/  
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**  
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

### Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

### Vorstand:

Michael Distelrath, Reinhard Gaede,  
Dieter Hönerhoff, Anneke und Florian Ihlenfeldt, Thorsten de Jong,  
Alois Schwarz

### Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)  
Wiesestr. 65, D-32052 Herford  
Tel. 0 52 21/34 25 56  
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de  
Dieter Hönerhoff  
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford  
DieterHoe@t-online.de

### Redaktions-Beirat:

Friedrich-Wilhelm Bargheer, Blomberg  
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld  
Doris Gerlach, Herford  
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen  
Fritz Hufendiek, Berlin  
Elmar Klink, Bremen  
Helmut Pfaff, Frankfurt  
Wieland Zademach, Unkel

### CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

### Webmaster:

Darius Dunker, Aachen  
Erscheinungsweise vierteljährlich

### Abonnements:

Dieter Hönerhoff  
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford  
DieterHoe@t-online.de

### Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer  
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:  
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa  
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-  
abonnement € 25,- oder mehr.  
Kündigungen werden zum Jahresende  
wirksam. Bitte überweisen Sie den  
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an  
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350  
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010  
Internationale Überweisungen:  
IBAN DE 15350601902119457010  
BIC GENODED1DKD

### Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann,  
Kreativ-Schmie.de, Hamburg  
www.kreativ-schmie.de

### Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-  
Brüder des heiligen Franziskus  
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe,  
Düsseldorf

ISSN 0945-828-X

## INHALT

<b>Editorial</b> .....	1
Reinhard Gaede <b>Jesus sieht die Stadt und weint</b> .....	4
Iris und Dana, Gudrun und Rose <b>Begegnung: Frauen aus Palästina und Israel</b> .....	8
Ullrich Hahn <b>Leo Tolstoi – Leben gegen den Krieg</b> .....	15
<b>Aufschrei Waffenhandel</b> .....	15
Michael Schmid <b>Lebenshaus Schwäbische Alb</b> .....	22
Naho Dietrich-Nemoto <b>„Auf Kosten meiner Heimat und ihrer Kinder“</b> .....	25
Takashi Uesugi <b>Japan. Das Ende der Atomkraft</b> .....	35
Jürgen Schübelin <b>Solidarität mit Kindern der Mapuche in Chile</b> .....	38
Deonal Sinaga <b>Tumaini: Wo man Träume noch leben kann</b> .....	41
Rafael Dreyer <b>Lasst uns Brücken bauen!</b> .....	44
International League of Religious Socialists (ILRS) <b>Erklärung zum Arabischen Frühling</b> .....	47
Rainer Doerbaum <b>„Das verdrängte Erbe der Bekennenden Kirche“</b> .....	49
Ulrich Adler <b>Demonstration gegen den Kapitalismus</b> .....	54

## Rezensionen

Doris Gerlach <b>Katholisch in Zeiten der Globalisierung</b> .....	58
Frank-Matthias Hofmann <b>„Ich sterbe ruhig und mutig.“</b> .....	60
Ulrich Peter <b>Kirchenrecht im Sozialismus</b> .....	61
<b>CD-Tipp: erdverbunden, luftvermählt</b> .....	64

## Bundesnachrichten

Reinhard Gaede <b>Die Jahrestagung des BRSD in Herford</b> .....	65
Thorsten de Jong <b>Die religiöse Linke mobilisieren – aber wie?</b> .....	68
<b>Der neue Vorstand des BRSD</b> .....	70
<b>Presseerklärung</b> .....	73
<b>Leserbrief: Hiroshima – Gedenken</b> .....	76

<b>Bilder und Fotos</b> .....	76
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	77

# Editorial

Für Frieden und Menschenrechte“ heißt das Thema dieses Heftes. Immer mehr werden in aller Welt wie auch in unserm Land Rechte der Menschen ausgehöhlt. „Der verkaufte Bürger“ hieß die Schlagzeile auf der Titelseite der Frankfurter Rundschau vom 10. Juli 2012. Das neue Meldegesetz der schwarz-gelben Koalition würde es den Ämtern erlauben, die Daten der Bürger und Bürgerinnen an Adressen-Händler zu verkaufen. Ein Ausverkauf von Bürgerrechten in weniger als einer Minute. Die Entrüstung war groß. Gefährlicher für uns ist noch dies: „Ein Gesetzentwurf der schwarz-gelben Koalition sieht vor, dass Vereine, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, ihre Steuerprivilegien verlieren. Die Steuerpflicht wäre für Vereine wie Attac, Greenpeace und Robin Wood das Aus.“ (Steven Geyer, FR. 12.7.2012). Mit Attac ist der BRSD verbündet. Mit Recht haben Umwelt-, Menschen- und Bürgerrechtsgruppen massiven Protest erhoben. Attac und andere Vereine schreiben in seinem Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten: „Eine von Schwarz-Gelb geplante Änderung der Abgabenordnung würde dem Verfassungsschutz ermöglichen, ohne Anhörung der Betroffenen, über den Fortbestand einzelner gemeinnütziger Organisationen zu entscheiden.“ Und weiter auf der Homepage: „Betroffene Organisationen würden nicht einmal angehört. Der Verfassungsschutz wäre damit Kläger und Richter zugleich – und müsste nicht einmal seine Quellen offen legen. Das widerspricht rechtsstaatlichen Prinzipien und würde dem Verfassungsschutz eine inakzeptable Macht über einen wichtigen Teil der Zivilgesellschaft geben. Der Verlust der Gemeinnützigkeit würde für viele Organisationen das Aus bedeuten: Spenden an sie wären nicht mehr steuerlich absetzbar, die Befreiung von der Körperschaftssteuer wäre aufgehoben, und unter Umständen würden hohe Steuernachforderungen fällig.“ Eine schwere Belastung wäre das für uns wie für alle uns nahe stehenden Vereine. Aber vor dem Verfassungsschutz, der bei der Aufklärung der Morde von Neonazi-Terroristen so sehr versagt hat, wollen wir nicht zurückweichen oder uns einschüchtern lassen.



**Redaktions-Beirat l.v.u. Doris Gerlach, Dietlinde Haug, Fritz Hufendiek, Reinhard Gaede, Elmar Klink, Friedrich-Wilhelm Bargheer, Helmut Pfaff, Wieland Zademach**

Auch in Israel stehen Bürgerrechtsgruppen, im Moment „Break the Silence“, unter dem Druck seitens einer national-konservativen Regierung, die militärische Reaktionen in Konflikten bevorzugt. Bisher haben wir Stimmen der Friedensbewegung dokumentiert: Neve Shalom in CuS 1/2010, Parents Circle in CuS 4/2009, Neve Hanna in CuS 2–3/2009, Abrahams Herberge in CuS 1/2007. Eine Übersicht über die Organisationen hat die AG

Friedensforschung/Friedenspolitischer Ratschlag im Jahr 2002 gegeben ([www.ag-friedensforschung.de/regionen/Israel/friedensbewegung2.html](http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Israel/friedensbewegung2.html)). Von den Parolen der Unversöhnlichen, Israelis und Palästinensern, können wir täglich hören oder lesen. Jetzt lassen wir *Israelinnen und Palästinenserinnen* zu Wort kommen, die es gewagt haben, zu einem Begegnungs-Seminar zu kommen und über ihren Alltag zu sprechen. Leiden von Menschen und ihre Sehnsüchte und Visionen sollen zur Sprache kommen. Mit den Augen der anderen sehen lernen, aus der Begegnung den Schluss ziehen, dass Feinde Freunde werden können – das waren Früchte dieser Begegnung. Das *Komitee für Grundrechte und Demokratie* mit seiner Aktion „Ferien vom Krieg“ hat die Begegnung ermöglicht. Voran steht meine Predigt „Jesus sieht die Stadt und weint“. Drei Artikel folgen zum Thema Frieden: Zuerst der Aufruf „Aufschrei Waffenhandel“ – Deutschland ist drittgrößter Waffenexporteur. Dann schreibt *Ullrich Hahn*, Präsident des Versöhnungsbundes, über ein „Leben gegen den Krieg“, über *Leo Tolstoi*. In der Reihe „Vorstellung der uns verwandten Gruppen“ stellt *Michael Schmid* das „Lebenshaus Schwäbische Alb“ vor, eine „Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie“.

Die atomare Katastrophe von *Fukushima* war eine Mahnung zum Umdenken, umweltfreundliche Energien zu wählen und die Menschenrechte auf ungefährdetes Leben zu schützen, vgl. die Beiträge von *Winfrid Eisenberg* in *CuS* 2011. *Naho Dietrich-Nemeto* ist in *Fukushima* geboren und aufgewachsen. Sie kann nachempfinden, was ihre Familie und ihre Landsleute dort erlitten haben und noch erleiden. Ihr Gedenken, ihre Mahnung sollen möglichst viele Menschen lesen: „Menschen, die weit entfernt leben, denken, ihr Leben hätte nichts mit Atomkraft zu tun. ... Meine Heimat und ihre Kinder wurden geopfert. Wenn man daraus nichts gelernt hat, dann gibt es keine Hoffnung mehr. Ich bitte alle Menschen, die Opfer nicht zu vergessen.“ *Uesugi Takashi* berichtet über unbekanntes Tatsachen und Wahrheiten, die unterdrückt werden. Mutig klärt er auf Vortragsreisen die Menschen auf. Pfarrer *Dr. Martin Repp*, Beauftragter für Dialog mit Asiatischen Religionen vom Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, [www.zentrum-oekumene-ekhn.de](http://www.zentrum-oekumene-ekhn.de), hat ihn begleitet und seine Worte aus dem Japanischen ins Deutsche übersetzt.

Verachtung, Gewalt und Unterdrückung erfahren Kinder und Erwachsene vom Volk der Mapuche in Chile. Unser Mitglied *Jürgen Schübelin* hat dazu eine mahnende Dokumentation erstellt. Die Kindernothilfe und ihre örtliche Partner-Organisation helfen.

Pfarrer *Dr. Deonal Sinaga*, Leiter des Ökumenischen Büros der Batak Protestantischen Kirche in Indonesien (HKBP) und Dozent an der HKBP Diakonischen Hochschule und Pfarrhochschule in Sumatra, hat während seiner Mitarbeit bei der Vereinigten Ev. Mission im Zentrum für Mission und Diakonie in Bethel-Bielefeld das Straßenkinder-Zentrum in Bukoba/ Tansania besucht. Die Mitarbeitenden machen dem Namen des Zentrums Ehre. „Tumaini“ bedeutet „Hoffnung“ auf Swahili.

In der *Ev. Gemeinde* von Palermo/Sizilien fand im Sommer 2011 eine Hochzeit statt. Der Pfarrer der vereinigten Gemeinde von Waldensern und Methodisten heiratete seine Braut aus Ghana ([www.chiesavaldesepalermo/liturgia-di-domenica-24-lugo-2011...dreyer-et-esther-kwakyewaa.pdf](http://www.chiesavaldesepalermo/liturgia-di-domenica-24-lugo-2011...dreyer-et-esther-kwakyewaa.pdf)). Symbolisiert war damit das Leben der Gemeinde. „Protestanten in Palermo und afrikanische Einwanderer wollen gemeinsam Kirche sein.“ *Rafael Dreyer*, damals Pfarrer der Gemeinde, berichtet.

„Der Arabische Frühling begann in Tunesien und löste ein demokratisches Erdbeben in der arabischen Welt aus, das den gesamten europäisch-mediterranen Raum erfasst hat.“ So äußerte sich der *Internationale Bund der Religiösen Sozialisten und Sozialistinnen* (International League of Religious Socialists, ILRS) bei seinem Kongress 14.–16. Juni 2012 in Stockholm. Er ruft politische und religiöse Führungspersonlichkeiten in diesen Ländern und in allen ILRS-Mitgliedsländern auf, die Prozesse der Demokratisierung zu unterstützen.

Über „das verdrängte Erbe der *Bekennenden Kirche* (BK)“ berichtet *Rainer Doerbaum*. Der *Dietrich-Bonhoeffer-Verein* hatte gemeinsam mit der *Martin-Niemöller-Stiftung* vom 23.–25. März 2012 im Haus Hainstein in Eisenach zu einer Tagung eingeladen. Widerlegt wird hier die häufig gepflegte Legende, die BK sei immer „Kirche im Widerstand“ gewesen. Der tatsächlich Widerständigen wird zugleich gedacht. Daneben sollten wir CuS 2–3/2011 legen mit den Artikeln über den Widerstand des BRSD.

Täglich leidet die Welt unter den Folgeschäden, besonders seit der so genannten Finanzkrise, die mittlerweile die Europäische Gemeinschaft mit ihrer Währung erfasst hat. In Herford gab es im März eine Demonstration. *Ulrich Adler*, Ratsherr in Löhne, hat dabei zentrale Forderungen vorgetragen.

Im Teil der Rezensionen hat *Doris Gerlach* die Erinnerung an den Märtyrerbischof *Alberto Ramento*, den Bischof der Arbeiter und Bauern, wachgerufen. Nicht nur die römische Kirche beansprucht katholisch zu sein. Für die altkatholischen Kirchen hat *Franz Segbers* Katholizität in seinem Buch neu definiert: „Katholizität umfasst Arme und Marginalisierte ebenso wie ethnisch und kulturell Ausgegrenzte und stiftet dadurch erst eine wahrhaft universale Kirche, in der Platz für alle ist.“

Über *Josef Wagner*, Bergmann, Kommunist, Widerstandskämpfer, berichtet unser Freund *Frank-Matthias Hofmann*, Kirchenrat in Saarbrücken. Der Autor *Dieter Gräbner* hatte sich auf Spurensuche begeben.

Aus der Feder von *Ulrich Peter*, ehemals Bundessekretär und Schriftleiter von CuS, erhielten wir früher viele Beiträge zur Geschichte des BRSD. Jetzt hat er das Buch „Kirchenrecht im Sozialismus“ von Martin Richter, rezensiert. Das spannungsreiche Verhältnis von „Kirchenrecht“ und „sozialistischem Recht“ einer nominalsozialistischen Staatsmacht wird dokumentiert, zugleich werden „erhebliche Rückwirkungen auch auf das Staatskirchenrecht in der Bundesrepublik“ deutlich.

In den Bundesnachrichten können wir meinen Bericht über die *Jahrestagung des BRSD* nachlesen. Zu Gast waren wir im Wichernhaus, dem regionalen Zentrum und Pflegeheim der *Ev.-Luth. Gemeinde Herford Mitte*. Sie hatte uns großzügig alle benötigten Räume überlassen, wofür wir hiermit herzlich danken. Die Entscheidungen der Mitgliederversammlung sollten das zukünftige Wirken des Bundes sicherer stellen. *Alois Schwarz* und *Thorsten de Jong* haben den ILRS-Kongress in Stockholm besucht. Thorsten hat den Bericht geschrieben. Und schließlich stellt sich der neue *Vorstand des BRSD* vor.

Mit Wünschen für schöne Sommertage

*Reinhard Gaede*

Euer/Ihr Reinhard Gaede

## Zum 9. Av und zum Israel-Sonntag

# Jesus sieht die Stadt und weint

Von Reinhard Gaede

**A**n einem Sommerabend kam ein Tourist, müde von einem Besichtigungs-Programm in der Hitze Nordafrikas an einer der 45 Synagogen Casablanca vorbei – die Aussicht auf Ruhe und Schatten ließ ihn eintreten. Welche Überraschung: Alles war dunkel. Einzelne Kerzen erhellten kaum den großen Raum. Allmählich gewöhnten sich die Augen an das Dunkel. Verstreut sah er Männer auf dem Boden oder auf niedrigen Hockern sitzen. Ein Vorbeter sprach mit gedämpfter Stimme das Abendgebet. Und saß dann stumm vor dem Schrein der Thora-Rolle, bis er schließlich anfang zu sprechen: „Brüder, wir haben gesündigt; vor 2051 Jahren wurde unser Tempel zum ersten Mal, vor 1915 Jahren zum zweiten Mal zerstört. Wir hören die Klagen Jirmejahus über die zerstörte Stadt: ‚Ech jascheba badad ha’ir‘ – las er aus den Klageliedern Jeremias nach klagender Melodie. ‚Wie liegt die Stadt so verlassen, die voll Volks war!‘“ Als die letzten Töne verklungen waren, stand einer nach dem andern zögernd auf; grußlos gingen sie auseinander. Unser Tourist fasste sich ein Herz und sprach einen der Männer an. Von ihm hörte er: „Heute ist der 9. Av. An diesem Tag beweinen wir die Strafen, die der Ewige – gepriesen sei er – wegen der Sünden unserer Väter verhängt hat. An diesem Tag wurde zweimal der Tempel zerstört, unser Volk aus England und Spanien vertrieben. Wir hatten einen Fasten- und Trauertag. Wir trauern, weil unsere Weisen im Talmud sagen: ‚Auch wenn die Pforten des Gebets verschlossen sind, die Pforten der Tränen sind nicht verschlossen.‘“

Das Gespräch führte zu einer Einladung nach Hause. Der Gast bekam Erfrischungen, die der Gastgeber sich als Fastender versagte. Dann holte der Hausherr einen alten Band hervor – den Midrasch Echa rabbati über die Klagelieder – und las: „Die Feinde drangen in den Tempel ein und verbrannten ihn. Da er von den Flammen verzehrt war, sprach Gott: ‚Nunmehr habe ich keinen Sitz im Lande‘“.

Ein Erlebnis aus dem Jahre 1985. In diesem Jahre fiel der Tisha B’Av, der 9. Av, auf den 29. Juli.

Auch die Christenheit gedenkt des Geschicks Israels. Am so genannten Israel-Sonntag, dem 10. Sonntag nach Trinitatis – er fiel in diesem Jahr auf den 12. August – lesen wir im traditionellen Sonntags-Evangelium bei Lukas 19, 41-44 die Weissagung Jesu über Jerusalem: „Es wird eine Zeit über dich kommen, da werden deine Feinde um dich einen Wall aufwerfen, dich belagern und von allen Seiten bedrängen und werden dich dem Erdboden gleichmachen samt deinen Kindern in dir und keinen Stein auf dem andern lassen.“ Erschüttert hat die Urgemeinde zur Zeit des Lukas diese Überlieferung der Worte Jesu gehört. Noch Einzelheiten der Belagerungs-Technik damals klingen in den Worten des Lukas nach. Was diese Worte knapp und klar als Ergebnis eines Prozesses festhalten, hat in aller Ausführlichkeit der jüdische Geschichtsschreiber Flavius Josephus dargestellt. Er – zu Beginn des Krieges im Jahr 66 noch Befehlshaber in Galiläa – geriet nach dem Fall der Festung Jotapata in römische Gefangenschaft, gewann die Gunst des späteren Kaisers Vespasian, dessen Familiennamen er annahm. Vergeblich forderte

Ihr Mächtigen, ich will nicht singen

1. Ihr Mäch-tigen, ich will nicht sin-gen  
 2. Die Mäch-tern sind aus schwe-rem Stei-nen,  
 3. Die Brun-nen weis- sie ü-ber-flie-ßen

au-rem kou-ben Ohr, Zi-ous  
 Kar-ter, die ge-sprengt, von den  
 in den Stra-Ben aus Gold, Durstund

Lied hob ich be-gra-ben in mei-nen Wun-den  
 Gren-zen, von den Grä-bern, aus der Lost der  
 Staub der lan-gen Rei-se, wer denkt da-ran zu-

groß, Ich hol-te mei-ne Au-gen  
 Welt, Die To-re sind aus rei-nen  
 rückt, Nach Ida-rer als die Son-nen-

of-fer, legt die Stadt auch fern,  
 Per-len, Trä-nen, die ge-zü-ht,  
 strah-len ist Gott-tes An-ge-sicht.

In die Hand hat Gott ver-sprochen: er führt uns  
 Gott-wunsch-lic aus un-sern Au-gen, daß wir  
 Sei-ne Hil-fe bei den Men-schen mit-ten  
 end-lich heil-sam, in dei-nen To-ten  
 fröh-lich sind, un-ter

werd ich ste-hen, du frei-e, Stadt Je-ru-sa-lem,  
 In dei-nen To-ten kann ich at-men,  
 er-wacht mein Lied, In dei-nen Lied

Text: Christine Heuser  
 Melodie: Naomi Shemer-Sapir  
 Rechte: Bosse-Verlag, Regensburg

**Lied: Ihr Mächtigen, ich will nicht singen (Text Christine Heuser, Melodie Naomi Shemer – Sapir, Bosse Verlag, Regensburg)**

er seine Landsleute zur Kapitulation auf, wurde Zeuge der Zerstörung der Stadt durch das römische Heer. Etwa im Jahr 94 erschien seine „Geschichte des jüdischen Krieges“. Das ganze Ausmaß des Leides spiegelt seine Darstellung der Hungersnot. „Der Hunger übertönte alle Gefühle, nichts aber vernichtete er so wie die Ehrfurcht. Denn alles, was sonst der Achtung wert ist, wird, wenn man Hunger leidet, verachtet,“ sagt Josephus über die Folgen des Krieges. Schreckliche Beispiele der Beraubung schildert Josephus. Folterqualen werden verhängt. Grausam hausten die Räuber. Opfer waren die Schwachen, die Alten, die Kleinen. „Nicht einmal an die Armut der Sterbenden wollte man glauben.“ Leder, Heu oder Sehnen aß man. Als schrecklichste Beispiele nennt Josephus, wie Familienbände zerrissen, dadurch dass selbst den Kleinen die Nahrung entrissen wurde. Und als schrecklichstes Beispiel wird dann ein Fall von Kannibalismus genannt, in Wut

und Hunger begangen von einer vornehmen Frau an ihrem eigenen Kind.

Die Frage ist nur, mit welchen Gefühlen und mit welcher Absicht haben die Christen lange Jahrhunderte diese Berichte gelesen. Schon die erste christliche Kirchengeschichte, die des Eusebius von Cäsarea –

um 313 n. Chr. verfasst – zeigt die eindeutige Tendenz: Mit großer Befriedigung schaute man zu: „Da brach zuletzt das Strafgericht Gottes über die Juden wegen der vielen Freveltaten, die sie an Christus und an seinen Aposteln begangen hatten, herein und vertilgte gänzlich dieses Geschlecht der Gottlosen aus der Menschengeschichte.“ Die Kirche, die hier spricht aus dem Mund des Eusebius, ist nicht mehr die leidende und verfolgte Kirche der früheren Jahrhunderte, sondern bereits die Staatskirche, die Kirche, lebend im Bund Thron und Altar. Befreit ist sie von materiellem Elend, aber sie gerät in neue Gefangenschaft: Geblendet von Reichtum und Macht, kann sie mit den Leidenden und Verfolgten nicht mehr solidarisch sein. Also Israelsonntage in der Befriedigung, in der Genugtuung über den Fall ehemaliger Feinde.

Denken wir schließlich an die jüngste Vergangenheit. Am 9. Nov. 1938 in der so genannten Reichskristallnacht, gehen jüdi-

sche Synagogen in Flammen auf, werden Geschäfte und Wohnungen jüdischer Mitbürger von Deutschen verwüstet. Beim Kirchentag in Bochum am 8. Juni 1991 haben wir im Bergbaumuseum in Bochum, einem Zentrum am Wege, auch des Schicksals gedacht, das damals Hans Ehrenberg traf. Dieser ehemalige Philosophieprofessor, religiöser Sozialist und spätere Pfarrer in Bochum, war jüdischer Herkunft und erlebte, was viele andere erlebten: Die SA zerschlug vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder die Wohnung. In der zerstörten Küche feierten die Pfarrfamilien Ehrenberg und Schmidt noch das Abendmahl und sangen: „Herr unser Gott, lass nicht zu Schanden werden, die so in ihren Nöten und Beschwerden bei Tag und Nacht auf deine Güte hoffen und zu dir rufen.“ Mit einem Judentransport wird dieser Pfarrer ins KZ eingeliefert, auch sein Freund Pfarrer Albert Schmidt im Talar verhaftet. 7 Jahre später stirbt er an den Folgen von Misshandlungen, während Hans Ehrenberg von Freunden aus der Ökumene freigekauft werden kann. (Vgl. CuS 1/2009 meinen Artikel: Hans Ehrenberg zum Gedenken).

Israel und Kirche. Zwei Schwestern. Zuerst herrschte die eine, dann die andere. Wann finden sie zueinander? Lasst uns hören darauf, wie Jesus des alten Gottesvolkes gedenkt:

Es sind die Tränen dessen, der gewarnt hat und nicht gehört wird. Er weiß, wie einsam er ist als vergeblicher Warner. Aber es ist zugleich der Schmerz um sein Volk. Er weint um die Menschen, die er geliebt hat, um sein Volk, für dessen Kriegspolitik Unschuldige, nämlich Alte, Frauen und Kinder, mitbüßen werden. Er weint über Verblendung, die sich schrecklich auswirken wird. Unter dem griechischen Urtext ist notiert, dass fromme Schreiber das Weinen Jesu mit Absicht weggelassen haben. Wenn

Christus wahrer Gott ist, ist er ausgezeichnet durch sein Vorauswissen. Aber Lukas möchte festhalten: Der Herr ist nicht nur wahrer Gott, auch wahrer Mensch. Er leidet mit, er weint. In Jesus begegnet uns der Gott, der leidet an Menschen, die er in ihr Unglück rennen sieht. Deshalb ist diese Haltung der Selbstgerechtigkeit gegenüber Katastrophen nicht angebracht, selbst wenn Schuld daran feststellbar ist. Jesus weint. Voller Trauer und Mitleid denkt Jesus an die Opfer der Kriegskatastrophe. So sollten wir auch mitfühlen, wenn jetzt in Syrien die Menschen die Trümmer ihrer Lebensarbeit und die Opfer grausamer Morde und Folter beklagen. So leid sollte uns das auch tun, dass damals in den Tagen des Zweiten Golfkrieges Juden vor Raketen aus dem Irak zitterten, die mit Hilfe deutscher Firmen mobil gemacht worden waren. Im Verlauf des Krieges wurden 40 Scud-Raketen auf Israel abgefeuert. Und jetzt ist Deutschland noch immer drittgrößter Waffenexporteur.

Jesus spricht über seine Wünsche, auch wenn sie unerhört bleiben: Sein Volk möge erkennen, was zum Frieden dient. Also das ist das Kriterium, der Urteilsmaßstab, an dem Israel gemessen wird: „Friedensförderndes Verhalten.“ Darin lag also die Schuld Israels, dass es in einen Krieg hineinging, der zur Vernichtung führte.

Jetzt erkennen wir, wie wenig gerade wir Deutschen Grund zur Selbstgerechtigkeit haben. Wenn wir nach zwei Kriegen nur das gelernt hätten, dass wir uns und der Welt den Frieden schuldig sind. Es schien schon so, als hätten wir zu Entspannung zwischen Ost und West wesentlich beigetragen. Aber die Waffenlieferungen deutscher Firmen, die Nachlässigkeit staatlicher Kontrollen auf diesem Gebiet, die Waffen-Lieferung in Krisen-Regionen waren schlimme Rückschläge. Mit Recht hat die

Evangelische Kirche im Rheinland die liturgische Farbe für den 10. Sonntag nach Trinitatis gewählt. Statt der Farbe Grün ist jetzt Violett vorgesehen, als Zeichen der Buße und Umkehr von Christen, aus der Erkenntnis heraus, dass die Kirchen in Deutschland theologisch eine Mitverantwortung für die Shoah tragen.

Dem Frieden dienen – das ist der Auftrag, den der Herr gerade dem Gottesvolk, seinem Volk, zumutet.

Er selbst, Christus, ist ja der erwartete Friedefürst. Bei seiner Geburt singen die Engel: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“ Als König und Geistgesalbter auf dem Thron Davids wird Jesus erwartet in dem Lobgesang des Zacharias in Jerusalem. Als solcher Friedenskönig wird er von seinen Jüngern begrüßt und geehrt. Aber das ist seine Passion: Sein Friedensreich vermag er nicht aufzurichten. Und das ist zugleich auch das Leiden der Menschen: Fehlt diesem König das Friedensreich, so fehlt auch der Erde der Friede. Empfinden wir das nicht immer wieder so? Christen sind da, die die Brücke der Versöhnung zwischen verfeindeten Völkern bilden könnten, aber sie verstärken nur die nationalen Gegensätze.

So hieß es 1975 in einem Kirchentagslied (Peter Jansen):

*„Jesus sieht die Stadt und weint,  
Jerusalem, Urbild unserer Städte,  
Jesus sieht, was uns bedroht,  
sieht des Unheils Kette.*

*Jesus sieht die Stadt und weint,  
Jerusalem, Urbild unserer Städte,  
denn es glauben viele noch,  
dass das Geld sie rette.*

*Jesus sieht die Stadt und weint,*

*Jerusalem, Urbild unserer Städte,  
Angst und Anonymität wuchern  
um die Wette.*

*Jesus sieht die Stadt und weint,  
Jerusalem, Urbild unserer Städte,  
was dem Frieden aller dient,  
siegt, gewinnt die Wette.“*



***Kirche Dominus flevit (Der Herr weinte). Blick auf Jerusalem***

Jesus weint. Das ist der Friedenskönig, der noch um sein Reich wirbt und um es ringt. Durch Leiden hindurch. Bis einmal es groß geworden und trotz aller Katastrophen zur Vollendung gekommen ist: Jerusalem: Die Stadt Gottes, zu der die Völker gehen, um Gottes Weisung zu hören. „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen“ (Jes. 2,4). Die heilige Stadt, das neue Jerusalem, in der Tod und Leid überwunden sind, weil Gott Tränen abwischt, in der Gottes Schöpfung zu ursprünglicher und letztgültiger Reinheit kommt (Offb.21.22). Mit dem weinenden Christus sollen wir gehen bis wir einmal mit ihm triumphieren dürfen.

**Evangelische Akademie Hofgeismar**

# Begegnungsseminar von Palästinenserinnen (Westbank) und Israelinnen

Von Iris und Dana, Gudrun und Rose

*In dem Text werden die Berichte der israelischen und palästinensischen Moderatorinnen (Irit und Dana) mit den Protokollen der teilnehmenden Beobachtung des Teams aus Deutschland (Gudrun und Rose) durch Wilfriede Dieter zusammengestellt.*

Den ersten Tag gestalten traditionsgemäß kreative deutsche Mitarbeiterinnen mit unterschiedlichen Aktivitäten zum „Eis-Brechen“. Bei dieser Frauengruppe sind es wieder die Tanzpädagogin Rika mit Sketchen und Pantomime sowie die Studentin Lea mit sozialen Strategiespielen, die die Berührungsgänge zu überwinden helfen.

## **Kennenlernen**

Das gegenseitige Kennenlernen wird am zweiten Tag mit der Zusammenstellung eines ‚Identitätsarmbandes‘ fortgesetzt. Für verschiedene Lebensbereiche wie Familie, Religion, Nationalität, Geschlechtszugehörigkeit und Arbeit werden von den einzelnen Frauen mehr oder weniger Perlen in bestimmten Farben aufgefädelt. Die meisten Israelinnen geben der Religion keinen großen Stellenwert in ihrem Armband. Die Palästinenserin Najwa fragt kritisch, wieso sie dennoch für ihr Recht, in Palästina zu leben, religiöse Gründe anführten. Die Israeli, die sich beteiligen, argumentieren nun religiös, indem sie auf die heiligen Stätten verweisen. Schließlich sagt Schai (Isr.): „Ihr verlangt von mir, mein eigenes



**Nacherleben: Checkpoint am Eingang**

Land zu hassen, das kann ich nicht.“ In der uni-nationalen Zusammenkunft der Israeli klagt Shira, dass sie nicht wisse, wie sie damit umgehen solle, wenn die Palästinenser die Legitimität der Existenz Israels in Zweifel zögen. Sie habe das Gefühl, sie müsse ihr Recht schützen, dort zu leben, wo sie geboren wurde.

## **Persönliches Narrativ**

Die Palästinenserinnen beschreiben ihr Leben unter Besatzung: Tag für Tag Checkpoints und stundenlange Festnahme durch Militärs. Es wird deutlich, dass die Palästinenser der brutalen Gewalt der Armee ausgeliefert sind. Die meisten von ihnen haben schon Tötungen von Angehörigen oder Nachbarn erlebt.

Magdalena, 24-jährige Studentin aus Tel Aviv, erzählt, dass ihr früherer Freund zur Armee gegangen sei, um „alle Araber zu töten“. Andere schildern, wie ihre Brüder, die eigentlich gar nicht aggressiv seien,

sich beim Militär veränderten: „Wenn sie von ihren Einsätzen erzählen, klingt es wie Kino, gar nicht real.“ Auch die eigenen Erfahrungen im Militärdienst kommen zur Sprache als Soldatinnen, von denen viele ihr Leben riskieren.

Liel betont, dass fast alle Bewohner Israels bedroht seien. Jeden Tag könne eine Bombe hoch gehen oder eine Rakete aus Gaza Menschen in Israel treffen. Als eine Bombe in der Nähe ihrer Arbeitsstelle explodierte – ein Selbstmordanschlag verübt von einem Palästinenser – wurde die damals 16-Jährige angewiesen, den Verletzten zu helfen. Unter den Toten entdeckte sie einen Freund: „Die Bilder von diesem Anschlag verfolgen mich bis heute, den Geruch von verbranntem Fleisch habe ich noch immer im Gedächtnis.“ Sie schildert, dass sie mit 17 Jahren nach der militärischen Grundausbildung zur Armeesprecherin ernannt wurde. Sie wendet sich an die Palästinenserinnen: „Die Geschichten, die Ihr heute erzählt, kenne ich. Uns waren die Diskriminierungen an den Checkpoints bekannt, wir erhielten die Berichte über Angriffe des israelischen Militärs auf die Palästinenser in der Westbank und vieles mehr. Meine Aufgabe war es, diese Nachrichten für die Öffentlichkeit positiv darzustellen.“

Bei Anfragen von Menschenrechtsorganisationen wie „B'tzelem“ zum brutalen Vorgehen gegen die Palästinenser hätten diese systematisch unklare Antworten erhalten. „Ich musste unser Vorgehen rechtfertigen und als notwendig für die Sicherheit unserer Bevölkerung darstellen, was mich innerlich oftmals sehr bedrückte. Jetzt höre ich das alles von Euch und schaue Euch in die Augen. Ich schäme mich. Ich fühle mich elend und hoffe so sehr, dass Ihr mir verzeiht.“ (Sie weint.)

Eine andere Israelin erklärt, wie wichtig Militär in der israelischen Gesellschaft sei.

Alle gingen zur Armee, es gäbe nur wenige, die darüber kritisch nachdenken. Sie sei nicht gegen Araber gewesen, wollte nur eine starke Frau sein und sich einen einflussreichen Job in der Armee erobern. Dass es dabei Konflikte mit Männern gab, deutet sie nur kurz an.

Die Palästinenserin Dima lebt zwischen zwei israelischen Siedlungen in der Nähe von Kiryat Arba nahe Hebron. Ihre Familie werde immer wieder von Siedlern angegriffen, die auch nachts ins Haus eindringen, Fenster und Türen demolieren und durch Terror und Einschüchterung die Bewohner zum Weggehen zwingen wollen. „Wir mussten Eisengitter an den Fenstern anbringen lassen, um uns vor ihnen zu schützen.“ Sie fühlten sich sehr eingeengt und hätten oft Angst, das Haus zu verlassen. Sie habe körperbehinderte Brüder (Glasknochen), und ihre Eltern könnten keine Nacht durchschlafen aus Angst um die Kinder. „Aber wir haben keine Mittel, um uns eine andere Bleibe zu leisten. Unter diesen Bedingungen lebe ich seit meiner Kindheit, jetzt bin ich 26 Jahre alt und weiß nicht, wie lange ich diese Situation noch aushalten kann. Einmal musste ich abends den Heimweg von der Uni durch Felder nehmen, die Palästinensern gehören, aber von Siedlern besetzt sind. Sie haben dort ein Zelt als Synagoge errichtet. Wir wurden auf Hebräisch beschimpft, verfolgt und mit Steinen angegriffen. Ich wurde am Kopf getroffen und war bewusstlos. Einer meiner Brüder verlor bei einer Attacke der Siedler ein Auge, und meine Schwester erlitt eine Fehlgeburt nach einem Tränengas-Angriff. Das ist mein Alltag in Palästina.“

Die Israelin Magdalena berichtet über den Besuch bei einer Siedlerfamilie mit acht Kindern in einer Siedlung in der Westbank. Ein Sohn gehöre zu der „Hügeljüngend“. Das sind Radikale, die Hügel im

Westjordanland besetzen und dort illegale Siedlungsposten errichten, um die Regierung später zu zwingen, das Land zu annektieren und dort eine Siedlung zu bauen. „Als ich mit ihm sprach, konnte ich in seinen Augen den Hass auf die Palästinenser sehen. Doch er hasste nicht nur die Palästinenser, sondern jeden Unbekannten und so auch mich. Wie kann ein Mensch, der in einem demokratischen Staat alle Rechte und Freiheiten genießt, so voller Hass sein? Wie mag es in einem Palästinenser, der unter Besatzung ohne Rechte und Bewegungsfreiheit lebt, aussehen?“

Die junge Palästinenserin Areen schildert unter Tränen, wie sie ansehen musste, als ihr Nachbar von einem Soldaten erschossen wurde. Während sie spricht, spielt sie nervös mit ihrer Haarspange und zerbricht sie. Die Israelinnen hören zu, einige wischen sich Tränen weg. Als dann auch noch Fadwa berichtet, wie sie im Alter von sechs Jahren von einem Siedler angefahren und ihre Freundin neben ihr überfahren wurde, wie deren zerrissener Körper neben ihr lag, kann eine Israelin nicht mehr. Sie bricht in Tränen aus und rennt hinaus. Von den Israeli haben einige diese Wucht der Emotionen nicht erwartet. Die Palästinenserinnen fordern auch die anderen Israeli auf, sich zu dem, was sie da hören, zu äußern. Das fassen diese als Anklage auf, und die 18-jährige Sara, die gerade die Schule beendet hat, sagt: „Wir wissen nicht, was wir dazu sagen können. Doch auf beiden Seiten werden Menschen getötet, unser aller Leben ist in diesem Krieg gefährdet. Gewalt bringt neue Gewalt hervor.“

Eine Diskussion über Vertrauensbildung schließt sich an. Shira spricht davon, wie wichtig Erziehung sei, und dass ein verändertes Bewusstsein auch den Konflikt beeinflussen könne. Sie meint damit auch die palästinensische Gesellschaft; insbeson-



### **Kennenlernen**

dere sei eine strikte Ablehnung der Selbstmordattentate in israelischen Bussen Voraussetzung zur Vertrauensbildung. Die Armee habe keine Wahl, sie müsse durch Kontrollen diese tödlichen Attentate verhindern. Yaffa hält dagegen: „Ihr seid die Stärkeren in diesem Konflikt, wir müssen uns gegen Eure Angriffe verteidigen. Ihr müsst zuerst einmal Vertrauen bilden.“

Die Diskussion bewegt sich nicht mehr auf der Ebene vieldeutiger Politikermeinungen. Jetzt sprechen die Frauen über ihre eigenen Erfahrungen und müssen das Leid der anderen Seite anhören, eine schwierige Aufgabe.

### **Zukunftsvisionen – ein Staat oder zwei Staaten**

Die internationale Anerkennung eines Staates Palästina in den Vereinten Nationen, wie sie ein paar Wochen nach dem Seminar auf deren Tagesordnung steht, wird vom ersten bis zum letzten Tag in und außerhalb der Sitzungen thematisiert.

Im Frauenseminar werden keine fiktiven Friedensverhandlungen – wie in den parallelen Seminaren – geführt, Lösungen werden nicht angestrebt; es geht im „Open Space“ um den Austausch und Visionen. Areen (Pal.) stellt gleich zu Anfang die kri-

tische Frage, ob die israelische Regierung das Recht der Palästinenser auf einen unabhängigen Staat anerkenne.

Fast alle Israeli distanzieren sich von der Regierungsposition. Besonders nach der Annahme der rassistischen Gesetze durch das Parlament in jüngster Zeit hätten sie jedes Vertrauen in den Staat verloren: „Diese Regierung repräsentiert uns nicht!“

Fadwa fragt in die Runde, was die Vor- und Nachteile der Ein- oder Zwei-Staatenlösung seien?

Die Israelin Schai plädiert für zwei Staaten, weil sie glaubt, dass die Palästinenser einen religiösen Staat haben wollen, der Staat Israel aber säkular sei.

Magdalena (Isr.) entgegnet kritisch, dass Israel doch wohl ein religiöser Staat sei, in dem die religiösen Parteien immer mehr Stimmen gewinnen. Der Staat Israel sei nicht mehr säkular, Fundamentalismus und religiöser Radikalismus breiteten sich aus. Sie fragt, wie es in Palästina aussehe, dort lebten Christen und Moslems, ob Religion eine große Rolle spiele? Areen antwortet, das sei in der palästinensischen Gesellschaft unterschiedlich; es gäbe durchaus gemischte Ehen, aber die Mehrheit lehne die Heirat zwischen Moslems und Christen ab. Auf „Staatsebene“ spiele die Religion dagegen keine Rolle, obwohl sich viele muslimische Palästinenser in den letzten Jahren immer mehr religiös radikalisierten.

Schai fügt ihrer religiös begründeten Ablehnung eines Staates nun eine politisch-kulturelle hinzu: „Es ist sehr schwer, die Forderungen zweier verschiedener Völker in einer Verfassung zu erfüllen.“ Eine Palästinenserin verweist bei ihrer Entgegnung auf die USA mit 51 Einzelstaaten, die innenpolitisch relativ unabhängig seien, aber einen Staat bildeten. Ein solches Modell sei auch für Israel und Palästina denkbar.

Sie plädiert für einen föderalen, gemeinsamen Staat.

Auch Yaffa bevorzugt einen Staat mit zwei Völkern, die sich gegenseitig akzeptieren und respektieren. Andere Palästinenserinnen stimmen dem zu, eine äußert aber, dass dieser Staat Palästina heißen und vom Jordan bis zum Meer reichen solle (das heißt, Palästina und Israel umfasse). Die meisten Israeli halten ein Zusammenleben in einem Staat für unrealistisch und führen kulturelle Unterschiede an.

Najwa findet das widersprüchlich: „Eure Leute kommen aus Europa, Afrika, den USA nach Israel. Wo ist denn das Problem, auch die Palästinenser zu akzeptieren?“

Andere Israeli haben Angst davor, in einem Staat zu leben, der keine besondere Stellung für ihre Religion – die jüdische – garantiert. Schai: „Die Ein-Staatenlösung bedeutet für mich die Aufgabe meiner jüdischen Identität.“

Auch Magdalena plädiert für zwei Staaten. Da sie nicht religiös sei, fordere sie eine strikte Trennung von Religion und Staat auf beiden Seiten. Die Palästinenserin Yaffa fordert Volksabstimmungen auf beiden Seiten. Die Entscheidung über einen oder zwei Staaten dürfe nicht der Regierung und den Machthabern überlassen werden. Das Ergebnis laufe wahrscheinlich auf zwei Staaten hinaus. Dann müsse Israel sich bis zur Grenze von 1967 zurückziehen. „Wir Palästinenser können und wollen uns nicht mit noch weniger Land zufrieden geben.“ Diese Grenze müsse von beiden Seiten überwacht werden, wobei die Bewegungsfreiheit zwischen den zwei Staaten gewährleistet sein müsse. Jerusalem solle die Hauptstadt beider Staaten sein.

Auch Sara meint, Jerusalem solle nicht geteilt werden und keine Grenzen zwischen West und Ost haben. Der westliche Teil solle unter israelischer und der östliche

unter palästinensischer Kontrolle stehen. Fadwa würde es vorziehen, wenn die heiligen Stätten unter UNO Kontrolle gestellt werden. Jeder Moslem in der Welt solle die Möglichkeit haben, die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zu besuchen, um dort zu beten, so wie es allen Christen weltweit erlaubt sein müsse, zu den heiligen Stätten in Jerusalem und im Heiligen Land zu pilgern.

In dieser ganzen Diskussion wird immer wieder der Begriff „Vertrauen“ beschworen. Die Moderatorin Irit fragt, was denn das gegenseitige Vertrauen stärken könne,

Liel (Isr.): „Wir müssen die Siedlungen räumen.“ Sara (Isr.): „Wir müssen einen Dialogprozess beginnen.“ Magdalena (Isr.): „Israel muss die Nakba anerkennen und sich dem Flüchtlingsproblem stellen.“

Schai (Isr.): „Israel hat aber das Interesse, jüdisch zu bleiben, deshalb ist es nicht möglich, dass alle Flüchtlinge zurückkehren.“



**Denk-würdig: Palästinensisch-israelisches Denkmal**

Liel (Isr.): „Ich schäme mich. Die Lösung gerade dieses Problems ist doch in der Verantwortung der Juden, weil sie selbst das Schicksal von Flüchtlingen erlitten haben.“  
Magdalena (Isr.): „Wofür kämpfen wir? Um Land?“  
Nawja (Pal.): „Wir kämpfen für Frieden.“

Irit (Moderatorin): „Es war mir eine Ehre, diese Gruppe von klugen, liebenswerten und mutigen Frauen zu leiten. Die kleinen Veränderungen, die wir im Verlauf des Seminars wahrgenommen haben, können zu einer Welle von Veränderungen unserer Lebenswirklichkeit zu Hause anwachsen.“

*Aus dem Spendenaufwurf 2011 vom Komitee für Grundrechte und Demokratie:*

„Im Sommer 2011 findet die Aktion ‚Ferien vom Krieg‘ im 18. Jahr statt. Aus der akuten Nothilfe für Kriegskinder aus Flüchtlingslagern entwickelte sich ein erfolgreiches Projekt für zivile Konfliktbearbeitung auf Graswurzelebene, d.h. unabhängig von politischen Einfluss- oder Rücksichtnahmen, getragen durch die vieltausendfache Spendenbereitschaft und aktive Förderung von Mitgliedern und Gruppen der Friedensbewegung, durch Gemeinden und Schulen, bei Familienfesten und Benefizkonzerten.

Als wir im Sommer 2002 erstmals die Freunde und FreundInnen der Israelin Keren und des Palästinensers Rami einluden, die sich kurz zuvor als Referenten zum Nah-Ost-Konflikt auf dem japanischen ‚Peaceboat‘ kennengelernt hatten, ahnten wir nicht, dass sich daraus die Initiative ‚Breaking Barriers‘ entwickeln würde. Dies ist bis heute eine der ganz wenigen Gruppen, die auf beiden Seiten der Mauer aktiv ist. Zum zehnjährigen Jubiläum planen wir ein Fest.

Wie in den letzten vier Jahren wird es eine weitere Gruppe von ‚Breaking Barriers‘ geben. 44 Frauen aus Israel und Palästina treffen sich in der Ev. Akademie Hof-

geismar (siehe den Bericht oben, die Redaktion).

Auch unser zweiter palästinensischer Koordinator, Mohammed Jouda, arbeitet bereits von Anfang an bei den Begegnungen mit, seit vielen Jahren zusammen mit Shulti Regev, der in Israels Norden friedenspolitisch aktiv ist. Beide sind inzwischen das ganze Jahr über um die schwierige Organisation von Folgetreffen bemüht. So ist es ihnen kürzlich gelungen, mit interessierten TeilnehmerInnen aus Israel und Palästina gemeinsam an einer Freitagsdemonstration in Bi'lin teilzunehmen: dem Dorf, das seit Jahren friedlich gegen die Konfiszierung seines Landes durch den Mauerbau protestiert. Im Sommer 2011 werden 70 junge Menschen von beiden Seiten mit Shulti R. und Mohammed J. nach Deutschland kommen.

100 Kinder aus Nablus werden sich über Ferienspiele freuen. Auch zwei Jahre nach den verheerenden Bombardierungen Gazas durch die israelische Armee sind die Bewohner noch in diesem Gefängnis eingeschlossen. Immer mehr Kinder hungern und frieren oder schrecken nachts vom Flugzeuglärm auf. Hinzu kommt der psychologische Druck der religiösen Fanatiker, die zum Beispiel ein UN-Ferienlager zerstörten, weil dort Jungen und Mädchen gemeinsam spielten. Wir unterstützen einen Kindergarten und ein Jugendprojekt in Gaza – denn ‚Ferien vom Krieg‘ sind dort immer noch nicht möglich.“

*Palästinensische TeilnehmerInnen schrieben:*

„Die Frage, die sich mir stellt: Wenn wir hier in der Lage sind, ein gemeinsames Leben in Frieden zu führen, warum nicht auch dort – in Israel/Palästina?

Wir sind gekommen, um Eure Stimme zu hören, denn bisher haben wir nur Eure Schüsse gehört.

An das freie deutsche Volk und besonders

an die heroischen Unterstützer des Projektes ‚Ferien vom Krieg‘. Ich bedanke mich für die Unterstützung des palästinensischen Volkes, das seit 61 Jahren unter Besatzung lebt. FvK gab mir die Möglichkeit, mein Leiden der israelischen Seite direkt darzustellen und auf die Rechte der Palästinenser zu pochen. Gleichzeitig war es eine Möglichkeit, zu entspannen und den Druck zu mindern, der durch die Belagerung und die Checkpoints auf mir lastet. Am Schluss konnten wir uns auf Lösungsvorschläge einigen, damit es einen gerechten und echten Frieden geben kann. Ich danke allen Spendern ganz herzlich, obwohl Worte dafür eigentlich zu schwach sind. Ich wünsche Euch ein Leben voller Fröhlichkeit und Frieden.

Ich kam nicht hierher, um den ‚Anderen‘ Tränen des Mitleids zu entlocken. Ich kam, um laut zu schreien, dass ich Rechte habe, und wie die Wahrheit aussieht. Das Projekt hat mir das ermöglicht. Dank an alle.

Was ich vor allem mitnehmen werde, ist die Erkenntnis, dass Schmerz Schmerz ist, und dass wir niemandes Schmerz gering schätzen sollten.

Ich fühle mit ihnen wegen des Holocaust, kann aber weiterhin darin keinen Grund dafür finden, unser Land zu besetzen, mit allem Schmerz, Folter, all dem Töten. Hier in der Gruppe waren die Israelis sehr ehrlich und gaben zu, dass sie uns Palästinensern großes Unrecht angetan haben.

Als die Israelische Gruppe akzeptierte, dass die Besatzung beendet werden muss und dass die Siedlungen illegal sind, das war für mich der wichtigste Tag.“

*Israelische TeilnehmerInnen schrieben:*

„Es war für mich als Jude, dessen Familie die Ungeheuerlichkeiten der Nazis erlitt, sehr schwierig, nach Deutschland zu diesem Seminar zu kommen. Während ich den Israelisch-Palästinensischen Konflikt disku-

tierte, musste ich der grauenvollen Vergangenheit gegenüberstehen, die in manchen meiner Angehörigen noch heute lebendig ist. Es half mir, mich mit den Palästinensern zu identifizieren, die kommen, um einen Teil des Volkes zu treffen, das ihnen Schreckliches angetan hat und noch immer antut.

Vor allem habe ich verstanden, wie anders das israelisch-zionistische Narrativ ist, wie sehr vor uns Dinge verborgen werden, und wie kompliziert Geschichte ist.

Aus den Geschichten der Palästinenserinnen über ihre tägliche Auseinandersetzung mit der Besetzung habe ich verstanden, dass es meine Aufgabe ist, auf eindeutige Weise dagegen einzutreten. Ich habe auch verstanden, wie sehr die Verantwortung für die Beendigung der Besetzung ganz überwiegend in den Händen der Israelis liegt.

Es gab einen Moment auf dem Weg zum Bus, als alle anfangen, Scherze übereinander zu machen. Dies sind die Momente, wo man endlich denken kann: ‚Ja, es kann klappen.‘

Es gelang mir zum ersten Mal, hinzuschauen und Dinge mit palästinensischen Augen zu sehen, und ich hoffe sehr, dass das auch umgekehrt so war.

Ich möchte schon da leben können, wo ich geboren, aufgewachsen und zuhause bin. Es ist wohl nötig, auch die jetzt entstandene Wirklichkeit anzuerkennen, dass mit Israel ein Land, eine Kultur, etwas Neues sich entwickelt hat, das einfach existiert. Irgendwie müssen wir, glaube ich, von der Gegenwart ausgehen und nach vorne sehen, nicht so sehr in die Vergangenheit.“

*Nachwort des Komitees für Grundrechte und Demokratie:*

„22.250 junge Menschen aus Kriegsgebieten haben erlebt: Wir können zusammen leben, sogar unter einem Dach! Das ist eine phantastische Erfahrung.

Die meisten der jungen Menschen aus Is-

rael und Palästina (Westbank) hatten nie zuvor persönlichen Kontakt zu der anderen Seite. Viele der 800 jungen Israeli kamen in den letzten Jahren, auch gegen den Rat ihrer Familie, zu den Dialogseminaren nach Deutschland, um ‚den Terroristen‘ zu begegnen. Viele der 800 Palästinenserinnen aus der Westbank passierten trickreich die Checkpoints oder umgingen sie auf gefährliche Weise, um ‚ihren Besatzern‘ zu begegnen, die sie nur mit Gewehren an Checkpoints oder von nächtlichen Razzien in ihren Häusern kennen. Auf beiden Seiten kann die Teilnahme als ‚Verrat‘ oder ‚Kollaboration mit dem Feind‘ denunziert werden und soziale Sanktionen zur Folge haben.

Im Sommer 2012 sind wieder 80 Israeli und 80 Palästinenser in zwei Gruppen nach Deutschland eingeladen. Wegen des frühen Ramadan gab es Probleme. Die Frauengruppe organisiert in der Türkei selbstständig ein Seminar, an dem Beobachterinnen unseres Teams teilnehmen werden.

Unter den 22.250 Teilnehmerinnen gab es bisher keinerlei tätliche Auseinandersetzungen zwischen den ‚Feinden‘, jedoch viele anhaltende Kontakte, Freundschaften und gemeinsame Friedensaktivitäten über die Grenzen hinweg.

Bitte unterstützen Sie dieses friedenspolitische Projekt!“

*Wilfriede Dieter ist pensionierte Lehrerin und hat von 1999 bis 2006 die Seminare in Kroatien, später in Bosnien geleitet, seit 2007 leitet sie das Frauenseminar. Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.*



**Wilfriede Dieter**

**Fordern Sie mit uns einen Stopp der deutschen Rüstungsexporte!**

## **Aufschrei Waffenhandel**

Jede Minute stirbt ein Mensch an den Folgen einer Gewehrkugel, einer Handgranate oder einer Landmine. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegsoffer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Die deutschen Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime, die die Menschenrechte mit Füßen treten.

Selbst wenn die Waffen und Rüstungsgüter nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden, die damit für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wir wollen dem Export von Terror und

Gewalt, made in Germany, ein Ende setzen. Unterstützen auch Sie mit Ihrer Unterschrift die Kampagne für einen Stopp des Waffenhandels!

Ziele der neuen Kampagne gegen Rüstungsexporte sind:

- Aus der Zivilgesellschaft heraus Druck gegen die deutsche Praxis des Rüstungsexportes aufbauen und Alternativen zur Rüstungsproduktion aufzeigen.
- Eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durchsetzen, um öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen.
- Die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes von Rüstungsexporten durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2).

<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Forderungen-Ziele.65.0.html>

***Die Biographie eines individuellen gewaltfreien Anarchisten\****

## **Leo Tolstoi – Leben gegen den Krieg**

*Von Ullrich Hahn*

Ich bin kein Literaturwissenschaftler, sondern Rechtsanwalt. Als Reservist habe ich 1972 den Kriegsdienst verweigert und in der Folge u.a. auch alle mir zugänglichen Schriften Gandhis gelesen. In seiner Autobiographie stieß ich erstmals auf die

für meine Entscheidung zur Gewaltlosigkeit mögliche Bedeutung Tolstois: „Tolstois ‚Das Reich Gottes ist inwendig in Euch‘ überwältigte mich. Vor der Unabhängigkeit des Denkens, der tiefen Moralität und Wahrheitsliebe dieses Buches schienen alle mir von Mr. Coates gegebenen Bücher zur Bedeutungslosigkeit zu verblassen.“ Und

später: „Ich studierte ferner intensiv Bücher Tolstois. Die ‚kurze Darlegung der Evangelien‘, ‚Was sollen wir tun?‘ und andere Bücher machten tiefen Eindruck auf mich. Mehr und mehr begann ich, die unbegrenzten Möglichkeiten universaler Liebe zu erfassen.“ Ich hatte für mich den Teil des Tolstoischen Werkes entdeckt, der heute fast ganz in Vergessenheit geraten und vom Büchermarkt nahezu völlig verschwunden ist.

## I. Wirkungsgeschichte

1. Tolstoi ist uns heute vor allem als Schriftsteller bekannt, als Schöpfer vieler Erzählungen und vor allem der großen Romane „Krieg und Frieden“ und „Anna Karenina“. Nach seiner ersten Lebenshälfte, im Alter von etwa 50 Jahren, vollzog er eine tiefe Änderung seines Denkens und Lebens. Er wandte sich zum christlichen Glauben hin und zu einer radikalen Kritik an Staat und Gesellschaft. Die Titel seiner in der Folgezeit erschienenen Schriften legen von dieser Umkehr Zeugnis ab: „Beichte“, „Kritik der dogmatischen Religion“, „Was ich glaube“, „Was sollen wir tun“ ...

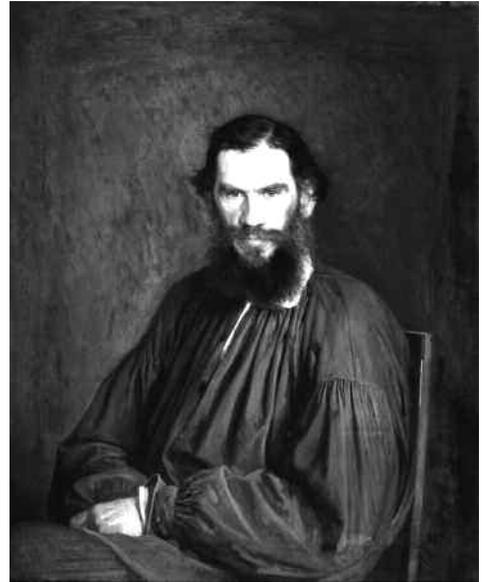
2. Auch diese nicht literarischen Werke und politischen Flugschriften erreichten auf der ganzen Welt in vielen Sprachen Millionen-Auflagen. In Deutschland war Tolstoi um die Jahrhundertwende einer der meist gelesenen Autoren; bis 1903 sind bereits 248 Übersetzungen seiner Werke in Deutschland erschienen. Und doch bricht mit dem Ersten Weltkrieg, wenige Jahre nach seinem Tod, das Interesse an seinen religiösen und sozialkritischen Schriften jäh ab. Der bürgerlichen Gesellschaft war er zu radikal und ließ sich nicht auf Dauer in ein normales Leben integrieren. Die Marxisten störten sich an

seiner strikten Gewaltlosigkeit und seiner Kritik an der Industriegesellschaft. Sie empfanden ihn als rückwärts gewandt. Bleibenden Einfluss genoss er nur bei den Anarchisten. Max Nettlau schreibt: „Tolstoi ging uns allen auf die Nerven: Man verstand nicht, wie er sich an das Christentum anklammern konnte, wie er Kunst und Wissenschaft gering zu schätzen schien und wie er, der sich gewiss in seine persönlichen Angelegenheiten nicht reinreden ließ, der ganzen Welt Lehren gab im Sinn der Kreuzersonate.“ Auf den wirklichen Tolstoi, von den berühmten Romanen abgesehen, wurde man erst nach dieser internationalen Keuschheits- und Antikeuschheitsdiskussion aufmerksam. Erst allmählich kamen seine Staatsverneinung, seine konsequente Verwerfung des Militarismus, die moralische Kraft des passiven Widerstands und sein Eintreten für manche Verfolgte und Opfer zur Geltung, und man fühlte, dass seine Stimme in manchen Fragen die Weltstimme der Freiheit und Menschenachtung geworden war. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurden viele seiner Schriften auch in Deutschland verboten, so wie in Russland seit seiner „Beichte“ alle religiösen und sozialkritischen Schriften schon verboten waren und nur illegal Verbreitung finden konnten. Thomas Mann hielt 1928 zum 100. Geburtstag Tolstois eine Laudatio auf ihn und begann mit den Worten: „Er hatte das Format des 19. Jahrhunderts, dieser Riese, der epische Lasten trug, unter denen das soviell schwächere und kürzer atmende Geschlecht von heute zerknicken würde ... Während der Krieg tobte, habe ich oft gedacht, dass er es nicht gewagt hätte auszubrechen, wenn im Jahre 14 die scharfen, durchdringenden Augen des Alten von Jasnaja Poljana noch offen gewesen wären...“ Wer war dieser Mensch?

## II. Lebensdaten

Leo Tolstoi (Lev Nikolajewitsch Graf Tolstoi) lebte von 1828–1910 auf dem elterlichen Gut Jasnaja Poljana, nahe bei Tula, südwestlich von Moskau. Er gehörte zum russischen Adel, zur reichen russischen Oberschicht. Seine Kindheit in dieser Oberschicht hat er sehr früh in der Trilogie „Kindheit – Knabenalter – Jugendzeit“ beschrieben. Er tritt als junger Mann ins Militär ein, erlebt die Kämpfe im Kaukasus und den Krim-Krieg in der Festung Sevastopol. Seine ungewohnt realistischen Berichte aus diesem letzten Krieg machen ihn in Russland als Schriftsteller schon früh bekannt. Seine einzigen Reisen ins westliche Ausland 1857 und 1860/61 unternimmt er aus pädagogischem Interesse. Er besucht Schulen, trifft eine Reihe bekannter Pädagogen jener Zeit. Er heiratet 1862 und arbeitet in den folgenden glücklichen Jahren seiner Ehe an den großen Romanen „Krieg und Frieden“ (1869) und „Anna Karenina“ (1877), die seinen literarischen Weltruhm begründen. Die Jahre von 1879–1889 sind die Zeit der Wende, seiner Umkehr oder – wie es die Literaturwelt empfand – seiner „Krise“. Der russische Schriftsteller Turgenjew bittet ihn 1883 von seinem Totenbett aus um Rückkehr zur Literatur. Tolstoi kehrt nicht mehr zurück. Mit seinen sozialkritischen Schriften wird er weltweit zu einer moralischen Autorität. Die letzten 20 Jahre seines Lebens von 1890–1910 sind von der Presse umlagert. In einem Vortrag über die russische Literatur des 19. Jahrhunderts im März 1901 in USA führt Pjotr Alexejewitsch Fürst Kropotkin aus: „Absolut gewiss ist, dass kein Mann seit Rousseaus Zeiten das menschliche Gewissen so tief aufgerührt hat, als es Tolstoi mit seinen moralischen Schriften tat ... In Millionen von Exemplaren werden seine Werke in allen Sprachen

gelesen; ... Tolstoi ist heute der am meisten geliebte Mann – der in der rührendsten Weise geliebte Mann – in der Welt.“



*Lew Tolstoi, ein Porträt von Iwan Kramskoi, 1873*

## III. Glaube und Gewaltlosigkeit

Nach Abschluss des Romans „Anna Karenina“ beginnt Tolstoi, sich intensiv mit der Religion, besonders dem christlichen Glauben, zu beschäftigen. Er liest die theologische Literatur seiner Zeit, lernt griechisch und hebräisch, um die Bibel im Urtext lesen zu können. Er übersetzt die Evangelien neu und kritisiert sowohl den sehr rituellen orthodoxen Glauben als auch die traditionelle westliche Theologie. Er stellt ihnen die schlichte Lehre Jesu, insbesondere aus der Bergpredigt, gegenüber. Tolstoi gilt als Wieder- bzw. Neuentdecker der Bergpredigt im Sinne einer Richtschnur des eigenen Lebens. In seiner Schrift „Mein

Glaube“ fasst er die Aussagen der Bergpredigt in fünf Gebote zusammen. Zentral für ihn ist das Gebot, „Du sollst dem Bösen (mit gewaltsamen Mitteln) nicht widerstehen“. In der Lehre Jesu sieht Tolstoi den Weg zu einem rechten Leben im Diesseits. Er verwirft Dogmen und Wunderglaube. Als er deshalb vom Heiligen Synod aus der orthodoxen Kirche ausgeschlossen wird, antwortet er auf seine Exkommunikation in einer ausführlichen Schrift: „Wie immer man die Person Christi auffassen mag, seine Lehre jedenfalls, die das Böse der Welt zunichte macht und dem Menschen so einfach, so leicht und unzweifelhaft Glück gewährt, wenn er sie nur nicht entstellt – diese Lehre ist ganz und gar verschwunden, ist verfälscht zu plumpem Hokuspokus mit Waschungen, Ölungen, Körperbewegungen, Beschwörungen, dem Verschlucken von Brotstückchen und dergleichen, und von der Lehre selbst bleibt nichts übrig. Wenn aber einmal jemand versucht, die Menschen daran zu erinnern, dass die Lehre Christi nicht in solchen Zauberbräuchen, in Bitt- und Dankgottesdiensten, in Messen, Kerzen und Ikonen besteht, sondern darin, dass die Menschen einander lieben, Böses nicht mit Bösem vergelten, einander nicht verurteilen und töten, dann erheben alle, welchen dieser Schwindel Vorteil bringt, ein empörtes Geschrei und erklären in den Kirchen, in Büchern, Zeitungen und Katechismen lauthals und mit unfassbarer Dreistigkeit, Christus habe das Schwören nie verboten, habe den Mord (Hinrichtungen, Kriege) nie verboten, und die Lehre vom Verzicht auf Widerstand gegen das Böse sei mit teuflischer List von den Feinden Christi erdrossen worden ... Von Christus, der die Ochsen, Schafe und Händler aus dem Tempel jagte, musste man behaupten, er lästert Gott. Käme er heute zu uns und sähe, was in seinem Na-

men in der Kirche geschieht, er würde gewiss mit noch größerem und noch gerechtem Zorn alle die schrecklichen Messtücher, Spieße, Kreuze, Kelche, Kerzen, Ikonen und alles andere hinauswerfen, womit sie ihren Hokuspokus treiben mit Gott und seine Lehre vor den Menschen verbergen.“ Als diese Schriften in Deutschland veröffentlicht werden, muss sich auch hier sein Verleger in einem Strafverfahren bis vor das Reichsgericht gegen den Vorwurf der Gotteslästerung verteidigen.

Auf dem aus der Bergpredigt Jesu abgeleiteten Gebot vom „nicht Widerstehen“ gründet die Gewaltlosigkeit Tolstois, die aber keine Widerstandslosigkeit ist. Er selbst erhebt in ungewohnt scharfer und unverhüllter Form sein Wort gegen staatliches und gesellschaftliches Unrecht seiner Zeit und hat damit das Zarenreich in seinen Grundfesten erschüttert. Die russischen Revolutionen 1905 und 1917 sind wohl auch durch seine Kritik an den sozialen Zuständen in Russland vorbereitet worden.

Eine Konsequenz der Gewaltlosigkeit ist für ihn die Kriegsdienstverweigerung. Er geißelt das Militär als „Sklaverei unserer Zeit“. Bis in den Ersten Weltkrieg hinein verweigern viele Hundert russische Wehrpflichtige ihren Militärdienst unter Berufung auf Tolstoi, ebenso wie die wenigen bekannten Kriegsdienstverweigerer im Deutschen Reich. Aber auch in der politischen Auseinandersetzung wendet er sich gegen eine gewaltsame Revolution, gegen die damals in Russland und anderen Ländern verübten Attentate auf die Regierenden. In seiner Schrift „Du sollst nicht töten“ schreibt er: „Ermordungen von Königen, wie unlängst die Ermordung Umbertos, sind nicht wegen ihrer Grausamkeit abscheulich. Untaten die auf Anweisung von Königen und Kaisern geschehen ... sind unvergleichlich grausamer als alle Morde,

welche die Anarchisten verüben. Abscheulich sind diese Morde auch nicht etwa, weil sie Unschuldige treffen. Wenn es Alexander II und Umberto nicht verdient haben ermordet zu werden, so haben es die Tausende Russen, die vor Plewna gefallen sind und Italiener, die in Abessinien den Tod fanden, noch viel weniger verdient. Solche Morde sind abscheulich, nicht weil sie grausam sind und Unschuldige treffen, sondern wegen des Unverstandes derer, die sie verüben.“

#### IV. Anarchie und soziale Gerechtigkeit

Tolstoi wendet sich gegen die Gewalt der Anarchisten seiner Zeit, aber gleich ihnen tritt er ein für die Abschaffung des Staates. Dabei geht es ihm nicht um die Suche nach Alternativen zum Zarenreich, zur Monarchie oder westlichen Demokratie, sondern darum, die Bedingungen, die den Staat notwendig machen, zu beseitigen. Es genügt ihm, zwei moralische Forderungen zu erfüllen: selbst kein Unrecht zu tun und auch nicht mit dem Unrecht zusammenzuarbeiten, es nicht zu legitimieren, das bedeutet für ihn, kein Staatsamt anzunehmen als Beamter, Richter, Polizist, Soldat, Parlamentarier etc.; sich selbst aber auch nicht der Staatsgewalt zu bedienen, etwa der Polizei, des Gerichtsvollziehers etc.; nicht freiwillig Steuern zu bezahlen, aber auch kein Geld in Anspruch zu nehmen, das als Steuer erhoben wurde.

Die besondere Schärfe seiner Kritik trifft die Regierenden, die er als Negativauslese der Gesellschaft beschreibt (in: „Eines ist Not. Über die Staatsmacht“): „Man könnte die Unterordnung eines ganzen Volkes unter wenige Leute noch rechtfertigen, wenn die Regierenden die besten Menschen wären; aber das ist nicht der Fall, war niemals der Fall und kann es nie sein. Es herr-

schen häufig die schlechtesten, unbedeutendsten, grausamsten, sittenlosesten und besonders die verlogenen Menschen. Und dass dem so ist, ist kein Zufall.“

Mit den Anarchisten teilt er nicht nur die Staatskritik, sondern auch das Ziel einer sozialen Gerechtigkeit: 1882 nimmt Tolstoi an der Volkszählung in Moskau teil. Erstmals erlebt er in den Arbeitervierteln der Großstadt ein Elend, welches viel schlimmer ist als die Armut in den Dörfern. Er tritt deshalb – wie später Gandhi und die moderne Entwicklungspolitik unserer Zeit – für die Entwicklung der Dörfer ein, um damit die Landflucht zu vermeiden.

Das Eigentum ist für ihn der Ursprung der Gewalt. Geld ist Macht, andere für sich arbeiten zu lassen. Am Beispiel der russischen Bauernbefreiung von 1861 erlebt und beschreibt er, dass die zuvor leibeigenen Bauern nach der Aufhebung der Leibeigenschaft in gleicher und zum Teil noch schlimmerer Weise vom Arbeitslohn ihrer vormaligen Gutsherren abhängig sind. Tolstoi zieht daraus u.a. die Folgerung, umfassend selbst mit der Hand zu arbeiten; „weiße Hände lieben fremde Mühe“. In seiner Erzählung „Der Leinwandmesser“ karikiert er aus dem Mund eines alten Pferdes das Eigentumsstreben der Menschen: „Es gibt Menschen, die ein Stück Land „mein“ nennen, und dieses Land nie gesehen und betreten haben. Die Menschen trachten im Leben nicht danach zu tun, was sie für gut halten, sondern danach, möglichst viele Dinge „mein“ zu nennen.“



**Lew Tolstoi**  
**1 Rubel 1988**

#### V. Pädagogik

Neben dem Neuen Testament wird Tolstoi am stärksten beeinflusst von dem französi-

schen Aufklärer des 18. Jahrhunderts, Jean Jaques Rousseau. Er studiert intensiv dessen pädagogische Schriften, die im Rahmen des „Zurück zur Natur“ eine neue Wertschätzung des Kindes begründeten.

Tolstoi übernimmt seine ersten Schulversuche auf Jasnaja Poljana in den Jahren 1849 und später 1859–1863. Dabei verfolgt Tolstoi vier Grundsätze:

a.) Er tritt gegen den Schulzwang im Sinne einer allgemeinen Schulpflicht ein: „Außer der abstumpfenden Wirkung einer Schule, für die der Deutsche das schöne Wort ‚verdummen‘ hat, und die in einer dauernden Verkrüppelung der geistigen Fähigkeit besteht, gibt es noch eine andere, viel schädlichere Wirkung, die darin besteht, dass das Kind im Laufe von mehreren Stunden, durch das Schulleben stumpf gemacht, täglich während dieser Zeit, die für das Lebensalter so kostbar ist, aus jenen Lebensbedingungen herausgerissen wird, die die Natur selbst für seine Entwicklung vorherbestimmt hat ... In jeder dieser Schulen ist die Disziplin das höchste Gesetz; es ist den Schülern verboten zu reden, zu fragen, sich den einen oder anderen Lehrgegenstand selbständig zu wählen; mit einem Wort, es sind alle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Lehrer sich keinen Begriff von den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Schüler bilden kann. Die auf dem Prinzip des Zwanges beruhende Einrichtung der Schule schließt jede Möglichkeit eines Fortschrittes aus; und wenn man denkt, wieviel Jahrhunderte schon hingegangen sind, seit man sich bemüht, den Kindern Fragen zu beantworten, die sie niemals stellen ... so kann man kaum begreifen, wie sich unsere Schulen überhaupt noch halten können.“

b.) Schüler und Lehrer sollen nach Tolstoi Erfahrungen in Freiheit sammeln können; d.h. er tritt gegen vorgegebene Lehrpläne

ein, „weil ein Mensch nicht wissen kann, was ein Mensch wissen muss.“ Während Tolstoi unter „Erziehung“ die zwangsweise Einwirkung auf eine Person versteht, vollzieht sich „Bildung“ in einem freien Verhältnis von Menschen untereinander. „Erziehung ist Zwangsbildung. Bildung ist frei.“

c.) Lernen vollzieht sich zunächst am Leben, u.a. auch in der Landwirtschaft, dem Gartenbau und anderen Fächern, die nicht in einem Schulgebäude, sondern draußen stattfinden.

d.) Schüler und Lehrer müssen gemeinsam lernen. Seine Schüler regt Tolstoi an, selbständig Geschichten zu schreiben. Er berichtet von dieser Erfahrung in seiner Schrift „Sollen die Bauernkinder bei uns schreiben lernen oder wir bei ihnen?“

In seiner eigenen Schule gibt es keine Noten, kein Sitzenbleiben, keine Strafen, Hausaufgaben und keine Sitzordnung. Da die zaristische Verwaltung offenbar Angst vor dem Erfolg dieser Schulen hatten, wurden sie 1863 von der Polizei geschlossen.

Seine pädagogischen Ziele verfolgt Tolstoi dennoch weiter. Er schreibt „Das neue Alphabet“, russische Lesebücher, welche Erzählungen zur Geschichte, Physik, Biologie, dem Glauben und andere Unterrichtsgegenstände enthalten und den Kindern eine moralische und soziale Grundeinstellung vermitteln sollen, die Ehrfurcht vor dem Leben. Generationen russischer Kinder haben bis in die zwanziger Jahre hinein mit diesen Lesebüchern ihre Grundschulbildung begonnen.

Was und wie Tolstoi zur Pädagogik geschrieben hat, sind nicht nur Sachinformationen, sondern selbst „eine der außerordentlichen Leistungen in der Geschichte der Literatur“ (Isaiah Berlin in „russische Denker“, S. 325).

## VI. Schlussbetrachtungen

Mit der Vorstellung einer „radikalen Umkehr“ Tolstois wird in der Literaturgeschichte oft eine Trennung zwischen dem Schriftsteller und dem Sozialkritiker begründet. Bei näherer Betrachtung stehen beide Seiten Tolstois jedoch in einer engen inneren Verbindung:

a.) Für die gesamte russische Literatur des 19. Jahrhunderts ist die soziale Verantwortung selbstverständlich. Der Schriftsteller hat in einem despotischen System, wo jede kritische Meinung unterdrückt und bestraft wird, die Aufgabe, Stimme der Freiheit und Wahrheit zu sein. Dies gilt auch und besonders für Tolstois literarisches Werk sowohl vor wie nach seiner „Wende“.

b.) Tolstoi stellt die Wahrhaftigkeit über alle anderen Tugenden. Für ihn gibt es nur ein menschliches Ziel: die Wahrheit zu sagen und sich von ihr in seinen Handlungen leiten zu lassen, d.h. Gutes zu tun und andere dazu zu überreden (Isaiah Berlin, a.a.O. S. 333). Unter diesem Gebot der Wahrheit stehen alle seine Werke von den ersten Erzählungen an; nicht weniger als die späte Suche nach einem Glauben, der nicht auf Einbildung gründet (Berlin, a.a.O. S. 91).

c.) Tolstois Kritik an den „großen Männern“, an der Gewalt und dem Krieg, findet seinen Ausdruck schon in „Krieg und Frieden“. Es ist für ihn Illusion, dass Individuen aus eigener Kraft den Gang der Dinge verstehen und beherrschen können. Was sind große Männer? Es sind gewöhnliche Menschen, die so unwissend und so eitel sind, dass sie die Verantwortung für das Leben der Gesellschaft übernehmen (Berlin, a.a.O. S. 74). Napoleon ist für ihn nur der Leihhahn, der glaubt, die Herde zu führen, während er doch selbst vom Hirten der

Herde schon für die Schlachtbank vorgesehen ist.

Gandhi hat u.a. aus den Anstößen Tolstois einen aktiven gewaltfreien Widerstand gegen Kolonialherrschaft und seine Alternativen für eine gerechte Gesellschaft entwickelt. Das Spinnrad wurde zum Wappen des indischen Staates, nicht Adler, Löwe, Bär oder ein anderes Raubtier wie es bei uns üblich ist.

Nicht jeder kann Gandhi sein. Aber jeder kann sich so wie Tolstoi bemühen, – die Wahrheit zu suchen und nach ihr zu leben, – kein Unrecht zu tun und es auch nicht indirekt durch Legitimation zu unterstützen.

Dies sind wohl noch immer die moralischen Ausgangspunkte für jede verantwortliche Mitgestaltung menschlicher Gemeinschaft.

*\*Vortrag im Januar 2000 in Albstadt-Tailfingen. Druck mit freundlicher Genehmigung von Lebenshaus Schwäbische Alb*

*Ulrich Hahn, geb. 2.3.1950, ist seit 1978 Rechtsanwalt in Villingen, Präsident des Deutschen Zweigs im Internationalen Versöhnungsbund ([www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)) und hat in seinem Kirchenbezirk mitgearbeitet. Seine Kinder heißen Oskar, Albert, Hildegard und Clara.*



**Ulrich Hahn**

## **Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie**

# **Lebenshaus Schwäbische Alb**

*Von Michael Schmid*

**I**m Juni 1993 wurde in Gammertingen (Kreis Sigmaringen) der Verein „Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.“ ins Leben gerufen, um gemeinsam soziale und politische Verantwortung zu übernehmen.

Formal gesehen, hat sich ein kleiner Verein entwickelt, der derzeit 92 Mitglieder und Fördermitglieder hat. Manche davon leben in Gammertingen und näherer Umgebung, andere aber zum Teil weit weg, irgendwo in Deutschland. Vor Ort wird die aktive Arbeit nur von wenigen Menschen gemacht. Außer den Mitgliedern gibt es noch einen großen Kreis von Menschen, die das Projekt unterstützen.

Zentrum des Geschehens ist vor allem ein vereinseigenes Gebäude in Gammertingen auf der Schwäbischen Alb.

Dort lebt derzeit eine dreiköpfige Kerngruppe zusammen mit Menschen in Krisen- oder Übergangssituationen, die im Lebenshaus für befristete Zeit wohnen können, um ihr Leben neu zu ordnen, sich zu erholen und sich in der Auseinandersetzung mit anderen neue Anregungen zu holen. Dabei handelt es sich z.B. um Menschen, die Opfer von Gewalt wurden oder die sonst in ihrer aktuellen Lebenslage gehandicapt sind. Es können auch Menschen sein, die ihren Arbeitsplatz verloren oder keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, Menschen, die mit dem Verlust eines wichtigen Menschen zurechtkommen müssen oder mit dem Verlust der Heimat bei Flüchtlingen. Aber auch



**Gebäude des Vereins in Gammertingen mit Wärmedämmung, Solarwärme, Pellets-Heizung**

RückkehrerInnen aus dem Zivilen Friedensdienst oder andere FriedensarbeiterInnen sind gerne willkommen. Über 180 Menschen mit jeweils völlig unterschiedlichen Hintergründen haben in den vergangenen 16 Jahren von diesem Angebot des zeitlich befristeten Mitlebens Gebrauch gemacht. Manche davon blieben nur kurz, manche über ein Jahr oder auch über zwei Jahre. Manche sind auch mehrere Male wiedergekommen. Die Gäste werden z.B. mit einem Angebot von Einzelgesprächen in ihrer von ihnen selbst gewünschten Weiterentwicklung unterstützt und begleitet.

Allerdings ist es nicht unsere Absicht, uns auf mildtätiges Handeln zu beschränken. Vielmehr geht es darum, die Verhältnisse in den Blick zu nehmen, die Menschen ausgrenzen, überflüssig, arm, krank, zu Flüchtlingen oder Opfern von Gewalt und Kriegen machen.

Zweifelsohne stehen viele dieser Krisen und Katastrophen der Reich-Gottes-Bot-



**Kerngruppe des Lebenshauses: Julia Kramer, Katrin Warnatzsch, Michael Schmid (v.l.)**

schaft und -Praxis von Jesus entgegen. Deshalb geht es von der Reich-Gottes-Perspektive aus um nicht weniger als um eine neue Weltordnung. Es reicht nicht aus, über irgendeine Sorte neuen Weins zu reden. Wenn man den neuen Wein wirklich haben möchte, dann braucht man auch neue Weinschläuche, neue Strukturen, eine neue Weltordnung. Deshalb ist unsere Aufgabe, soweit wir uns als Christinnen und Christen verstehen, dem neoliberalen Kapitalismus mit seinen dürftigen, eindimensionalen und lebenszerstörenden Normalitätsvorstellungen eine von der Vision des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit inspirierte Praxis des Widerspruchs und des Widerstands entgegenzustellen, aber auch eines provokativen und kreativen Aufbruchs in eine andere mögliche Welt.

Als Lebenshaus Schwäbische Alb setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten gemeinsam mit anderen Menschen und Organisationen öffentlich für grundlegende gesellschaftspolitische Veränderungen ein.

Ein wichtiger Bestandteil unseres Engagements ist eine umfangreiche Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu den Themenbereichen Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie. Damit wollen wir zur Bewusstseins-

bildung beitragen und zum eigenen Handeln ermutigen. So geben wir seit Beginn unseres Vereins vierteljährlich einen gedruckten Rundbrief heraus. Darin geben wir Einblick in das, was uns mit und im Lebenshaus bewegt und was wir machen. Gleichzeitig stellt der Rundbrief ein wichtiges Bindeglied zu Mitgliedern und interessierten Menschen dar. Seit rund zehn Jahren betreiben wir zudem eine eigene Website, die sich großer Beliebtheit erfreut ([www.lebenshaus-alb.de](http://www.lebenshaus-alb.de)). Nahezu 500.000 Besuche waren auf dieser Website alleine im vergangenen Jahr zu verzeichnen. Zum großen Teil werden Artikel zu aktuellen Themen veröffentlicht, etwa zu Konflikten und Kriegen im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen Weltregionen. Bei vielen Artikeln geht es z.B. um zivile und gewaltfreie Konfliktbearbeitung, um Atomausstieg und Energiewende, um Flucht und Asyl. Manche Artikel beschäftigen sich mit Rückblicken. In einer Art Langzeitprojekt „Aufarbeitung gewaltfreier Geschichte“ werden wichtige gewaltfreie Aktionen oder engagierte Personen dargestellt. Inzwischen befinden sich rund 5.700 Artikel auf unserer Website, täglich kommen weitere hinzu.

In Veranstaltungen setzen wir uns unter anderem mit Kriegen und anderen Formen von Gewalt auseinander, eben auch mit struktureller und psychischer Gewalt. Wichtig ist uns aber ebenso die Beschäftigung mit positiven Beispielen und Vorbildern. So haben wir thematische Seminare zu Menschen veranstaltet, die für die Gewaltfreiheit wegweisend sind, wie Martin Luther King, Mahatma Gandhi oder Leo Tolstoi.

Als Lebenshaus beteiligen wir uns auch an zahlreichen Aktionen oder organisieren selber solche. Bei Mahnwachen, die wir in den vergangenen Jahren in Gammertingen veranstaltet haben, geht es um Protest

gegen Krieg und Mahnung wegen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, um eine grundlegende Energie-wende und rasche Abschaltung von Atomkraftwerken.

Neben der Beteiligung an Demonstrationen arbeiten wir bei verschiedenen Kampagnen mit. So gehören wir beispielsweise dem Aktionskreis der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ an. Wir unterstützen die „Initiative gegen Waffen am Bodensee“, engagieren uns gegen die Abschiebung von Roma nach Kosovo, beteiligen uns an der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“.



### **Mahnwache in Gammertingen**

Im Jahr 2010 haben wir mit einem offenen Brief und einer Unterschriftensammlung gegen eine „Patenschaft“ der Stadt Gammertingen mit einer Bundeswehreinheit protestiert und uns für zivile Alternativen zu Militäreinsätzen eingesetzt. Dies hat ziemlich viel Wirbel verursacht, weil der Gammertinger Bürgermeister mit verschiedenen unfairen Mitteln versuchte, diesen Protest verächtlich zu machen und schließlich zu kriminalisieren. Neben vielem anderen hat es schließlich im März 2011 eine polizeiliche Durchsuchung des Lebenshaus-Gebäudes gegeben.

Natürlich war uns durchaus bewusst, dass wir uns unbeliebt machen könnten, wenn wir den Mund aufmachen und gegen die „Bundeswehrpatenschaft“ protestieren würden. Uns war ebenfalls bewusst, dass wir damit eine Minderheitenposition in unserem Umfeld vertreten. Schließlich leben wir hier in einer Region, die politisch-kulturell zu den konservativsten überhaupt in Deutschland gehört. Und eine Mehrheit identifiziert sich mit der Bundeswehr, unter anderem, weil sie sich Vorteile von deren Stationierung in der Region verspricht.

Entsprechend steinig und holprig war der Weg des Lebenshauses im Laufe der Jahre. Es gab stürmische Angriffe gegen unseren Verein, die zum Teil auf das Ende des Projektes zielten. Davon zeugen unter anderem zahlreiche Gerichtsverfahren, öffentliche Diffamierungskampagnen und eine – rechtswidrige – Hausdurchsuchung. „Gerade hier wollen wir an zivilen, konstruktiven Alternativen arbeiten“, haben wir im Wissen um unsere Minderheitenposition unter mehrheitlich Andersdenkenden bereits in unserem ersten Lebenshaus-Flyer geschrieben. Uns war also bewusst, dass unser Weg auch durchaus schwierige Seiten aufweisen werden würde.

Aber Schwierigkeiten und Krisen, an denen es unserem Projekt wahrlich nicht gemangelt hat, beinhalten immer auch Chancen zur Entwicklung.

Eine Chance war und ist die Verbundenheit mit zahlreichen Menschen und Gruppierungen, die sich auf dem gleichen oder zumindest einem ähnlichen Weg befinden. Hier haben wir sehr viel erlebt, auch sehr viel Positives, Wunderbares. Zahlreiche Menschen haben das Weitergehen auf dem eingeschlagenen Weg unterstützt und uns dabei ermutigt. Nicht zuletzt wurden erhebliche Geldbeträge in Form von Spenden,

Mitgliedsbeiträgen und zinslosen Darlehen zur Verfügung gestellt, um das vereinseigene Gebäude und unsere gesamte Arbeit zu finanzieren. Dafür können wir nur sehr dankbar sein.

*Kontakt: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Bubenhofenstr. 3, 72501 Gammertingen, Tel. 07574-2862, E-Mail [info@lebenshaus-alb.de](mailto:info@lebenshaus-alb.de), Internet: [www.lebenshaus-alb.de](http://www.lebenshaus-alb.de)*

*Michael Schmid, Jg. 1951; Grund- und Hauptschullehrer, Studium der Sozialwissenschaften – berufstätig u.a. ab 1988 für zweieinhalb Jahre als hauptamtlicher*

*Friedensarbeiter und Geschäftsführer bei der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen; seit über 20 Jahren bei den Mariaberger Heimen in Gammertingen erwerbstätig. Außerdem Geschäftsführer beim Verein Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie.*



**Michael Schmid**

**Ein Jahr nach dem GAU in Fukushima:  
Die Selbstverständlichkeit des Alltags ist verschwunden\***

## „Auf Kosten meiner Heimat und ihrer Kinder“

*Von Naho Dietrich-Nemoto, Heidelberg*

Ich stamme aus Fukushima-City in der Präfektur Fukushima. Ich bin dort geboren und aufgewachsen.

Seit dem 11. März 2011 wünsche ich mir, nicht sagen zu müssen, woher ich komme, wenn ich jemanden zum ersten Mal treffe. Und das, obwohl Fukushima meine einzige, schöne Heimat ist und eine reiche Natur und schöne Landschaft hat. Sie ist wegen der Explosion des Atomkraftwerks bekannt geworden. Die Region ist zum Synonym für die Atomkatastrophe geworden. Hier in Deutschland, 9.000 km von Japan entfernt, fühlt sich für mich das Unglück vor etwa einem Jahr wie ein Ereignis aus der Vergangenheit an. Oder sogar, als sei es eigentlich

gar nicht passiert. Solange ich hier bin, kann ich es vielleicht verdrängen. Aber das atomare Unglück ist Realität, man kann es nicht mehr ändern. Egal wie viel Zeit verstreichen wird, wie sehr ich meine Augen davon abwenden und vergessen möchte, die Realität ist da.

Denn die Situation verändert sich nicht. Riesige Mengen an radioaktiven Stoffen, die im Umkreis von Fukushima Dai-ichi freigesetzt wurden, sind immer noch dort. Es gibt sie immer noch in den Flüssen, im Meer, auf den Bergen und im Boden. Vor der Nahrungskette macht die Radioaktivität nicht halt. Die Selbstverständlichkeit des Alltags ist verschwunden. Mit tiefer Ruhe im Herzen in den Bergen und an den Flüssen spazieren gehen, das Gras und die Bäume

berühren, wenn es schneit, den Schnee berühren, Früchte der Umgebung und Gemüse der Saison zu essen – solche Selbstverständlichkeiten kann man nicht mehr wiederbringen. Und das gilt nicht nur für Menschen, die innerhalb der Sperrzone von 20 km um das AKW Fukushima Dai-ichi lebten. Es ist beängstigend, dass das AKW Fukushima Dai-ichi immer noch nicht sicher, sondern noch heute in einem gefährlichen Zustand ist. Mein Vater sagte: „Wir essen keine Pilze dieses Jahr. Wir haben eine Mitteilung bekommen. Die Strahlungswerte sind zu hoch. Mit meinem Geigerzähler, den ich endlich bekommen habe, habe ich die Umgebung gemessen. Aber ich kann nicht einfach jemandem sagen, wie hoch der Wert ist. Die Gemeindevertreter haben uns gesagt, dass wir nicht selbst die Abflussrinne oder den Straßengraben messen sollen, also da, wo der Wert hoch ist. Die Regierung verwaltet alles, selbst soll man nichts unternehmen. Verstrahlte Erde darf man nicht selbst wegnehmen und sie an einen anderen Ort bringen. Das ist eine Vorgabe. Deswegen kann man die Erde nicht so einfach reinigen. Es gibt keinen Ort, wo man sie hinbringen kann.“

Ich habe aber gesagt: „Man muss dann diese Erde nach Fukushima Dai-ichi bringen. Man kann sowieso nicht mehr innerhalb von 5 bis 10 Kilometern wohnen.“ Das stimmt. Alle wissen das. Eigentlich denken alle so. Die Leute können nicht mehr zurück nach Hause. Aber den Menschen von dort kann das niemand so sagen. Und wenn man doch etwas sagt, werden die Bewohner sehr abweisend. Obwohl ihr Land stark verstrahlt ist, glauben sie, dass sie sicher irgendwann heimkehren werden.

Um unser Haus herum ist alles ok. Mit meinem Geigerzähler messe ich überall weniger als 1 Mikro-Sievert. Aber die Häuser unserer Nachbarn haben einfache Blech-

dächer ohne Dachrinne und Gully. Das Regenwasser läuft direkt auf den Boden. Ich habe die schwarze Erde dort gemessen. Da hat der Geigerzähler stark ausgeschlagen. Dort sind mehr als 9,9 Mikro-Sievert. Ich war entsetzt. Bestimmt sind die Werte unter den Spielgeräten auf dem Spielplatz auch sehr hoch.

„Oh mein Gott, spielen Kinder auf dem Spielplatz? Und was machen die Nachbarkinder?“ fragte ich ihn. Er antwortete: „Kein Kind spielt draußen. Seit dem 11. März spielen auch meine Enkel nicht mehr draußen.“

„25 Jahre nach dem Atomunfall in Tschernobyl darf man immer noch keine Pilze aus Teilen des Bayrischen Waldes, ein paar tausend Kilometer entfernt, essen“, sagte ich. „Es wird nicht verschwinden, auch nicht nach vielen Jahren. Ein einmal radioaktiv kontaminierter Boden wird nicht mehr verschwinden. Auch nicht nach vielen Jahren“, murmelte er kraftlos. „Mit Mutter bin ich in Jododaira wandern gegangen, dort wo wir zusammen mit euch vor vier Jahren hingewandert sind. Dieses Jahr ist der violette Enzian unglaublich schön. In diesem Jahr waren die Blumen besonders lebendig und glänzend, schöner als je zuvor“, sagte mein Vater, wie üblich mit einem Lachen. Ich weiß, dass mein Vater nicht will, dass unsere Konversation mit Verzweiflung endet.

Warum Fukushima? Warum? Was haben die Leute in Fukushima getan? Die Leute dort lieben die Berge und die Natur. Wie viel muss man sie noch quälen? Die Leute in Fukushima haben nichts getan. Es gibt jetzt zu viele Dinge, die man aufgeben und wegwerfen muss. Aber wie kann man das Land und die Berge verlassen, die man über viele Generationen geerbt hat? Was ist mit dem Wald, den ausgedehnten Feldern, dem Vieh und der Meeresküste? Wie kann man die Menschen dort entschädigen? Das

Opfer ist zu groß. Man findet keine Worte für das, was dort geschieht.

Wenn diese Situation nur wenige Jahre anhielte, dann könnte man sie wahrscheinlich aushalten. Aber die Strahlung verschwindet nicht, auch nach 20 Jahren nicht.

### **Freitag, der 11. März 2011**

Um 14:46 Uhr erlebte der Osten Japans ein Erdbeben der Stärke 9.0 und kurz darauf einen verheerenden Tsunami.

Ich habe davon in Deutschland durch Nachrichten über das Internet erfahren. In Japan gibt es ständig Erdbeben. Es ist nichts Außergewöhnliches.

Deswegen habe ich zunächst gedacht, dass es eigentlich nicht so schlimm ist.



**Nordwestansicht der Reaktorgebäude 1 und 2 (1999)**

Vorsichtshalber habe ich trotzdem versucht, meine Eltern anzurufen, aber ich konnte sie nicht erreichen. Später habe ich erfahren, dass meine Heimatstadt Fukushima-City vom Erdbeben der Stärke 5 erschüttert wurde. Ich erschrak über den Wert und machte mir jetzt große Sorgen. Meine Beine fingen an zu zittern. Ich versuchte mehrmals, meine Familie anzurufen, aber es ging nicht. Dann schickte ich meiner ganzen Familie E-Mails. Nach einer Weile schrieb mir meine Mutter kurz zurück: „Mir geht es jedenfalls

gut. Ich kann nicht nach Hause gehen. Über unser Haus weiß ich nichts.“

Dann bekam ich kurze Nachrichten von meinem Vater und dann von meinen zwei Schwestern, dass es ihnen gut geht. Mein Herzschlag und das Zittern meiner Beine beruhigten sich ein bisschen. In diesem Augenblick kam mir noch nicht der Gedanke, dass etwas in einem Atomkraftwerk passiert sein könnte. Ich machte mir große Sorgen um direkte Schäden, um Verletzungen durch das zerstörerische Erdbeben.

20:50 Uhr: Anweisung zur Evakuierung von 1.864 Bewohnerinnen und Bewohnern im Radius von 2 km um das Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi.

21:23 Uhr: Anweisung zur Evakuierung der Bewohnerinnen und Bewohner im Radius von 3 km um das Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi. Bewohnerinnen und Bewohner innerhalb eines 10 km Radius sollen ihre Wohnungen nicht verlassen. (Earthquake Information Nuclear and Industrial Safety Agency)

### **Samstag, der 12. März 2011**

Das Erdbeben war das viertgrößte der Welt seit 1900. Der Tsunami verschluckte in einem Augenblick Häuser und Gebäude, ohne eine Spur zu hinterlassen. Die Straßen erhoben sich wie eine Schlange und wurden zerrissen.

Die Zahl der Toten und der Vermissten stieg von Sekunde zu Sekunde weiter an. Am Ende starben mehr als 20.000 Menschen. Viele werden noch vermisst. Ich bin sehr bestürzt vom Ausmaß des Leids. Es gibt ein AKW in Fukushima. Mein Mund wurde sehr trocken. Dann kam eine Kurznachricht, dass Reaktor 1 von Fukushima Dai-ichi explodiert ist. Ich maß selbst, wie weit Dai-ichi von Fukushima-City entfernt ist. Es sind nur 65 km. Die Nachrichten in Deutschland berichteten schon, dass radioaktive Stoffe ausgetreten sind, dass die Bewohner

in Gefahr sind, schrecklich! Ich wollte so schnell wie möglich die Stimme meiner Familie hören. Aber das Telefon ging nicht.

Die Evakuierungszone war immer noch nicht ausgeweitet worden, obwohl Reaktor 1 bereits explodiert war. Mein Herz wäre fast zerbrochen. Erst am Abend wurde die Evakuierungszone auf 20 km erweitert.

5:44 Uhr: Anweisung zur Evakuierung von 61.000 Bewohnerinnen und Bewohnern im Radius von 10 km um das Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi.

18:25 Uhr: Anweisung zur Evakuierung von 178.988 Bewohnern im Radius von 20 km um das Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi.

Pressekonferenz von Premierminister Edano: „Die Messung der radioaktiven Stoffe wurde richtig gemacht. Die aktuellen Werte liegen im Bereich des zu erwartenden.“ (Earthquake Information Nuclear and Industrial Safety Agency)

#### **Sonntag, der 13. März 2011**

Das Telefon ging immer noch nicht. Ich konnte nichts machen, nur Nachrichten schauen. Um eine Explosion von Reaktor 2 und 3 zu verhindern, wurde der Dekompressions-Betrieb (vent) gestartet. (Asahi.com, 13. März)

Dekompressionsbetrieb bedeutet, dass radioaktive Stoffe direkt nach außen gelangen, wo die Menschen leben.

Es macht mich verrückt, wenn ich mir vorstelle, dass das radioaktive Material allmählich ausströmt.

Pressekonferenz des Premierminister Edano: „Es gibt keine Kernschmelze. Falls es zu einer Explosion kommt, wird es keinen Einfluss auf die Situation der Bewohner haben.“ (Earthquake Information Nuclear and Industrial Safety Agency)

#### **Montag, der 14. März 2011**

Die Brennstäbe von Reaktor 2 liegen frei. Es besteht die Möglichkeit einer Kernschmel-

ze. Um 11:01 Uhr kommt es zu einer Wasserstoffexplosion in Reaktor 3. (Asahi.com, 14. März 2011).

Endlich konnte ich mit meiner Familie telefonieren. Meine Eltern konnten wieder ihren Computer und das Internet benutzen. Um 6.00 Uhr japanischer Zeit konnte ich endlich die Gesichter meiner ganzen Familie über Skype sehen. Sie waren unverletzt, obwohl sie ausgemergelt aussahen. Ich war von Herzen erleichtert, in die Gesichter von ihnen allen schauen zu können. Ich wollte zu ihnen gehen. Ich hatte gehört, dass im Haus kaputte Töpfe und Geschirr zerstreut herumlagen. Das Haus meiner Schwester hatte Risse bekommen. In vielen Gebieten gab es keinen Strom. Man konnte kein Benzin kaufen. Der Boden war rissig, das Wasser außer Betrieb. Um Lebensmittel zu kaufen, musste man im Supermarkt mehrere Stunden in einer Schlange anstehen, auch Familien mit Kindern. Es gab ständig Nachbeben, die den Menschen Angst machten. Man konnte nachts nicht gut schlafen. Natürlich machte das Unglück im AKW meinem Vater Sorge. Meine Familie sah gerade mit angehaltenem Atem die Nachrichten. Ich fragte, ob sie sich so weit weg wie möglich vom AKW in Sicherheit bringen können. Mein Vater sagte erst: „Die Regierung evakuiert nur im Umkreis von 20 km, nicht 65 km entfernt. Fukushima-City ist noch ok, deswegen haben wir uns noch keine Gedanken gemacht.“ Offenbar wird in Japan nicht alles in den Nachrichten berichtet. Was z.B. durch die Explosion passiert, wie hochradioaktive Stoffe freigesetzt werden, und welche Auswirkungen diese auf den menschlichen Körper haben. Die Explosion, die Freisetzung radioaktiver Gase in die Umwelt, die unterschiedlichen Reaktionen auf das Geschehen in Japan und Deutschland verwirren mich. Mein Vater erhob sich schwer und nahm schließlich eine Karte.

„Wohin würden wir gehen?“ murmelte er. Meine Schwester lief herum, sie füllte so viel Wasser wie möglich in einen Eimer, packte Lebensmittelkonserven und murmelte: „Wir machen, was wir machen können.“ Nachdem ich aufgelegt hatte, wurde mein Kopf nebelig vor Sorge und Angst. „Geht nur bitte, bitte so weit wie möglich weg!“ Ich konnte nur beten, dass alle Menschen in Fukushima der Gefahr entgehen würden.

**Dienstag, der 15. März 2011, 06:14 Uhr:**

Ein Teil des Reaktorbehälters von Reaktor 2 wurde durch eine Explosion beschädigt. 09:38 Uhr: In Reaktor 4 kommt es zu einer Wasserstoff-Explosion. Insgesamt kam es in 3 Kernreaktoren zu Explosionen.

10:22 Uhr: TEPCO meldet, dass in einer Messung eine Strahlendosis von 400 mSv pro Stunde (400.000iSv) gemessen wurden. (Asahi.com, 15. März 2011)

11:00 Uhr: Anweisung zur Evakuierung von 136.000 Bewohnern im Radius von 20–30 km um das Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi. (Earthquake Information Nuclear and Industrial Safety Agency) Um 3:00 Uhr japanischer Zeit bekam ich einen Anruf von meinem Neffen. Eilig sagte er: „Wir haben entschieden, dass die ganze Familie zu Omas Haus in der Präfektur Iwate flieht. Es gibt aber kein Benzin. Wir werden mit einer Pumpe Benzin von anderen Autos zusammenkratzen. Wir werden dir Bescheid sagen, wenn wir gut angekommen sind.“ Nur mein Schwager blieb zurück in Fukushima-City.

Meine Mutter erzählte mir über ihre Entscheidung zu fliehen. Ihr Cousin, der in einem AKW arbeitete, versuchte seit Tagen, sie anzurufen. Er machte sich Sorgen um die Familie in Fukushima. Aber wegen des Erdbebens konnte er sie nicht erreichen. Erst heute kam er endlich telefonisch durch. Er meinte, die Informationen, Daten und

Nachrichten von der Regierung wären beschönigend. Die Situation sei schlimmer, als man es sich vorstellen könnte. „Ihr sollt sofort so weit wie möglich fliehen.“ Erst durch ihn, der in einem AKW arbeitet, hat meine Familie endlich erkannt, dass jetzt tatsächlich ein Notstand herrscht. Sie fingen an, darüber nachzudenken, wie man aus Fukushima-City entkommen könnte. Die Straßen waren zerstört, und man konnte kein Benzin kaufen. Deshalb beschlossen sie, gemeinsam in dem achtsitzigen Auto meiner Schwester zu fahren. An diesem Nachmittag regnete es heftig in Fukushima. Mein Vater und mein Schwager bereiteten das Auto im starken Regen vor. Obwohl sie Regenmäntel trugen waren sie völlig durchnässt. Meine Familie brachte alle ihre Autos an einen Ort, um das Benzin mit einer Pumpe in ein Auto umzuleiten. Meine Familie, das sind mein Vater, meine Mutter, zwei Schwestern und ihr Ehemann. Beide haben je zwei Kinder. Das alleine sind schon 9 Personen. Plus zwei Hunde. Sie fragten auch einen 80jährigen Onkel, der in der Nähe lebte, ob er auch mitkommen wollte. Aber er sagte, er wolle nirgendwo anders hingehen: „Auch wenn noch mehr AKWs explodieren, lieber sterbe ich in Fukushima.“ Sie hatten keine Zeit für Gespräche mit Freunden und Nachbarn. Der Mann meiner älteren Schwester sagte: „Ich kann meine Arbeit nicht wegwerfen. Wenn ich zurückkehre, verliere ich meine Arbeitstelle.“ Ich versuchte, ihn zu überzeugen, zusammen mit den Anderen zu fliehen, aber es klappte nicht. Auf dem Weg nach Norden holten sie noch den 7-jährigen Sohn meiner Cousine ab und fuhren dann weiter in die Präfektur Iwate, ca. 300 km nördlich von Fukushima-City, wo Großmutter und ihre Familie wohnen.

Ich hoffte, dass sie gut dort ankämen. An diesem Tag wurden die höchsten Werte der

Strahlenbelastung in Fukushima gemessen. Und der Wind wehte in Richtung Nordwesten. „Fahrt so schnell wie möglich! Ohne auf dem Weg anzuhalten, um unversehrt davonzukommen. Lasse sie genug Benzin haben“, betete ich. Nach elf Stunden schrieb meine Schwester mir eine E-Mail aus Iwate: „Gut angekommen. Hier gibt es eine schöne Schneelandschaft.“ Die Spannung löste sich, und ich setzte mich auf den Boden. Es regnete heftig in ganz Fukushima. Der Wind wehte nach Nordwest. Dadurch wurden hochradioaktive Stoffe weit verteilt, in Richtung Fukushima-City. Wenn die Werte, die die Regierung melden ließ, korrekt sind, dann lag die räumliche Strahlendosis in Fukushima-City, 65 km entfernt vom AKW, um 15:00 Uhr bei 0.1015 Sv, aber um 17:00 Uhr bereits bei 20.0015 Sv. (Teil 11, Überwachung der Umweltradioaktivität, Messungen der Regierung von Japan). Aber diese Informationen wurden erst nach über einer Woche freigegeben. Von meiner Schwester hörte ich später, dass in Fukushima-City die Menschen stundenlang mit den Kindern draußen standen, um Lebensmittel zu kaufen.

Nach dem Erdbeben wollten die Leute ihre Kinder nicht alleine zu Hause lassen. Während der Kernschmelze und den aufeinander folgenden Explosionen an drei Tagen mit hoher Strahlendosis. Die Regierung verschwieg ihnen die Wahrheit. Wenn die Leute wenigstens den ganzen Tag im Haus hätten bleiben können, dann wäre die Dosis ein bisschen geringer gewesen.

#### **Montag, 21. März 2011**

„Radioaktive Stoffe überschreiten die Grenzwerte in der landwirtschaftlichen Ernte ... keine Auswirkungen auf die Gesundheit.“ In Rohmilch und Gemüse aus fünf Präfekturen im Nordosten der Kanto-Region, z.B. Ibaraki und Fukushima, wurden radioaktive Stoffe über den gesetzlichen Grenzwerten

der Regierung festgestellt. (Nikkei.com am 21. März 2011)

#### **Dienstag, 22. März 2011**

„Radioaktive Stoffe in Regen detektiert ... keine Auswirkungen auf die Gesundheit.“ Hohe Werte an radioaktivem Jod. Durch Kontakt mit Regenwasser gibt es keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Gesundheit. (Yomiuri Online, 22. März 2011)

Ich erfuhr durch eine Nachricht meiner Mutter auf meinem Anrufbeantworter, dass sie wieder in ihre Heimat zurückgekehrt waren. Die ganze Familie kam schon zurück nach Hause, nach Fukushima-City. Ich konnte meine Überraschung nicht verbergen. Es stimmt, meine Großmutter lebt nicht allein, sondern mit ihrem Sohn und seiner Familie zusammen. Zehn weitere Personen können nicht so lange Zeit dort bleiben. Es gibt zu wenig Platz.

Sicherlich gibt es auch andere familiäre und private Gründe. Man kann dort nicht in die Schule oder arbeiten gehen.

Eine Woche kann man maximal bleiben. Dennoch wollte ich glauben, dass sie nur vorübergehend zurückgekehrt sind und die Kinder irgendwo anders hinbringen. Aber meine 10 und 15 Jahre alten Neffen und meine 18-jährige Nichte, schienen entschlossen zu sein, zu Hause in Fukushima-City zu bleiben. Aus einer anderen Sicht, von weit weg, kann man das wahrscheinlich nicht glauben und man fragt sich, warum? Ich konnte es auch nicht glauben. Aber wenn man nur die japanischen Nachrichten sieht und japanische Zeitungen liest, dann denken wahrscheinlich viele Leute wie meine Familie. Die Strahlungswerte, die jeden Tag von der Regierung gemeldet wurden, sanken. In den Nachrichten wurde mit Nachdruck vermittelt, dass es keine besorgniserregenden Auffälligkeiten gäbe. Ein Professor der Universität Nagasaki, der als Berater für das gesundheitliche Risikomanagement

von Strahlung in der Präfektur Fukushima tätig ist, sagte mit voller Überzeugung in den Medien: „100 Millisievert pro Jahr sind kein Problem.“ Meine Mutter hatte von einem Bekannten, der Arzt für Radiologie ist, gehört, dass er durch seine Arbeit selbst eine Menge Strahlung bekomme. Das sei aber überhaupt kein Problem. Er lasse sogar seine Kinder so normal wie früher in Fukushima leben. Wenn ich mir vorstelle, dass die Leute in Japan so was hören, dann bin ich schockiert. Die Zahl der Flüchtlinge erreichte am 12. März 2011 einen Spitzenwert von etwa 132.540 Menschen. Danach verringerte sich die Zahl. Am 9. April 2011 befanden sich innerhalb und außerhalb der Präfektur Fukushima etwa 44.700 Menschen in Evakuierung. (Fukushima Minpo Zeitung, 10. April 2011)

#### **Dienstag, der 12. April 2011**

Am 12. April hat die Atomsicherheitskommission von Japan verkündet, dass der größte anzunehmende Unfall in Fukushima eingetreten ist. (Asahi.com, 12. April 2011) Bis heute habe ich diesen Schock nicht überwunden. Mein Kopf war total leer. Mein Herz ist wie von schwarzem Teer gefüllt. Die Regierung, die sonst alle Daten versteckt, erklärte öffentlich, dass der nukleare Unfall in Fukushima genauso ernst ist wie einst in Tschernobyl. Wenn ich mir vorstelle, wieviel radioaktives Material bis jetzt freigesetzt worden ist und noch freigegeben wird ... Es ist einfach zu schrecklich.

#### **Dienstag, der 19. April 2011**

Als Antwort auf den nuklearen Unfall in Fukushima-Dai-ichi, erließ das Ministerium für Bildung am 19. Januar eine erste Erklärung über die Verwendung von Grundschulen und Kindergärten in der Präfektur Fukushima. Die zu erwartende jährliche Belastung (Exposition) ist zu ermitteln. An Schulen oder Spielplätzen darf diese nicht mehr als 20 mSv betragen, bzw. nicht mehr

als 3,8 Mikro-Sievert pro Stunde. Aktivitäten im Freien sind einzuschränken. 20 mSv sind die Obergrenze für die jährliche externe Strahlenexposition der Bevölkerung. (Asahi.com, 20. April 2011)

Die jährliche externe Strahlenexposition der Bevölkerung war gesetzlich auf maximal 1 mSv festgelegt. Jetzt wurde sie auf 20 mSv erhöht. Wie kann man einen Grenzwert um das 20-fache erhöhen? Auch für kleine Kinder? Nur durch diese Maßnahme konnte eine Reihe von Schulen und Spielplätzen freigegeben werden. Die Kinder wissen nichts und spielen draußen. In Tschernobyl wurden Gebiete mit einer jährlichen Dosis von 5 mSv evakuiert. Der Grenzwert in Fukushima ist viermal so hoch. Professor Kosako (61 Jahre alt), von der University of Tokyo und Berater des Kabinetts, kündigte am 29. Juni auf einer Pressekonferenz in Tokyo an, als Berater zurückzutreten. Prof. Kosako kritisierte, dass die Maßnahmen der Regierung nach dem nuklearen Unfall in Fukushima-Dai-ichi Gesetze und Richtlinien missachten, und behelfsmäßig seien. Vor allem die Anhebung der Grenzwerte der jährlichen Strahlenexposition auf 20 mSv an Schulen und Spielplätzen durch das Ministerium für Bildung kritisiert er heftig. „Das ist eine erstaunlich hohe Zahl. Wenn ich das akzeptiere, bedeutet es das Ende meines wissenschaftlichen Lebens. Ich möchte meine Kinder auf keinen Fall in solch einer Situation lassen“, sagte er. (Asahi.com, 20 April 2011)

#### **Donnerstag, der 21. April 2011**

Der Bereich bis 20 km um das AKW Fukushima Dai-ichi wird zur Sperrzone. Durchgang verboten. (Earthquake Information Nuclear and Industrial Safety Agency)

#### **Freitag, der 22. April 2011**

Festsetzen neuer geplanter Evakuierungszonen. Weil die kumulative Dosis von 20mSv

pro Jahr nach dem Unfall erreicht wird, z.B. im Dorf Litate, muss innerhalb eines Monats Zuflucht in einem anderen Ort gesucht werden. (Homepage der „Earthquake Information Nuclear and Industrial Safety Agency“ vom 22. April 2011)

Litate ist ein Dorf, in dem 6.000 Menschen wohnten. Es liegt ca. 40 km nordwestlich von Fukushima Dai-ichi entfernt. Als eine regionale Spezialität bekannt sind die Rinder von dort. Viele Bewohner und Bewohnerinnen von Litate versuchten, im Einklang mit der Natur zu leben. Es gab dort viele ökologische Aktivitäten, Litate war ein Modelldorf für Öko-Häuser.

Ziel war es, die Kohlendioxidproduktion zu halbieren. Aber jetzt ist das Dorf radioaktiv kontaminiert worden, man kann dort nicht mehr wohnen. Was für eine Ironie! Mehr als einen Monat waren die umweltbewussten Bewohnerinnen und Bewohner hoher Strahlung ausgesetzt. Sie haben das Fleisch und Gemüse aus eigenem Anbau gegessen und Wasser aus dem Dorf getrunken. Jetzt ist daraus eine Evakuierungszone geworden.

#### **Dienstag, der 14. Juni 2011**

Wegen des Unfalls im Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi hat ein männlicher Landwirt (50 Jahre) in Soma, Präfektur Fukushima, sich das Leben genommen. Der Mann wurde am 11. Juni erhängt in einer Hütte gefunden. Mit weißer Kreide stand an die Wand des Schuppens geschrieben: „Ich habe die Energie für die Arbeit verloren. Lasst nicht zu, dass auch andere Milchbauern verstrahlt werden!“ (Yomiuri Online, 14. Juni 2011) Meine Mutter, sie ist Krankenschwester, besuchte ein Flüchtlingslager in Fukushima, weil sie den Leuten dort helfen wollte. Dort lebten 500 Menschen, die aus Minamisoma evakuiert wurden. Nachdem sie mit vielen Leuten gesprochen hatte, war ihr Eindruck,

dass niemand denkt, sie könnten niemals mehr in ihre Heimat zurückkehren.

Dort saß auch eine alte Frau mit nach unten geneigtem Kopf. Meine Mutter fragte: „Fühlen Sie sich schlecht? Ist alles in Ordnung?“ Sie antwortete: „Ich habe meine Kuh zurückgelassen. Ich kann nicht länger warten. Ich will sofort wieder nach Hause gehen.“

In Fukushima wollen die Menschen wahrscheinlich gar nicht wissen, wie gefährlich die Strahlung und der Unfall tatsächlich sind. Still sein und schweigen ist ein Gebot der Stunde. Denn wenn sie diese Informationen hätten, verlören sie die Lebenskraft. Sie möchten hören, dass alles in Ordnung ist. Denn wie könnten sie mit der Wahrheit morgen weiter leben? Von den Menschen in Fukushima glauben viele, es sei wichtig, die Reste der lokalen Gemeinschaft zu erhalten. Wenn ich mit ihnen telefoniere, dann verschlucke ich die Worte: „Warum lebt ihr noch dort? Bitte zieht weg von dort!“

Dies liegt daran, dass jeder verzweifelt ist. Sie versuchen verzweifelt, den Ort irgendwie bewohnbar und lebenswert zu machen. Viele Menschen in Fukushima sagen: „Wir versuchen erst alles, wie die Reinigung des kontaminierten Landes. Und wenn es dann trotzdem nicht geht, dann müssen wir wahrscheinlich flüchten.“ Aus der Ferne kann man vielleicht sagen, Fukushima ist nicht mehr bewohnbar. Einige denken, die Leute sollten flüchten. Leben in Angst und Sorge um Nahrung, Wasser und Boden, wie kann man über viele Jahre den Stress aushalten? An solch einem Ort möchte man nicht wohnen. Ich denke, es ist bei mir genau so. Ich würde weit weg von Fukushima ziehen. Aber ist das wirklich so einfach?

#### **Freitag, der 1. Juli 2011**

„Selbstmörderin im Bereich der geplanten Evakuierungszone.“ Am Nachmittag wurde die Leiche einer 58-jährigen Frau auf einer

Brandstätte im Feld in der Stadt Kawamata (Präfektur Fukushima) gefunden. Die Polizei geht davon aus, dass sie selbst verbrannt hat, weil sie in Folge des nuklearen Unfalls ihre Arbeit verloren hat. (NHK, 1. Juli 2011)

Was tun Sie mit einem neuen Haus, auf dem noch Schulden liegen und das man nicht mehr verkaufen kann? Kann man einfach irgendwohin umziehen?

Aber wohin? An einen Ort, wo Sie keine Freunde und Bekannten haben? Finden Sie dort eine neue Arbeit. Was ist mit der Altersgrenze? Was für eine Arbeit? Ist das gleiche Gehalt möglich? Können Ihre Kinder auf eine neue Schule gehen? Werden die Kinder dort diskriminiert werden? Ein Mann aus Fukushima ist wegen seiner Arbeit in die Präfektur Shizuoka gefahren und wollte tanken. An der Tankstelle hing ein Schild: „Wir lehnen Leute aus Fukushima ab.“

Anderen wurde die Bedienung in Restaurants und Hotels verweigert. (Fukushima Minpozeitung 9. April 2011)

Enge Freunde von mir in Fukushima erzählten: „Ein Schüler ging mit einer Tasche, auf der ‚Fukushima Highschool‘ stand, nach Tokyo. Dort haben andere Jugendliche ihn beschimpft: ‚Komm nicht nach Tokyo. Infizier uns nicht mit Radioaktivität!‘“ Nach dem Wechsel an neue Schulen, so habe ich gehört, gibt es Mobbing und Diskriminierung. Die anderen Kinder denken, Radioaktivität sei ansteckend. Für diejenigen, die gezwungen sind, an eine neue Schule zu gehen, ist der Stress kaum auszuhalten. Eine Flucht kann auch das Verhältnis zwischen den Bewohnern verschlechtern. Menschen werden voneinander getrennt. Manchmal gehen die Meinungen zwischen verheirateten Paaren auseinander, und Risse entstehen in der Beziehung. Leute, die flüchten, werden als „Feiglinge!“ verurteilt und beschimpft: „Läufst du einfach so weg?!“ Die Region hat ein starkes Gefühl von Gemeinschaft. Nach

dem Unfall im Kernkraftwerk Fukushima Dai-ichi TEPCO wurden in einer Studie der Regierung die Schilddrüsen von mehr als 1.000 Kindern in der Präfektur Fukushima untersucht. Bei fast der Hälfte der Kinder wurde radioaktives Jod festgestellt. (NHK 13. August 2011)

Aber dennoch, Kinder sollen um jeden Preis flüchten. Ich habe eine 4-jährige Tochter. Ich kann mein Kind nicht mit solch einem Risiko leben lassen. Ich muss mein Kind beschützen. Andere Eltern mit Kindern haben sicherlich die gleiche Idee. Wenn nach fünf Jahren Schilddrüsenkrebs auftritt, dann ist es zu spät. Dann denke ich, ich hätte nicht mit meinem Kind in den Bergen spazieren gehen sollen. Ich hätte mein Kind kein Leitungswasser trinken lassen sollen. Ich hätte mein Kind nicht in der Schule essen lassen sollen. Ich hätte mein Kind nicht längere Zeit draußen Sport machen lassen sollen. Was machen Sie, wenn das Kind später krank wird? Wenn Sie dann weinen, ist es zu spät. Wir müssen jetzt sofort eine Entscheidung für unser Leben treffen. Akzeptieren Sie die Gefahr schwerer Krankheiten, und bleiben sie in ihrer Heimat? Oder geben Sie ihr Haus und Land auf? Aber warum müssen wir diese schmerzvolle Wahl treffen? Was uns zu solch einer schwierigen Entscheidung zwingt, ist ein Atomkraftwerk! Wegen eines AKWs werden die Menschen aus Fukushima geopfert. Gäbe es keine AKW, müssten wir nicht solche Entscheidungen in unserem Leben treffen. Fukushima ist keine ausgedörrte Wüste. Es ist auch kein flaches Land, wo niemand wohnt.

Es gibt dort Berge mit üppigen reichen Wäldern, fruchtbare Böden reich an Obst und Gemüse, Rinder- und Pferdeweiden. Auf einer Fläche von 13.782 Quadratkilometern leben hier 2.000.000 Menschen. Langsam erkennen wir die unvorstellbare Ausbreitung der radioaktiven Kontamination.

Sieben Monate nach Beginn der Katastrophe wurde auf einer Karte, herausgegeben von der Regierung der Präfektur Fukushima, die Ausbreitung der Kontaminationen veröffentlicht.

Aus dem Dorf Litate wurde die Entdeckung von Plutonium gemeldet. Deutsche und japanische Experten sagten immer, Plutonium könnte nicht so weit fliegen, weil es schwer ist.

Es wurde jedoch in diesem Dorf 45 km vom Atomkraftwerk entfernt entdeckt. Welche Tatsachen werden noch entdeckt? Ich möchte fast die Augen zumachen und die Ohren zuhalten. Die Auswirkungen der Strahlung sollen seit Oktober 2011 in einer Gesundheitsbefragung aller 2.000.000 Einwohner der Präfektur Fukushima erforscht werden. Bei 360.000 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren werden die Strahlendosis gemessen und Schilddrüsenkrebs-Tests durchgeführt, um die Strahlendosis und ihre Auswirkung ab dem Tag des Erdbebens im Laufe ihres Lebens zu ermitteln.

Wer hat den Bau der AKW erlaubt? Wer ist verantwortlich? Wer hat die Etablierung von AKW angetrieben? Wie kann man diese unglaublich gefährlichen AKW genehmigen?! Wenn das Atomkraftwerk weit weg vom eigenen Haus ist, fühlt es sich dann sicher an? Wenn man Strom hat, ist es dann in Ordnung? Wenn Ihr Land sich entwickelt, sind Sie dann glücklich? Das Wasser und die Erde sind schon verseucht. Es ist zu spät. Auch die DNA ist geschädigt. Ab jetzt werden immer mehr Menschen krank. Wer ist für dieses Verbrechen verantwortlich? In einer unvorstellbaren Größenordnung wird das Leben vieler Menschen zerstört. Der Stich im Herz und diese Wirklichkeit. Ich will, dass so viele Leute wie möglich erkennen, was so ein GAU für Auswirkungen hat. Menschen, die weit entfernt leben, denken, ihr Leben hätte

nichts mit Atomkraft zu tun. Ich möchte, dass genau diese Leute vom Schmerz und dem Leid der Menschen in Fukushima wissen. Wer wird der oder die Nächste sein? Jeden kann es treffen. Diese Tragödie kann überall geschehen. Und wenn es passiert, dann ist der Schaden irreparabel. Radioaktive Kontamination verschwindet nicht nach mehreren Jahrzehnten oder nach Hunderten Jahren. Bitte versuchen Sie, die Kosten für das Leben zu berechnen! Denken Sie an sich selbst! Denken Sie an Ihr Kind! Denken Sie an ihre wichtige Familie! Sicherheit von Atomkraftwerken? Die gibt es nicht. Wenn Sie anderer Meinung sind, zeigen Sie uns, wo es 100 % sichere Atomkraft in der Welt gibt. 26. April 1986 in Tschernobyl und 11. März 2011 in Fukushima. Was haben die Menschen während der vergangenen 25 Jahre getan? Bevor es zu spät ist, bevor die gleiche Katastrophe noch einmal passiert – was können wir noch weiter tun? Meine Heimat und ihre Kinder wurden geopfert. Wenn man daraus nichts gelernt hat, dann gibt es keine Hoffnung mehr. Ich bitte alle Menschen, die Opfer nicht zu vergessen.

*\*Vortrag in der Evangelischen Stadtakademie Bochum, 26. April 2012*

*Naho Dietrich-Nemoto, 35 Jahre alt, studierte in Tokyo und USA, wohnt in Heidelberg, verheiratet seit 2004 mit Dr. Jens Erik Dietrich, hat eine 4-jährige Tochter, selbstständige Übersetzerin seit 2005*



**Naho Dietrich-Nemoto**

*Im Shinkansen in Nordostjapan springen die Messwerte in die Höhe*

# Das Ende der Atomkraft: Unbekannte Tatsachen der Atom-Katastrophe

*Von Takashi Uesugi*

*Japanischer Originaltext: Zakzak 13.3.2012.*

*Übersetzung von Martin Repp.*

Ich fahre von Tokyo aus oft nach Fukushima. Bisher bin ich zwölfmal nach Koriyama, Fukushima, Nihonmatsu, Iwaki, Soma und Aizu gereist, auch innerhalb der Präfektur bin ich in vielen Gegenden herumgefahren. Fukushima wurde seit dem 11.3.2011 zu einem derjenigen Gebiete des Globus, das weltweit am meisten Aufmerksamkeit fand. Das Versagen der Rettungsmaßnahmen nach dem Atom-Unglück im Tepco Reaktor 1 in Fukushima sowie die verlogene Medien-Berichterstattung zur Verstrahlung schufen Misstrauen nicht nur gegenüber der japanischen Regierung, sondern auch gegenüber der japanischen Gesellschaft insgesamt. Vor allem aber bleibt das Problem der atomaren Verstrahlung nicht in Fukushima oder Japan stehen. Da sich die radioaktive Strahlung im Meer und in der Atmosphäre global verbreitet, wird sie nun zu einer Herausforderung für die gesamte Menschheit.

Im Februar wurde ich als japanischer Vertreter zum Europäischen Runden Tisch „Aarhus Convention: Implementation in the context of a nuclear accident with durable consequences – New challenges after Fukushima“ (von der Europäischen Kommission organisiert und von der Französischen Behörde für Atom-Sicherheit unterstützt) in Luxemburg eingeladen, um über die Fakten der Tepco Atomkatastrophe zu sprechen. Die Europäer, die vor 26 Jahren die schrecklichen

Erfahrungen von Tschernobyl gemacht hatten, haben allgemein ein starkes Bewusstsein von Gefahren einer radioaktiv verstrahlten Umwelt. Der französische Vertreter Mustadis etwa fragte: „Hat tatsächlich das japanische Volk selbst keine zureichenden Informationen zu Fukushima?“ Immer wenn ich nach Fukushima fuhr, empfand ich selbst ebenso stark eine „Geheimhaltung von Information“.

Wenn ich im Shinkansen nach Nordost-Japan fahre und den Geiger-Zähler anschalte, bleiben die Messwerte bis zur Station Utsunomiya niedrig, aber wenn man sich der Station Narushiohara nähert, steigen sie plötzlich steil an. In der Fukushima Präfektur überschreiten die Werte 0.5 mSv pro Stunde selbst im fahrenden Shinkansen. Wenn man in Koriyama aussteigt und die Strahlenwerte in der Luft vor dem Bahnhof misst, überschreiten sie schnell 1 mSv pro Stunde. Aber solch eine Tatsache kennen die wenigsten Menschen, die hier leben. Oder sie tun so, als nähmen sie es nicht zur Kenntnis, auch wenn sie es wissen. Die Regierung legte bis zu 0,23 mSv pro Stunde für diejenigen Gebiete fest, die dekontaminiert werden sollen.

Dies ist der wichtigste Grund dafür, dass ich so oft nach Fukushima fahre: Dass die Menschen von Fukushima, die in der Welt am wenigsten die Wahrheit der Tepco-Atomkatastrophe kennen, die Informationskluft von Innen und Außen überbrücken und dann zu Aktionen übergehen. Nur wenn man die Wahrheit kennt, eröffnet sich ein Weg zum Wiederaufbau.

Die Wahrheit der „radioaktiven Verseu-

chung“ – Menschen dürften in Fukushima und Koriyama nicht leben.



**Satellitenfoto der Reaktorblöcke 1 bis 4 (von rechts nach links) am 16. März 2011 nach mehreren Explosionen und Bränden**

Die radioaktiven Stoffe, die aus dem Reaktor 1 des Tepco AKWs in Fukushima in die Atmosphäre treten, überschreiten 70 Millionen becquerel pro Stunde. Es ist die Rede von diesem Jahr! Wenn man sich vorstellen würde, solche Werte stammten aus der Zeit vor dem 11.3.2011, hätte es in Japan einen riesigen Aufruhr gegeben. Solch eine Nachricht wird heute in der Öffentlichkeit Japans jedoch kaum aufgenommen. Es ist vielmehr umgekehrt so, dass die Regierung nur den Slogan „Hilfe für den Wiederaufbau“ proklamiert. Und die Massenmedien kooperieren in der Bemühung, eine solche Atmosphäre zu schaffen, als ob das Problem der radioaktiven Verstrahlung durch das Reaktorunglück nicht existiere. Hierbei zeichnen sich vor allem die beiden lokalen Zeitungen „Fukushima Volksnachrichten“ (Fukushima Minpo) und „Fukushima Volksfreund“ (Fukushima Minyn) aus.

„Das neue Jahr der Reinigung – Das wunderschöne Fukushima“ (die ersten beiden Worte werden gewöhnlich für das erste Regierungsjahr eines neuen Kaisers verwendet, der zweite Teil ist ein Wortspiel *utsukushima fukushima*). Durch Verwendung solcher Slogans lenken die aufs engste miteinander verflochtene Zentralregierung, Präfekturver-

waltung und die Medien die Aufmerksamkeit der Bevölkerung weg von der harten „Wirklichkeit Fukushima“. Die radioaktive Verseuchung der Umwelt und die Gefahr der atomaren Verstrahlung der Menschen werden durch solch eine Rhetorik nicht reduziert.

Vor kurzem hatte ich die Messwerte von den (etwa 50 km vom AKW entfernten) Städten Fukushima und Koriyama gemessen. Im Februar hatten die Strahlenwerte vor dem Rathaus in Koriyama in der Luft (in etwa 1 m Höhe) 1,8 mSv pro Stunde überschritten. Die beiden lokalen Zeitungen von Fukushima hatten den Strahlenwert von 0,6 mSv am selben Tag und am gleichen Ort gemessen und veröffentlicht. Warum unterschieden sich ihre Veröffentlichung und meine Messung? Mein Geigerzähler von der Firma Hitachi ist übrigens das gleiche Instrument wie dasjenige, das die Regierung und die Medizinische Universität von Fukushima benutzen.

„Klar, der in den Zeitungen veröffentlichte Wert wurde gemessen, nachdem die Straßenoberfläche mit Wasser abgewaschen wurde. Der Unterschied versteht sich doch von selbst!“ Das verriet mir ein Journalist des Ortes. Dies ist bereits die Welt von George Orwells „1984“. „Es gibt keinen Menschen mehr, der auf diese Tatsachen aufmerksam macht. Aber wieviel man auch reden mag, die radioaktive Strahlung hört nicht auf,“ meinte ich. Selbst Journalisten, die die Wirklichkeit eigentlich mitteilen müssten, verhalten sich so. Und diejenigen, die der Wirklichkeit ins Auge sehen, werden mit verwunderten Augen betrachtet. Wie traurig! Das ist wohl die „Wirklichkeit von Fukushima“.

Aus Reaktor 1 von Fukushima entweicht eine Menge radioaktiven Materials: Von der Wasserscheide des Abukuma Bergzugs fließt Grundwasser, das radioaktive Partikel vom Reaktor 1 in Fukushima direkt in den

Pazifischen Ozean wäscht! Auf einer Pressekonzferenz der Free Press Association Japan verriet Sumio Mabuchi, für einige Zeit der Berater des Premierministers für den Atom-Unfall und einer der Geheimhaltungs-Strategen, eine überraschende Tatsache: „Da die Decke des Reaktors 4 mit dem Becken der gebrauchten Brennstäbe durch eine Explosion einbrach, fällt nun Regenwasser hinein. Die Situation ist so, dass seit dieser Zeit das radioaktiv verstrahlte Wasser in den Ozean fließt.“

Der Abgeordnete Mabuchi, der für eine Baufirma arbeitet, ist der einzige Parlamentsabgeordnete, der nach dem Unfall den Reaktor 4 betreten hat. Er ist auch einer der wenigen ehemaligen Verantwortlichen, die die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung kritisieren. Allerdings wird Mabuchis wichtige Äußerung kaum von den Massenmedien berichtet. Es sieht so aus, als ob die „Mabuchi Zeugenaussage“ für die Berichterstattung überhaupt nicht existiere.

Wenn es sich so verhält, wie Herr Mabuchi sagt, dann wird das Meer von Fukushima und Umgebung natürlich radioaktiv verseucht, und es wird sehr kritisch für die Lebewesen im Ozean. Die Meere sind miteinander verbunden, das Wasser fließt und die Fische ziehen weiter. Die Regierung und die Massenmedien setzen aber ihre Taktik fort und scheinen diesen selbstverständlichen Gedanken zu ignorieren. Im April vergangenen Jahres etwa fragte die internationale Organisation Green Peace bei der japanischen Regierung an, ob sie den Fischfang auf radioaktive Verstrahlung untersuche. Das Ergebnis war, dass sie es ablehnte. Damit wurde Japan das zweite Land weltweit, das solch eine Anfrage ablehnte. Diese Situation setzt sich auch jetzt noch fort.

Zu dieser Zeit recherchierte ich zusammen mit Green Peace in Fischerei-Kooperativen in Nordost Japan. In Seetang, Rientang,

Meeresalgen, Fischen und Muscheln fanden sich in hohem Maß verstrahlte Partikel. Dies hatte ich gleich in meinem Mailmagazin und in der Zeitschrift Shukan Bunshun berichtet. Daraufhin setzte sofort heftige Kritik ein. Auf Twitter usw. wurde ich eine längere Zeit beschimpft mit Worten wie „Verbreite nicht solche Lügengeschichten wie: ‚der Fischverzehr sei gefährlich!‘ oder ‚Feind der Sushi-Läden, stirb!‘“ Aber es gab auch ermutigende Stimmen, sie kamen von Menschen aus Fukushima. „Herr Uesugi, vielen Dank! Gerade dies wollten wir am meisten wissen!“ (Ein noch heute arbeitsloser Fischer aus Iwaki) Oder: „Ich liebe das Meer, daher wollte ich die Wahrheit erfahren. Danke!“

Auch jetzt noch geht die radioaktive Verseuchung vom Tepco Atomkraftwerk ins Meer weiter. Nach Aussagen der amerikanischen Gesellschaft für Meeresforschung gelangte die radioaktive Verseuchung des Atlantik nordwärts, entlang der Küste von Nordost Japan, bereits bis zur Süd- und Ost-Küste von Hokkaido. Im vergangenen Sommer fand man radioaktiv verseuchte Makrelen und Kabeljau aus Hokkaido, die in Büchsen verarbeitet waren. Die japanische Regierung und Massenmedien jedoch setzen ihre Taktik des Totschweigens fort.

*Takashi Uesugi, 1968 geboren in der Fukuoka, aufgewachsen in Tokyo, 1987 Abitur, 1992 Abschluss an der Tsuru University Yamanashi Präfektur. 2008 Distinguished Professor für Medientheorie, Tokyo. Seitdem freier Journalist, Vorsitzender der Free Press Association of Japan*



**Takashi Uesugi**

# Steht auf! Solidarität mit den Kindern der Mapuche in Chile

Von Jürgen Schübelin

**A**rauco tiene un a queno la puedo callar“, sang 1960 die unvergessliche chilenische Volksmusikerin und Allround-Künstlerin Violeta Parra. Arauco leidet unter einem Schmerz, zu dem ich nicht schweigen kann: „Levántate, Huenchullán! Steh auf, Huenchullán“. Violeta Parra und ihr berühmtes Lied kennen in Chile jedes Kind. Wie bedrückend aktuell dieser Aufschrei und die Forderung nach Gerechtigkeit für ein Volk ist, das von den Herrschenden unterschiedlichster Provenienz immer nur Gewalt, Verachtung und Unterdrückung erfuhr, macht ein Blick hinter die Fassaden des selbsternannten Wirtschaftswunder- und Boom-Landes im Südwesten Lateinamerikas deutlich.

Die 200 Polizisten kamen mit allem, was sie aufzubieten hatten: Einem Panzerspähwagen, zehn Jeeps, einem Wasserwerfer und einem großen, vergitterten Mannschaftsbus. Als sie um 14 Uhr die kleine Schule von Temucucui bei Ercilla, im Süden Chiles, stürmten, warfen sie erst einmal reichlich Tränengasgranaten in die Klassenzimmer und feuerten dann mit Gummigeschossen auf alles, was sich bewegte. Die staatliche Forstbehörde (CONAF) hatte die Erwachsenen aus dem Ort an diesem Oktobernachmittag zu einer Versammlung in die Schule eingeladen. Deren Vertreter reagierten fassungslos: „Plötzlich hörten wir Schüsse, die Kinder schrien und weinten. Carabineros zielte auf die Leute und setzte in der ganzen Schule Tränengas ein.“ Allein 30 Kinder wurden verletzt, das jüngste von ihnen gerade zehn Tage alt, die meisten

anderen im Grundschulalter. Vierjährige erlitten Augenverletzungen durch Gummigeschosse, andere Kinder Schusswunden an den Beinen und an der Brust. Unter denen, die hinterher ärztlich versorgt werden mussten, befanden sich auch mehrere schwangere Frauen.

Für Carabineros de Chile war die ohne jegliche richterliche Anordnung erfolgte Überraschungsaktion dennoch ein Erfolg: Sie verhafteten die beiden wichtigsten und geachtetsten Autoritäten der örtlichen Mapuche-Gemeinschaft, den Lonko und den Werken, also den Gemeindeältesten und seinen Sprecher, nachdem die beiden Männer zuvor von den Polizisten vor aller Augen verprügelt worden waren.



*Rückgabe der Patronenhülsen*

Was wie eine Szene aus den finstersten Zeiten des Pinochet-Regimes (1973–1990) anmutet, spielte sich im Oktober 2009 unter der Verantwortung der damaligen Präsidentin Michelle Bachelet, einer engagierten Demokratin, ab und ist alles andere als ein bedauerliches Einzelereignis. Denn in

den zurückliegenden zehn Jahren hat sich der Konflikt zwischen den Gemeinschaften aus dem Volk der Mapuche im Süden des Andenlandes und dem chilenischen Staat dramatisch zugespitzt. Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen die natürlichen Ressourcen Land, Wald und Wasser.

Aber es geht auch um ethnische und kulturelle Anerkennung, um die Forderung nach Rückgabe geraubten Landes und um die historische Schuld der chilenischen Gesellschaft gegenüber einem Volk, das nicht nur den spanischen Eroberern, sondern zuvor bereits den Inkas erfolgreich die Stirn geboten hatte, ehe es – durch mit brutaler Härte geführte Militäraktionen – ab den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts unterworfen wurde. Es scheint, als ob die nie verheilten Wunden dieses – in den chilenischen Schulbüchern euphemistisch „Pacificación de la Araucanía“ genannten – Krieges nach 150 Jahren wieder zu bluten begonnen hätten.

Rund 600.000 Menschen bezeichnen sich in Chile als Mapuche, „Menschen der Erde“. Jedoch nur noch 400.000 verstehen und sprechen die Sprache ihres Volkes, Mapudungun. Die meisten von ihnen leben in den ländlichen Gebieten zwischen Concepción und Puerto Montt im Süden Chiles. Als Mapuche-Aktivist\*innen, um ihre Interessen zu verteidigen und die bis zu 1000 Jahre alten Araukarienwälder dieser Region am westlichen Andenaufstieg vor der Verarbeitung zu Cellulose zu bewahren, das Gelände einiger Forstunternehmen, die sich die Titel über 1,5 Millionen Hektar ehemaligen Mapuche-Landes gesichert hatten, besetzten, reagierte der chilenische Staat mit aller Härte: Bei Polizeiaktionen gegen Landbesetzer wurden drei Mapuche erschossen, einer von ihnen der erst 17-jährige Alex Lemún. Alle Festgenommenen werden nach dem chilenischen Antiterror-

gesetz angeklagt und zu drakonischen Strafen verurteilt – in doppelten Verfahren vor der Militär- und der regulären zivilen Justiz.

Weil die chilenischen Medien in der Regel die Auseinandersetzungen um die Landrechte an den riesigen Eukalyptus- und Kiefernplantagen der Forstkonzerne – mit den verheerenden Umweltschäden in Form der Verseuchung von Boden und Wasser und dem Absinken des Grundwassers – als kriminelle Akte kleiner radikalisierter Banden darstellen und die Hauptstadt Santiago weit entfernt liegt, ist in der Öffentlichkeit das Interesse an den Methoden der Polizei und ihrer Antiterrorereinheiten nicht besonders groß.

Minutiös hat der Partner der Kindernothilfe (KNH) in Chile, die Fundación ANIDE, gemeinsam mit dem Bündnis derjenigen chilenischen Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen – sowie dem lateinamerikanischen und karibischen Netzwerk für die Verteidigung von Kinderrechten – 39 extreme Menschen- und Kinderrechtsverletzungen dokumentiert und systematisiert, bei denen es um physische Angriffe kasernierter Polizei (Carabineros), von Polizeispezialeinheiten (GOPE), Kriminalpolizisten, Gefängnispersonal und anderen Vertretern des Staates auf Kinder und Jugendliche aus Mapuche-Gemeinden geht.

Der jetzt als 92-seitige Broschüre veröffentlichte Report schildert Razzien in den Hütten und Häusern von Mapuche-Familien, in Schulen und Versammlungsräumen mit Übergriffen auf Kinder, beschreibt schwerste Misshandlungen, dokumentiert, wie Polizisten selbst Fünfjährige mit vorgehaltener Waffe unter Schlägen zu Aussagen zwingen. Und immer wieder ist von Kindern die Rede, die entweder durch scharfe Munition, Gummigeschosse oder

den Einsatz von Schlagstöcken schwer verletzt werden. Oder von Fällen, in denen Jugendliche von Carabineros verschleppt und gefoltert wurden.



### *Verhaftung eines Mapuche-Jungen*

Mädchen und Jungen erleben diese Gewalt, die Hilflosigkeit ihrer Eltern, denen es nicht gelingt, sie zu schützen und die Tatsache, dass keiner der Verantwortlichen in Uniform jemals zur Rechenschaft gezogen wird, als einschneidende, traumatische Erfahrung: „Eine ganze Generation von Mädchen und Jungen wächst in dem Bewusstsein auf“, sagt José Horacio Wood von der Fundación ANIDE in Santiago, „dass die Rechte, die angeblich für alle Kinder auf dieser Welt gelten, in ihrem Fall nichts wert sind.“

Verstärkt wird diese Wahrnehmung durch das Gefühl absoluter Chancenlosigkeit vor Gericht, immer dann, wenn es darum geht, Polizeiübergreifende und Gewaltexzesse zu thematisieren. Als die beiden Jugendlichen Luis und Fernando<sup>2</sup>, beide 17 Jahre alt, am 16. Oktober 2009 von Polizisten in Zivil aufgegriffen und verhaftet wurden, schlugen die Beamten im Inneren des Polizeifahrzeuges derartig brutal zu, dass beide schwere Verletzungen am Kopf und den Augen erlitten. Was die Polizisten allerdings vergaßen, war, die Jungen zu durchsuchen.

Deshalb gelang es den Opfern innerhalb des Einsatzfahrzeuges, mit einem Mobiltelefon die erlittenen Verletzungen zu filmen, die Chipkarte zu verstecken und sie später dem Anwalt Lorenzo Morales Cortés zu übergeben. Als der diesen Beweis für die Übergriffe der Polizei vor Gericht präsentieren wollte, lehnte es die Kammer kurzerhand ab, sich den Film anzusehen. Morales Cortés entschied daher gemeinsam mit seinen beiden jugendlichen Mandanten, dieses Dokument über die Internet-Plattform youtube zu veröffentlichen.<sup>3</sup>

Mit dem Projekt Pichikeche (Niñas y Niños – Mädchen und Jungen) leisten ANIDE und Kindernothilfe seit Anfang des vergangenen Jahres einerseits direkte Trauma-Bewältigungsarbeit mit Kindern in den betroffenen Gemeinden und setzten sich andererseits massiv dafür ein, die Anwendung der chilenischen Anti-Terrorgesetze auf Kinder und Jugendlichen zu beenden. Allein die kontinuierliche Präsenz des Teams vor Ort, die Tatsache, dass Psychologen und Sozialarbeiter die Erfahrungen und Erlebnisse der Kinder ernst nehmen, sie dokumentieren und ihnen beim Verarbeiten helfen, hat in den zurückliegenden 18 Monaten bereits eine wichtige therapeutische Wirkung entfalten können.

Aber inzwischen gibt es noch eine weitere Hoffnung, dass sich der chilenische Staat irgendwann doch seiner Verantwortung für die Gewalt, die Kindern aus Mapuche-Gemeinden durch seine Vertreter angetan wird, stellen muss: Am 24. März beschäftigte sich die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte in Washington auf Antrag von ANIDE und des chilenischen Kinderrechts-Bündnisses mit den 39 gravierendsten Fälle von physischer Gewalt an Kindern. Ana Cortez Salas, die Koordinatorin des Projektes Pichikeche, und der ANIDE-Anwalt Lorenzo Morales Cortés

waren mit KNH-Unterstützung nach Washington gereist, um die Kommissions-Mitglieder detailliert zu informieren. Die Chancen stehen gut, dass es zu einem Schiedsverfahren unter der Verantwortung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) kommt, durch das Chiles Regierung gezwungen wird, ihre Rechts- und Repressionspraktiken gegenüber Kindern und Jugendlichen aus Mapuche-Gemeinden zu verändern. „Wir haben einen ersten wichtigen Schritt geschafft“, sagt José Horacio Wood, „aber bis dahin, dass sich Polizeiberfälle wie auf die Schule von Temucucui nie mehr wiederholen, ist es noch ein weiter Weg.“

Wie weit, zeigen die allerjüngsten Zwischenfälle aus dieser Mapuche-Gemeinde: Allein in der letzten Juliwoche wurden drei Kinder bei Polizeiaktionen schwer verletzt, ein 11- und ein 14jähriger während einer erneuten Razzia durch Carabineros – sowie zuletzt der 16jährige Luis<sup>4</sup> durch ein aus 200 Metern abgefeuertes Projektil eines Scharfschützen. Noch ringt der Junge nach schwerem Blutverlust im Krankenhaus von Victoria um sein Leben.

### **Ein Reisebericht**

## **Tumaini: Wo man Träume noch leben kann**

*Von Deonal Sinaga*

**T**umaini hat Zukunft. Das ist mir klar, seit ich die Kinder und Mitarbeitenden des Straßenkinder-Zentrums in Bukoba besucht habe. Ich bin Kindern begegnet, die sich vorher in verzweifelten Situationen befunden hatten, die ohne Hoffnung lebten, für die es scheinbar keinen

- 1 *Fundación ANIDE et.al. (2011): Informe sobre violencia institucional contra la niñez mapuche en Chile. Santiago de Chile*
- 2 *Namen wurden vom Autor verändert*
- 3 <http://www.youtube.com/watch?v=KKbJ-sieF9VM>
- 4 *Name wurde vom Autor verändert*

*Jürgen Schübelin, 56 Jahre alt, Sozialwissenschaftler (M.A.) und gelernter Tageszeitungsredakteur (Badische Zeitung, Freiburg). Er hat 12 Jahre lang in Lateinamerika als Entwicklungshelfer für EIRENE, Brot für die Welt und die*



**Jürgen Schübelin**

*AGEH gearbeitet, war nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1 ½ Jahre als Redakteur beim „überblick“ in Hamburg tätig, ehe ihn die Kindernothilfe im Oktober 1999 zu ihrem Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter berief. Er ist seit 1999 Mitglied beim BRSD und lebt mit seiner Familie in Duisburg. Zur Zeit arbeitet er im Katastrophengebiet Haiti.*

Ausweg aus ihrer Situation gab, und die jetzt doch voller Vorfreude in die Zukunft schauen. Diese Kinder haben unter unmenschlichen Bedingungen gelebt, ihr Alltag war von Armut, Ablehnung und Ungerechtigkeit bestimmt. Jahrelang haben sie nicht die Liebe erlebt, die andere Kinder von ihren Eltern und Geschwistern bekommen, jahrelang haben sie mit leerem Magen



### **Jugendliche mit neuer Würde und Hoffnung**

zu Bett gehen müssen. Jetzt aber lernen sie Lesen und Schreiben, hören Gottes Wort, und vor dem Zubettgehen können sie mit anderen Kindern spielen.

2003 hat die Arbeit mit Kindern hier begonnen. Schwester Debora Brycke aus Schweden war dabei Feder führend. Ihr war die verzweifelte Situation vieler Straßenkinder in Bukoba nahe gegangen, und sie öffnete ihr Haus für einige dieser Kinder. Sie gab ihnen zu essen und einen Platz, sich auszuruhen. So kamen immer mehr. Bald stand Schwester Adventina Schwester Debora zur Seite, und es dauert nicht lange, bis die Nordwest-Diözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Tansania das Projekt offiziell in ihre Arbeit aufnahm und unterstützte.

Bis heute tun die Mitarbeitenden des Tumaini Childrens Centers alles für die Kinder, was sie können, so habe ich es bei meinem Besuch erlebt, die Erzieherinnen und Erzieher genauso wie die Verwaltungsangestellten, der Gärtner oder der Fahrer. Es herrschte eine unglaublich lebendige, spirituelle Atmosphäre – man spürte, dass alle ihre Arbeit

mit ganzem Herzen und voller Liebe tun. Und das merkt man auch den Kindern an: Schon als Sie uns von ferne sahen, sangen sie, trommelten und tanzten. Und sie waren ziemlich aufgeweckt und daran interessiert, Neuigkeiten aus anderen Teilen der Welt zu hören. Sie fragten mich, warum ich denn nach Tansania gekommen sei, wie Kinder, besonders Straßenkinder, in Indonesien lebten und was denn die Kirche und die Regierung in Deutschland und Indonesien für Straßenkinder täten. Ich versuchte, alle Fragen besten

Gewissens zu beantworten – eindrucklicher war aber das, was ich von ihnen hörte.

Tumaini sei ihre Familie, sagten die meisten. Die 4- bis 19-jährigen fühlen sich dort wirklich zu Hause, sie bekommen alles, was sie auch in einer Familie bekommen sollten: ein Dach über dem Kopf, Essen, Kleidung, Ausbildung, Freunde, Brüder und Schwestern, Eltern, Liebe – all das, was sie in ihren ersten Lebensjahren vermissten. Manche von ihnen wurden gewaltsam von ihren eigenen Eltern aus dem Haus geworfen, manche mussten gehen, weil die Armut zu groß war, manche sind von selbst gegangen, weil sie in ihren Familien keinen Frieden und keine Liebe fanden. Sie hofften alle, irgendwo Menschen zu treffen, die ihre Situation verstehen und ihnen helfen würden. Aber in den meisten Fällen traf sie nur Leute, die sie mieden, auf sie herabschauten oder ihre Notlage sogar schamlos ausnutzten, indem sie sie arbeiten ließen, ohne ihnen Geld zu zahlen. So verschlimmerte sich ihre Situation immer mehr, bis sie nach Tumaini kamen, dem Ort, wo sie neue Kraft, neue Würde und

neue Hoffnung auf eine bessere Zukunft fanden.

Frank Rinus ist mit 18 Jahren einer der ältesten der 60 Kinder im Tumaini Children Centre. Er sagt: „Tumaini ist ein guter Ort. Wir sind wirklich glücklich hier. Die Mitarbeiter sind sehr nett zu uns – kein Vergleich mit den Verhältnissen, in denen wir geboren sind. Hier ist unser bestes Zuhause.“ Nachdem seine Eltern gestorben waren, hatte Frank versucht, für sich selbst zu sorgen. Er fand Tagelöhner-Arbeit, als Gemüseverkäufer an der Straße zum Beispiel, aber das reichte noch nicht einmal für genügend Essen. Er schlief mal hier, mal dort, oft unter freiem Himmel, immer in Angst, vertrieben zu werden, oder dass ihm sogar jemand etwas antut. So ging das Tage, Wo-

nauso schwierigen Situationen sind wie ich es war.“

Auch der 17-jährige Davidi Saidi hat es nicht leicht gehabt: Er hatte Ärger mit seinem Vater, weil er sich schlecht benahm und lief von zu Hause weg. Unter den Straßenkindern Bukobas fand er Freunde, aber für alle war das Leben auf der Straße hart. Dann bekam er die Chance, an einem Seminar im Tumaini Children Center teilzunehmen. Von da war der Schritt dahin, dort zu leben, nicht mehr weit. Auch Davidi konnte wieder zu Schule gehen. Er ist jetzt in der siebten Klasse. Sein Traum: Anwalt werden und für die Rechte der Menschen zu kämpfen, denen man ihre Rechte verwehrt. „Sie verdienen ein besseres Leben“, sagt er.



### **Die neue Familie Tumaini**

chen, Monate. Dann erzählten ihm Freunde von Tumaini – das änderte sein Leben. Er wurde aufgenommen und durfte sogar wieder zu Schule gehen, nachdem er lange Zeit Bücher und Stifte nur von ferne gesehen hatte. Er ist mittlerweile ein guter Schüler und hat einen Traum: „Eines Tages kann ich anderen Menschen helfen, die in ge-

Auch die 14-jährige Norathi hat nun wieder Hoffnung. Ihr Leben zu Hause war bestimmt von Gewalt, Verrat und unverantwortlichem Verhalten ihrer Eltern. Auf der Straße suchte sie nach einem besseren Leben und wurde wieder enttäuscht. Seit 2007 ist sie nun in Tumaini und erzählt über ihren Lebenstraum: „Es gibt so viele Kinder da draußen, die nicht lernen dürfen und deshalb keine Chance im Leben haben. Deswegen lerne und arbeite ich hart: Ich will Lehrerin werden und Kindern Lesen und Schreiben beibringen. Wenn sie gebildet sind, wird sie das vor schlimmen Situationen im Leben bewahren können.“

Solche hat auch die 18-jährige Abbudu Mariki Mell, durchmachen müssen. Ihren Vater hat sie nie kennen gelernt, ihre Mutter starb, als sie sieben war. Sie lebte bei der Familie ihres Onkels, war da aber ständigen Übergriffen ausgesetzt. Schwester Adven-

tina brachte sie nach Gesprächen mit der Familie schließlich nach Tumaini. Einen Lebenstraum hat Abbudu Mariki Mell noch nicht, aber sie sei einfach dankbar für das, was sie jetzt habe, sagt sie. Sie werde viel lernen und alles dafür tun, anderen Menschen zu helfen.

60 Kinder, 15 Mädchen und 45 Jungen, leben heute im Tumaini Children Center, etwa 700 konnten wieder in ihre Familien integriert werden. Dabei unterstützt das Zentrum auch Eltern und andere Familienangehörigen, für ihre Kinder zu sorgen. Ihrem Namen macht die Einrichtung auf jeden Fall alle Ehre: „Tumaini“ bedeutet „Hoffnung“ auf Swahili. Die Kinder in Tumaini haben sie wieder.

*Deonal Sinaga*  
(\*1972),  
*Dr. theol., HKBP,*  
*studierte Theologie*  
*in Sumatera und*  
*Hongkong. Leiter*  
*des Ökumenischen*  
*Büros der Batak*  
*Protestantischen*  
*Kirche in Indone-*  
*sien (HKBP), Do-*  
*zent an der HKBP*  
*Diakonische Hochschule und Pfarrhochschule*  
*in Sumatra, Indonesien. Seit 2008 ist er Mit-*  
*arbeiter der Vereinten Evangelischen Mission*  
*(VEM) im Zentrum für Mission und Diakonie in*  
*Bielefeld-Bethel.*



**Deonal Sinaga**

## ***Protestanten in Palermo und afrikanische Einwanderer wollen „Gemeinsam Kirche sein“***

# **Lasst uns Brücken bauen!**

Von *Rafael Dreyer*

**W**arum sind Sie eigentlich hier, als deutscher Pfarrer in Sizilien?“ – Nach meinem Zivildienst mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Coventry (England) und einem Abschluss als Bachelor of Arts in Modern European Studies in London mit einem Austauschjahr in Bologna habe ich angefangen, Theologie zu studieren und mich für die italienische Kirche der Waldenser zu interessieren. Diese vorreformatorische Kirche – gegründet von Petrus Waldus, der im 12. Jahrhundert seinen Reichtum gegen die apostolische Armut und die evangelische Wanderpredigt eintauschte – ist, historisch gesehen, eine Gemeinschaft von Menschen mit Migrationshintergrund. Denn in Jahrhunderten

der Verfolgung durch katholische Könige und die römische Kirche haben viele Waldenser in anderen europäischen Ländern Aufnahme gefunden: z.B. in der Schweiz, in Österreich, in Polen und in Deutschland. So verwundert es nicht, dass die italienischen Waldenser – heute eine protestantische Kirche mit ca. 25.000 Mitgliedern in 130 Gemeinden und 100 Pfarrern, von denen 30 Nichtitaliener sind – in den beiden letzten Jahrzehnten sich ihrerseits bemüht haben, evangelischen Einwanderern eine Heimat anzubieten. Dieses Projekt nennt sich „Essere Chiesa Insieme“ („Gemeinsam Kirche sein“).

Direkt nach meiner Ordination in Bendorf (Ev. Kirche im Rheinland), habe ich meinen Pfarrdienst an der evangelischen Gemeinde Palermo-Noce begonnen und war dort von August 2009 bis Juli 2011. Die Gemeinde

mit ihren ungefähr 80 Mitgliedern – vor 40 Jahren in einem diakonischen Zentrum der Waldenser in einem armen Viertel Palermos entstanden – ist ein Zusammenschluss der Methodistischen und der Waldensergemeinde, und nimmt seit 1990 jedes Jahr mehr Immigranten aus Ghana, Nigeria und der Elfenbeinküste auf. Die Afrikaner (zu 80% aus Ghana) machen mittlerweile mehr als zwei Drittel der Mitglieder aus und sind jüngeren und mittleren Alters, während die Italiener mittleren und älteren Semesters sind. Viele der presbyterianischen und methodistischen Einwanderer, die in Palermo z.T. per Boot über Lampedusa angekommen sind, finden durch Mund-Propaganda zur Noce, auch aus entlegenen Teilen der Stadt, während aus dem anliegenden Centro Diaconale kaum Italiener am Gemeindeleben teilnehmen.



**Die neuen Gemeindeglieder im Centro Diaconale**

Im Sonntagsgottesdienst (von 11 bis 12.45 Uhr), der auf Italienisch und Englisch gefeiert wird, und zu dem durchschnittlich 55 Personen kommen, davon ca. 15 Italiener, werden jedes Mal zwei Predigten dargeboten, die des Pfarrers auf Italienisch und danach, getrennt durch ein Lied, eine weitere auf Englisch von einem der fünf afrikanischen Laienprediger. Am Anfang der Woche besprechen beide, Pfarrer und Prediger, ge-

wöhnlich gemeinsam den Predigttext des darauf folgenden Sonntags, wobei der Pfarrer exegetische Hilfestellung leistet. Wir einigten uns gewöhnlich auf die Leitlinien der Predigt und ließen dann einem jeden Raum für eigene Beispiele. Auf der einen Seite des Gottesdienstraumes steht ein altes Harmonium, gespielt von einer über 75-jährigen Organistin, und auf der anderen Seite gehen zwei junge Männer vor vier Trommeln in Stellung, um die Rhythmen der afrikanischen Lieder vorzugeben. Es werden methodistische Glaubenslieder des 19. Jahrhunderts gesungen, auch mal in Übersetzung auf Italienisch, dann Waldenser-Choräle, neueres italienisches Liedgut und westafrikanische Lieder auf Twi (ghanaische Hauptsprache) und Yoruba (nigerianische Sprache) mit viel körperlicher Bewegung. Es gibt einen Chor, der das Singen der Lieder unterstützt. Das Sammeln der Kollekte ist ein entspannender Teil des Gottesdienstes: Angeführt vom Pfarrer und begleitet von Trommeln und ausgelassenem Singen afrikanischer Lobpreislieder, begeben sich alle auf einen Rundgang durch den Gottesdienstraum, schlendernd, wippend oder tanzend. Am Abendmahlstisch angelangt, gibt jeder seinen Obolus in einen Korb. Die Fürbitten werden spontan vor



**Afrikanischer Chor mit Trommeln**

Gott gebracht. Es gibt unter der Woche zwei charismatische Gebetskreise, einen auf Englisch und einen auf Twi. Viele geben im Gottesdienst Zeugnis darüber ab, was Gott für sie getan hat, z.B. haben sie eine neue Arbeitsstelle gefunden, oder eine Aufenthaltsgenehmigung ergattert. Im Bereich der Ethik treffen manchmal stark divergierende Ansichten aufeinander. Die Entscheidung der Waldensersynode 2011, schwule Paare auf Wunsch in einem Gottesdienst zu segnen, wird unter den afrikanischen Gemeindegliedern überwiegend als ärgerlicher Fehltritt angesehen. Dennoch habe ich in vielen Bibelstunden und in einer Gemeindeversammlung erlebt, dass es möglich ist, auch dieses Thema in geschwisterlichem Freimut zu diskutieren. Wenn das Haus Gottes auf dem Felsen des Evangeliums gegründet ist, muss es nicht einfallen, wenn die Winde der unterschiedlichen Überzeugungen an ihm rütteln!

In der Noce sind viele soziale Schichten präsent. Da ist auf der einen Seite ein pensionierter Minister, alleinstehend, der fast jeden Sonntag von seinem 80 km entfernten Landsitz zum Gottesdienst anreist. Einmal im Jahr lädt er alle zu sich aufs Land ein. Auf der anderen Seite habe ich erlebt, dass ein Afrikaner am Sonntagmorgen in die Kirche kommt – nach einer Nacht auf einem der Großmärkte, wo er 12 Stunden lang Apfelsinenkisten geschleppt hat, für 2 Euro die Stunde, oft monatelang ohne Bezahlung – und mich um einen Happen Brot bittet. Nur die Hälfte aller Immigranten in der Gemeinde hat eine Arbeit oder eine Aufenthaltsgenehmigung, viele leben in einem der drei Flüchtlingslager in Palermo. Die methodistische Kirche bietet eine Flüchtlingsberatung an, zu dem ein Italienisch-Kurs gehört, an dem 5–6 Afrikaner teilnehmen. Wir organisieren in der Noce regelmäßig Agape-Feiern nach dem Gottesdienst,

da bringt jeder etwas zum Essen mit. Gerne möchte ich einige Gemeindeglieder vorstellen: Da ist die 75-jährige Maria (Name geändert), die, unverheiratet geblieben, ein nigerianisches Ehepaar bei sich in der Wohnung aufgenommen hat. Nach und nach sind dort drei Kinder geboren und in der Gemeinde getauft worden. Der alten Dame ist die junge Familie ein Familienersatz. Für das Paar ist die Großherzigkeit der Dame ein Segen, die Wohnung ein Schutzraum. Oft kommt es vor, dass Italiener Taufpaten werden für afrikanische Kinder. Mittlerweile sind vier von zehn Presbytern afrikanischer Herkunft. Für viele Immigranten – heute machen sie schon ca. 20% aller Protestanten in Italien aus – bedeutet „Gemeinsam Kirche Sein“ mit den Italienern eine Brücke zur italienischen Gesellschaft. „Meine Gemeinde ist der einzige Ort wo meine Stimme zählt“, sagen scherzhaft einige afrikanische Mütter, wenn, wie jedes Jahr, die Presbyter neu gewählt werden.

Trotz dieser interkulturellen Brücken bleibt in mancher Hinsicht eine Trennung bestehen zwischen den Immigranten und den Italienern. Die evangelischen Palermitaner gehören der liberalen Mittelschicht an, viele mit Hochschulabschluss, während viele der Afrikaner aus bildungsfernen Schichten stammen, oft wenig daran interessiert, die Sprache oder das Land wirklich kennen zu lernen: „Ich will hier nur Geld verdienen und mir dann in Ghana ein Haus bauen!“ Doch auch wenn die kulturellen Barrieren zwischen den Erwachsenen noch recht groß sind und ein wirkliches Kennen lernen oft nur in Ansätzen gelingt, hat sich die Lage bei der zweiten Generation schon sehr verändert; hier ist die gemischte Jugendarbeit der Waldenser ein gutes Beispiel. Für mich ist diese multikulturelle Gemeinde, wie auch andere in Brescia, Pordenone, Verona, Bologna, Mailand etc., ein geistgewirktes

Zeugnis für die Kraft Gottes, die uns sagt: „Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“ (Galater 3,28). Ich selber bin seit einem Jahr mit einer Ghanaerin verheiratet.

Zurzeit bin ich Pfarrer der Waldenser-Gemeinde in Riesi und bin öfter Ansprechpartner für Reisegruppen, die das Projekt „Essere Chiesa Insieme“ kennen lernen wollen.

*Rafael Dreyer, geb. 31.8.1972, absolvierte den Zivildienst mit Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste in Coventry (England) und bekam*

*einen Abschluss als Bachelor of Arts in Modern European Studies in London. Nach dem Studium der Theologie und einer Zeit als Vikar in Bendorf ist er 2009-2011 Pfarrer der Ev. Gemeinde Palermo-Noce/ Sizilien gewesen. Zurzeit ist er Pfarrer der Waldenser-Gemeinde in Riesi/Sizilien. Verheiratet ist er mit Afia, geb. Kwakyewaa, die in Ghana aufgewachsen ist. Am 10.8.2012 wurde Sara Ofeibea geboren.*



**Rafael Dreyer**

**Stockholm, Juni 2012**

## **Erklärung zum Arabischen Frühling**

*Von International League of Religious Socialists (ILRS)*

**I**nterreligiöse Räte können den demokratischen Wandel in arabischen Ländern unterstützen

Der Arabische Frühling begann in Tunesien und löste ein demokratisches Erdbeben in der arabischen Welt aus, das den gesamten europäisch-mediterranen Raum erfasst hat. Angesichts der Entschlossenheit der arabischen Völker, in freien und demokratischen Ländern zu leben, sahen sich arabische Diktatoren und ihre Beschützer in den westlichen Eliten gefährdet, zuweilen gar verängstigt.

Tunesien und Ägypten haben bereits freie und demokratische Wahlen abgehalten und neue parlamentarische Versammlungen eingerichtet. Der Weg zur Demokratie ist aber gewunden, und viele Hindernisse lie-

gen auf dem Weg. Die Bildung demokratischer Parteien und die Verbreitung einer Kultur der Demokratie unter Männern und Frauen, bei Jung und Alt, sowohl in den Eliten als auch unter gewöhnlichen Menschen, ist ein langwieriger Prozess. Die ehemaligen Eliten geben ihre wirtschaftlichen Privilegien und ihren unverhältnismäßigen Einfluss nur widerwillig auf. Wirklichen Wandel bewirken diejenigen, die tatsächliche Reformen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit anstreben, diejenigen, die von tief greifenden Veränderungen profitieren werden. Der bloße Austausch einiger weniger mächtiger Einzelpersonen ist nicht ausreichend.

Religion kann eine Quelle der Inspiration für wirklichen Wandel sein und zur Gleichbehandlung aller Menschen animieren. Viele Religionen sind auf Wohltätigkeit und Teilen ausgerichtet, so dass niemand



### ***Die Delegierten des Kongresses***

Schaden oder Hunger leiden muss. Religionen können auch zum Kampf für soziale Gerechtigkeit motivieren – Bischof Desmond Tutu spielte eine herausragende Rolle in der Anti-Apartheidsbewegung in Südafrika. Wir wissen aber auch, dass die Apartheid durch christliche Theologen inspiriert war. Es lässt sich also sagen, dass ChristInnen und AnhängerInnen anderer Religionen mit ihrem Glauben sowohl soziale Gerechtigkeit als auch Ungleichheit rechtfertigen können.

Wir als religiöse Menschen bekunden unsere Überzeugung, dass Männer und Frauen, Menschen aller Glaubensrichtungen und Traditionen, vor Gott gleich sind, und dass keine politischen oder religiösen Autoritäten das Recht haben, diese Gleichheit zu missachten. Aus dieser Gleichheit ergeben sich politische Forderungen, die zur Befreiung der Menschen und zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit beitragen.

Der ILRS Kongress ruft politische und religiöse Führungspersönlichkeiten in den Ländern des Arabischen Frühlings auf,

- funktionierende und vertrauensvolle Formen der Zusammenarbeit zwischen religiösen Leitern verschiedener Traditionen zu etablieren. Solche interreligiösen Räte können ein Klima des Vertrauens erzeugen, in dem religiöse Führer in einer sozialen Krise weise und kooperativ handeln.
- regelmäßige Treffen zwischen religiösen und politischen Führern in den Ländern des Arabischen Frühlings abzuhalten, um das gegenseitige Verständnis und Respekt voneinander zu befördern.
- sich für den Erfolg des Demokratisierungsprozesses und das Ziel sozialer Gerechtigkeit und Würde für alle sowie einer Verfassung, die diese Rechte garantiert, einzusetzen.

Wir bitten die politischen Führer in allen ILRS-Mitgliedsländern, Prozesse der Demokratisierung in den Ländern des Arabischen Frühlings mit gewaltfreien Mitteln zu unterstützen und Austausch und Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft – einschließlich Religionsgemeinschaften und politischen Organisationen – in den ILRS Ländern und in den Ländern des Arabischen Frühlings zu unterstützen.

Weitere Informationen bei der Präsidentin des ILRS, Cecilia Dalman Eek, Tel. 0046 - (0)7 06 - 55 48 59, [cecilia.dalmaneek@vgregation.se](mailto:cecilia.dalmaneek@vgregation.se)

# „Das verdrängte Erbe der Bekennenden Kirche“

Von Rainer Doerbaum

Die Positionen der Bekennenden Kirche (BK) in der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur sind in der Kirche und universitären Theologie kaum noch präsent. Für manche stellt sich der „Kirchenkampf“ als innerkirchliche Auseinandersetzung dar, nicht aber als Infragestellung der Machtstrukturen des NS-Regimes.

Unter dem Titel „Das verdrängte Erbe der Bekennenden Kirche“ veranstaltete der Dietrich-Bonhoeffer-Verein gemeinsam mit der Martin-Niemöller-Stiftung vom 23.-25. März 2012 im Haus Hainstein in Eisenach eine Tagung.

Hier folgt ein zusammenfassender Bericht über diese Veranstaltung.

Die Tagung begann am Freitag mit zwei einführenden Referaten der Kirchenhistoriker Prof. Dr. Günther van Norden und PD Dr. Hartmut Ludwig zum Thema „Umdeutung des Kirchenkampfes – Geschichtsinterpretation als Kampf um die Deutungshoheit heute“. Die BK war mit der wesentlich von Karl Barth verfassten Barmer Theologischen Erklärung im Juni 1934 gegründet worden und versuchte, sich gegen die Irrlehren der Deutschen Christen abzugrenzen. Zugleich wollte sie eine Gleichschaltung der Evangelischen Kirche an die Diktatur des „Führers“ verhindern und damit ihr Selbstbestimmungsrecht verteidigen. Es bildeten sich zwei Flügel innerhalb der BK, ein Vorgang, der jedoch keine Spaltung im eigentlichen Sinn darstellte. Auf der einen Seite gab es eine Gruppe um den später aus Deutschland ausgewiesenen, radikal kritisch eingestellten Karl Barth, den das obrigkeitstreue Denken

seiner Kirche zornig gemacht hatte, da es sich doch bei dem NS-Staat eindeutig um einen antichristlichen Staat handelte. Auf der anderen Seite die antisemitisch eingestellten Bischöfe Marahrens, Wurm und Meiser, die, um der Machterhaltung ihrer Kirche willen, zu Kompromissen mit den Nazis bereit waren und den ‚status confessionis‘ in Frage stellten.

Die BK war zu keinem Zeitpunkt „Kirche im Widerstand“. Dies sei eine Legendenbildung, die auch heute noch häufig gepflegt werde. Allerdings sollen die wenigen, die tatsächlich widerständig waren, nicht vergessen werden. Hier wurden Elisabeth Schmitz, die 1935 eine Denkschrift gegen die antijüdische Hetze an die Steglitzer Bekenntnissynode verfasst hatte und der Kreis der so genannten „Dahlemiten“ erwähnt.

Die Tagung wurde am Samstag mit einem beeindruckenden Referat des Buchautors und Redakteurs Dr. Jens Gundlach fortgesetzt, der am Beispiel des hannoverschen Theologen Heinz Brunotte (1896–1977), einer ebenso eindrücklichen wie widersprüchlichen Persönlichkeit, die Kontinuität restaurativer Tendenzen der Evangelischen Kirche, insbesondere nach 1945, darlegte. Dieser Vortrag soll auch im Mittelpunkt meiner Ausführungen stehen.

Brunotte, anfangs der Theologie Karl Barths zugetan und als Linksliberaler in oppositioneller Haltung gegen die national-konservative Mehrheit seiner Landeskirche unter Bischof August Marahrens stehend, sucht bereits sehr früh Kompromisse mit Positionen der Deutschen Christen (DC) und nähert sich nach und nach der NS-staatsloyalen Linie seines Landesbischofs

an. Seine Bereitschaft zu ‚kooperieren‘ führt zur Verleugnung zentraler Inhalte des Evangeliums. Beispiele:

- NS-Ideologie und christlicher Glaube sind vereinigungsfähig. („Kirche soll in Gehorsam zu Volk, Reich und Führer stehen ...“)
- Ausgrenzung von Nichtariern aus Staat und Gesellschaft sowie aus der Kirche. („Volkswerdung auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden ...“)
- Unterstützung des Angriffskrieges sowie die Stärkung deutscher Kampfkraft durch christlichen Glauben und kirchlichen Segen.

Zwischen 1936 und 1945 übt sich Brunotte in der Bewahrung der Eigenständigkeit der Kirche und ihrer Lehre durch Verleugnung und die Erprobung von Anpassung. Hier stellt sich die Frage, wann im Verlaufe dieses Prozesses der Verlust von Glaubensidentität begonnen und sich dann weiter fortgesetzt hat. Heinz Brunotte ist ein führendes Mitglied der Bekennenden Kirche. Als die Kirchenleitung der BK eine Denkschrift an Hitler mit massiver Kritik am NS-Staat richtet, lehnt er eine entsprechende Kanzelabkündigung ab. Es sei unlutherisch, dass Christen ihre Obrigkeit durch „Widerstand“ zu Gott zurückzurufen hätten. Somit fällt er „seiner“ BK in den Rücken. Darüber hinaus legt er Wert darauf, dass der so genannte Treue-Eid von Pfarrern auf den „Führer“ von allen geleistet wird und beteiligt sich auf Initiative von Bischof Marahrens an der Formulierung von fünf Thesen, welche NS-Weltanschauung und christlichen Glauben unter Einbeziehung des Antisemitismus miteinander verbinden sollen. Aus These 3: „Die Nationalsozialistische Weltanschauung bekämpft mit aller Unerbittlichkeit den politischen und geistigen Einfluss der jüdischen Rasse auf unser völkisches Leben. Im Gehorsam gegen die göttliche Schöpfungsordnung bejaht die Evangelische Kirche die

Verantwortung für die Reinerhaltung unseres Volkstums ...“

Heinz Brunotte beteiligt sich 1939 an der Einführung des Arierparagraphen in der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK). Im gleichen Jahr wird er als Offizier für den Überfall auf Polen reaktiviert und bekennt später in seinem Bericht über den „Polenfeldzug“: „Alles in allem bin ich gern Soldat gewesen ...“

1941 stellt sich die Breslauer Vikarin Katharina Staritz schützend vor die ‚nichtarischen‘ Christen, die den Judenstern tragen müssen. Brunotte sorgt dafür, dass die Theologin Breslau verlassen muss. Bald darauf wird sie von der SS in das KZ Ravensbrück verschleppt ...

Brunotte ist verantwortlich für etliche Huldigungsschreiben an den Führer. So heißt es am 1.9.1942: „Die DEK grüßt am Jahrestag des Kriegsbeginns den Führer des deutschen Volkes in unwandelbarer Treue ...“ Oder, in einem Geburtstagstelegramm an Hitler im Jahre 1943: „Die DEK grüßt den Führer des Großdeutschen Reiches zum vierten Mal in dem großen Ringen um einen Neubau der deutschen Zukunft zu seinem Geburtstag. Die DEK wird auch weiterhin alles tun, ihre Mitglieder innerlich anzuhalten und zu stärken, in totalem Kriegseinsatz ihre Pflicht für Deutschland zu tun.“

Brunotte rechtfertigt später sein Verhalten mit folgender Aussage: „Ja, es gab nicht wenige einwandfreie Menschen, die der Meinung waren, man müsse mit gewissen Ergebenheitsversicherungen dem bissigen Hund einen Knochen hinwerfen, damit er nicht gleich beiße, wenn man etwas von ihm wolle.“

Nach 1945 beginnt die Verdrängung des Erbes der BK: Heinz Brunotte sieht sich und die DEK in der Kontinuität eines in seinen Augen autonomen kirchenpolitischen Kurses. Den Reichsbruderrat, der

die BK gegen Widerstände der DEK in der NS-Zeit auf glaubwürdige Weise repräsentierte, lehnt er als Leitungsorgan der Evangelischen Kirche ab. Die Niederlage Deutschlands bezeichnet er als „Eingriff Gottes in die Geschichte“ und lässt es nicht zu, dass die Irrlehre in den Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus thematisiert wird. Im Gegensatz zu Brunotte plädiert Martin Niemöller zu dieser Zeit für einen klaren Neuanfang mit neuem Personal. Schon Dietrich Bonhoeffer hatte 1942 gemeinsam mit Friedrich Justus Perels, dem Justitiar der BK, für die Kirche nach dem Krieg einen klaren Neuanfang gefordert: „Bei der Neuordnung der Kirche muss unter allen Umständen vermieden werden, dass reaktionäre Kreise der einstigen General-superintendenten wieder die Leitung in die Hand bekommen.“

Im August 1945 geraten auf der Kirchenversammlung in Treysa sowohl Bischof Marahrens als auch Heinz Brunotte wegen ihrer Verwicklung in das NS-System schwer unter Druck. Brunotte verliert seinen Posten an Hans Asmussen, der ein großes „Revirement“ in der Kirchenkanzlei einschließlich Entlassungen verlangt. Die folgende Empörung Brunottes wird im Rat der EKD von den Bischöfen Meiser, Lilje und Dibelius geteilt. Es kommt zu dem Versuch eines Selbsterweises der BK als Widerstandsbewegung: Man habe nie mit dem NS-Staat paktiert, sondern im Gegenteil „Widerstand“ geleistet und niemals „Kriegsmaßnahmen“ gebilligt. Das Attentat vom 20. Juli 1944 sei ethisch nicht zu rechtfertigen gewesen und habe keine biblische Grundlage gehabt.

Die Verfolgung der Juden thematisierte Heinz Brunotte nicht.

Auf Betreiben des neuen EKD Ratsvorsitzenden Otto Dibelius wird Brunotte Präsident der Kirchenkanzlei der EKD. Die EKD erweist sich als Teil einer Gesellschaft, die

ihre eigene NS-Vergangenheit abzuschütteln und die zuvor gespaltene Kirche als widerständige Einheit zu konstruieren versucht.

Ein 1967 von Heinz Brunotte veröffentlichter Aufsatz mit dem Titel „Die Kirchenmitgliedschaft der nichtarischen Christen im Kirchenkampf“ endet wie folgt: „Von Mitte 1943 an schweigen die Akten der Kirchenkanzlei. Mit der Verschleppung der letzten deutschen Juden in die Vernichtungslager des Ostens erlosch das Problem einer Betreuung evangelischer Nichtarier.“ Dieses Schriftstück erinnert an ein so genanntes „Gutachten“ des Bischofs Hans Meiser mit dem Titel „Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage“, das noch vor der Judenverfolgung geschrieben wurde und ein scheußliches antisemitisches Pamphlet darstellt.

Eine echte Läuterung durch Reue ist bei Brunotte nicht erkennbar, und in diesem Verhalten mag man eine gewisse Überlebensstrategie erkennen.

Erst gegen Ende seines Lebens macht sich ein wenig Einsicht bei Brunotte breit. So erinnert sich sein Sohn Wolfgang im Jahre 2003: „Mein Vater hatte Schuldgefühle, aber er konnte darüber nicht sprechen. Er litt unter seinen Fehlern und ist damit nicht fertig geworden.“

Eine hervorragende Dokumentation über die Rolle der BK im Dritten Reich stellt eine Studie des Historikers Wolfgang Gerlach mit dem Titel „Als die Zeugen schwiegen“ dar.

Den nächsten Vortrag hielt der ehemalige Vorsitzende der Martin-Niemöller-Stiftung, Prof. Dr. Martin Stöhr, zum Thema „Das Gericht fängt beim Hause Gottes an (1. Petrus 4,17) – Die Schuldfrage in Kirche und Gesellschaft – Martin Niemöller: Wegweisendes und Widersprüchliches.“

Die Rede vom Gericht zielt a) auf Wahrheits- und Urteilsfindung dessen, was ge-

schah, b) auf Selbstkritik/Reue, c) auf neue Wege anstelle alter Irrwege, also Umkehr und d) verbietet sie eine Selbstentlastung durch Verweis auf Taten anderer. Oder, um mit den Worten Dietrich Bonhoeffers zu sprechen: Ein offenes Bekennen und Erkennen der Schuld öffnet den Weg zur Umkehr. Diese Position wurde nach dem Krieg insbesondere von Alexander und Margarete Mitscherlich, Karl Jaspers und Martin Niemöller mit Nachdruck vertreten. Schuld-erkenntnis und -bekenntnis messen sich an der biblischen Ethik in der Nachfolge Jesu Christi und geschehen öffentlich, wie auch das Versagen öffentlich war. Niemöller sah wegen des Ungehorsams gegen Christus sowie wegen der bloßen Bestandswahrung der Kirche große Schuld auf der BK lasten („*mea culpa, mea maxima culpa* ...“). Kirche könne eben nur Kirche sein, wenn sie für andere da ist (Bonhoeffer). Auch Niemöller bekannte, er hätte vor 1937 in den Juden und Kommunisten nicht „die Geringsten der Brüder“ erkannt. „Die Kirche verleugnet Gott, wo sie den Menschen verleugnet, denn Gott ist ein brüderlicher/schwesterlicher Gott für alle.“ Als Bonhoeffer mit seinem berühmten Satz „Nur wer für Juden schreit, darf auch gregorianisch singen“ zitiert wurde, meldete sich unter dem Beifall der Mehrheit der Anwesenden ein Zuhörer mit dem Einwurf, dass es heute wohl heißen müsste „Nur wer für Palästinenser schreit ...“. Der Referent wies im Zusammenhang mit der Schuldfrage auf das erst unter sanftem Druck des ÖRK 1945 zustande gekommene so genannte „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ von 1945 hin, in dem mit keinem Wort die Ermordung von 6 Millionen europäischer Juden erwähnt wurde. Erst durch das so genannte „Darmstädter Wort“ von 1947 wurde durch die Theologen Karl Barth und Hans Joachim Iwand deutlich Schuld anerkannt.

Niemöller übt in der Nachkriegszeit den

„aufrechten Gang“ (Bloch) und kritisiert vehement die aufkommende Herrschaft des Mammons und des Wirtschaftsliberalismus. Er engagiert sich politisch (u.a. gegen das Wettrüsten), würde gerne das „C“ aus CDU streichen und fragt sich immer häufiger „Was würde Jesus dazu sagen?“ 1968 tritt er wegen der Anpassung der Kirche an staatliche Muster aus der Synode aus, bleibt aber Gemeindepfarrer. Er fragt sich: Wozu heute noch Kirche? „Wenn ich wüsste wohin, würde ich austreten ...“ Als Niemöller 1951 nach Moskau reist („Wir müssen mit unseren Gegnern sprechen“), wird er deswegen von Konrad Adenauer scharf angegriffen.

Mit zunehmendem Alter wächst Niemöllers Skepsis, ob politische Systeme, inklusive einer parlamentarischen Demokratie, alle Ebenbilder Gottes vor Unrecht und Ausbeutung schützen können. Die Christenheit kann es nur in ökumenischer Zusammenarbeit und gemeinsam mit weltlichen Bewegungen. Helmut Gollwitzer hat es in seinem Buch „Von der Stellvertretung Gottes“ so ausgedrückt: „Die Kirche darf die gesellschaftliche Utopie, die in der christlichen Botschaft enthalten ist, nicht immer wieder verraten, sie muss die Verantwortung für sie übernehmen, im Kontakt mit denen, die außerhalb der christlichen Gemeinde in der gleichen Richtung sich bemühen.“

Der letzte Vortrag blieb der Systemkritik des Politikwissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Perels vorbehalten, der auf der Grundlage des Darmstädter Wortes über „den heutigen Protestantismus und das Erbe der BK im kritischen Umgang mit der Ökonomisierung der Gesellschaft“ referierte.

Er benennt insbesondere die Paragraphen drei und fünf des Darmstädter Wortes und führt aus, die BK habe sich nie zur Verfolgung der Arbeiterbewegung geäußert und Widerstandsorganisationen wie die Rote Kapelle ebenso ignoriert wie den religiösen

Sozialisten und Kulturpolitiker Adolf Grimme, von dem er den Satz zitiert: „Die Kirche kann nicht ein Leben nach der Bergpredigt leben und zugleich den Kapitalismus stützen.“ Dann schlägt er einen Bogen zur heutigen EKD, die den Begriff der Gerechtigkeit weitgehend ausklammert und bedauert die Ökonomisierungstendenzen der Kirche im Sinne eines Wirtschaftsbetriebes mit allgegenwärtiger Quantifizierung von verschiedenen Elementen (Taufquoten, Kirchenbesuch u.a.m.). Die Kirche tue so, als sei der Kapitalismus quasi der Endpunkt der Geschichte und die Unternehmen ein Teil göttlicher Bestimmung und Berufung. Insbesondere kritisiert Perels die Denkschrift zum Thema „Reichtum und Armut“, die er für unbiblich hält. Mit dem Verweis auf den „Prager Frühling“ und dessen „Unabgeholtenheit“ (Bloch) lässt der Referent die Möglichkeit eines „dritten Weges“ offen ...

Nach einem Gottesdienst am Sonntagmorgen, den die ehemalige Pröbstin Elfriede Begrich aus Erfurt abhielt, wurde noch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Kontinuität nationalen Denkens und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Kirche und Gesellschaft“ durchgeführt.

Nach einem kurzen Impulsreferat des Historikers Dr. Detlef Bald aus München diskutierten, moderiert von Michael Karg (Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung), der Philosoph Rüdiger Bender, Dr. Ralf Melzer von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Bodo Ramelow (MDL Thüringen).

Die Diskussion wurde mit einem Satz von Ernst Bloch eröffnet: „Das Geheimnis jeder Erscheinung findet sich in ihrer Geschichte.“ Die Kirche hatte schon vor über 100 Jahren eine modernitätskritische Haltung und war immer eng mit der Obrigkeit verflochten. Mit einer nationalistisch-reaktionären Haltung wurden Kriege von der Kirche legitimiert („Gott mit uns“). Die so

genannte Volkskirche war nie eine Verfechterin des Pluralismus und Parlamentarismus; sie war vielmehr in restaurativer Weise mit der Absicherung alter Rechte beschäftigt. Bei den DC und auch bei der BK herrschte eine bellizistische Traditionspflege, und beide waren im Kampf gegen den Bolschewismus vereint. Die heutige Kirche muss eine Stimme sein für Heterogenität in der Gesellschaft und eine Organisation, die sich zur Freiheit in Verantwortung bekennt. Sie ist in dieser Rolle als eine bekennende Kirche ein ständiges, potentiell widerständiges Element.

Die heutige gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft wird an folgender Statistik festgemacht:

- 9 % der Deutschen haben ein geschlossenes rechtslastiges Weltbild,
- 50 % der Deutschen glauben, dass die BRD gefährlich überfremdet ist,
- 20 % der Deutschen sind latent antisemitisch, wobei der Anteil im Westen größer ist als im Osten.

Eine der Ursachen ist die Abstiegsangst und die damit verbundene Suche nach Sündenböcken im Sinne einer Projektion auf Minderheiten.

*Rainer Doerbaum, Jahrgang 1947. Ehemals Verkaufsleiter einer internationalen Fluggesellschaft. Im Ruhestand. Student an der Universität des 3. Lebensalters in Frankfurt – Schwerpunkt Theologie. Besucht seit mehreren Jahren Seminare von Pfarrer Dr. Wieland Zademach, Mitglied des Redaktionsbeirats CUS.*



**Rainer Doerbaum**

Rede in Herford, 24. März 2012

# Demonstration gegen den Kapitalismus

Von Ulrich Adler

**L**iebe Bürgerinnen und Bürger in Herford! Endlich gehen Menschen auf die Straße, um ihre Rechte einzufordern.

Die Zumutungen des Kapitalismus werden zunehmend nicht mehr ertragen. Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus ist mehr als eine konjunkturelle oder strukturelle Krise. Der Kapitalismus hat seine Anpassungsfähigkeit erschöpft. Er muss endgültig überwunden werden, oder er reißt Natur und Mensch mit in seinen Untergang, stellte der bekannte Befreiungstheologe und Sozialist Leonardo Boff fest (CuS 4/2011). Die Grenzen der Erde wurden missachtet, der Planet geplündert. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Karl Marx prophezeit, dass das Kapital dahin tendiere, die Springquellen seines Reichtums und seiner Reproduktion zu zerstören, nämlich die Natur und die Arbeit. Deutlicher als durch die geführten Kriege um Ressourcen, Hunger und Elend von Milliarden Menschen, Massenarbeitslosigkeit, die Klimakatastrophe und die Folgen der Atompolitik kann die These von Marx nicht belegt werden. Der Kapitalismus verwirft die Arbeit bzw. macht sie prekär. Millionen Menschen werden keinen Zugang zur Arbeitswelt haben, nicht einmal mehr als Reservearmee. Arbeit, abhängig vom Kapital, wird von diesem für überflüssig erklärt. In Spanien sind bereits 20% der Gesamt-Bevölkerung arbeitslos, bereits 40% der Jugendlichen. Das führt zu einer tiefen gesellschaftlichen Krise, wie sie z. B. gegenwärtig Griechenland verwüstet. Die gesamte Gesellschaft wird einer Art von Wirtschaft geopfert, die nicht dazu dient, die Bedürf-

nisse der Menschen zu befriedigen, sondern die Schulden im Banken- und Finanzsystem zu tilgen. Wir haben es zu tun mit einer Finanzdiktatur, die über den Markt die Staaten ihren Interessen unterwirft. Unsere Gesellschaft wird dominiert von der Gewinnsucht des Spekulationskapitals, das von einer Börse zur anderen zirkuliert und riesige Gewinne verbucht, ohne überhaupt irgendetwas zu produzieren, außer mehr Geld für die Aktienbesitzer.



## Reflexionen über King Kong

In einem „Appell für die Rettung der Völker Europas“ riefen der Widerstandskämpfer gegen die deutsche Besatzung Manolis Glezos und der Komponist und linke Politiker Mikis Theodorakis zum Kampf gegen das „Imperium des Geldes“ auf.

Die Troika von Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond, warnen die Beiden, benutze Griechenland als Versuchskaninchen, um „die Reaktion der Bevölkerung auf Sozialdarwinismus zu testen“. Die demokratischen Rechte der griechischen Bevölkerung werden mit Füßen getreten. Griechische Regierungschefs gibt es nur noch von Gnaden der Troi-

ka. Ein Sperrkonto nimmt dem griechischen Parlament die Haushaltsouveränität, um der Ableistung des Schuldendienstes die höchste Priorität zu garantieren.

Alle Parteien sollen sich verpflichten, die beschlossenen Sparpakete durchzuziehen – unabhängig vom Ausgang der Parlamentswahlen. Also soll es keinerlei Wahl mehr geben bei den Wahlen – das politische System treibt in die Richtung einer neokolonialen Diktatur. Die beiden alten Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Kapitalismus machten in ihrem Appell deutlich, dass in Griechenland eine geplante Zerstörung der großen, global bedeutenden politischen und sozialen Errungenschaften der europäischen Völker eingeleitet werden soll. An dieser Stelle sei an die der Geburt der Demokratie in der Polis Athen erinnert. Aktuell und aufschlussreich für uns heute ist, was die Gründer unter dem Namen Demokratie verstanden:

Der griechische Historiker Thukydides zitierte vor 2500 Jahren den Athener Politiker Perikles: „Wir leben nämlich unter einer Verfassung, die keine Nachbildung auswärtiger Gesetze ist, vielmehr sind wir selbst manchen ein Vorbild, als dass wir andere nachahmen sollten. Unsere Verfassung trägt den Namen ‚Volksregierung‘ (Demokratie), weil sie nicht zum Vorteil von wenigen, sondern der Mehrzahl eingerichtet ist.“

Wird heute zum Vorteil der Mehrzahl regiert? In Griechenland oder bei uns? Davon kann keine Rede sein.

Bei uns in Deutschland klafft die Schere zwischen Verarmung der öffentlichen Hand und dem angehäuft privaten Reichtum weit auseinander.

Dies sei mit zwei Zahlen belegt:

- In Deutschland sind die öffentlichen Haushalte mit 2 Billionen Euro verschuldet.
- Gleichzeitig hat die oberste Schicht, 1 Prozent der Bevölkerung, in unserem Land

weit über 7 Billionen Euro auf die hohe Kante gelegt.



Notwendig sind endlich höhere Steuern für Großunternehmen, Vermögende und Besserverdienende bei Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen, um dem Staat größere Spielräume für Umverteilung und hochwertige soziale Dienste zu ermöglichen und auf diesem Wege auch die Kommunen zu stärken. Ein Herauskommen aus der Schuldenfalle der öffentlichen Haushalte ist nur mit einer radikalen Abschöpfung der Geldvermögen der Millionäre und Milliardäre möglich. Die zentralen Forderungen der Linken lauten in Kurzform u. a.:

- Vermögenssteuer als Millionärssteuer
- Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Rücknahme von Steuersenkungen für Unternehmen
- Finanztransaktionssteuer
- Wirksame Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steuermissbrauch

Damit den Städten und Gemeinden endlich ein höheres Steueraufkommen zugestanden wird, muss erheblich Druck gemacht werden. Vor eineinhalb Jahren hat der Rat der Stadt Löhne alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises Herford dazu aufgerufen, vor dem Kreishaushalt gegen Kürzungs- und so genannte „Sparpakete“ „für Gerechtigkeit und soziale Politik“ zu demonstrieren. Dies wurde, wie folgt, begründet: In den Städten, so auch in

Löhne, wächst die Armut. Insbesondere bei den sozial Schwächsten soll gespart werden: Bei den Kindern und den behinderten Menschen. Diesem unverschämten Ansinnen muss ein deutliches Zeichen entgegengesetzt werden. Wir wollen vor Ort deutlich machen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander gehen darf, sondern geschlossen werden muss.

Der skandalöse Sozialabbau in unserer Region und in unserem Land, der von der Bundesregierung erbarmungslos weiter betrieben wird, darf nicht mehr hingenommen werden. Es ist nicht hinnehmbar: Die Bundesregierung will bei den Kindern sparen, anstatt angemessen in ihre Zukunft zu investieren. Insbesondere die 1,7 Millionen Kinder, die von Hartz IV leben, sind betroffen. Trotz des Bundesverfassungsgerichts-Urteils zu den Hartz IV – Sätzen soll in der Familienförderung keine neue Priorität gesetzt werden.

Weil die Kommunen durch Steuersenkungen für Reiche, Unternehmen und Banken überschuldet sind, müssen behinderte Menschen in Zukunft Einschränkungen bei ihrer Versorgung befürchten. Dem Landschaftsverband Westfalen/Lippe fehlen in seinem Haushalt im vergangenen Jahr 300 Millionen Euro.

Die Leistungen der Städte und Gemeinden dürfen nicht zurückgefahren, sondern müssen angemessen erweitert werden. Das Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung ist grausam und ungerecht. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft und die „Kleinen Leute“ sollen über den Tisch gezogen werden, während die Vermögenden und Banken geschont werden. Wir rufen auf zum Widerstand gegen ungerechte Sparpläne der Bundesregierung. Für Sicherstellung und Ausbau der Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Schwächsten: der Kinder und der behinderten Menschen. Für

eine Gemeindefinanzreform, die den Städten und Gemeinden ermöglicht, ihre Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Die Mehrheit des Rates unterstützte zwar den Demonstrationsaufruf. Jedoch vor dem Kreishaus war weder ein Ratsmitglied der SPD noch der Grünen zu sehen. Einige entschuldigten sich mit Termingründen. Ausschlaggebend war wohl der Mangel an Selbstvertrauen in die eigene Durchsetzungsfähigkeit und an Kampfbereitschaft.

Wir sind aufgefordert, Wege zu finden, die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Soziale Gerechtigkeit, der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und nachhaltige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder müssen durchgesetzt werden.

Wir fordern eine vorsorgende Politik, die unseren Städten gute Perspektiven ermöglichen. Tabuloses Kürzen mit einer Schuldenbremse wird mit uns nicht zu machen sein. Unsere Schuldenbremse ist eine ausreichende Besteuerung der Millionäre. Das Kaputtsparen von Haushalten fördert nur die bereits vorhandene soziale Ungerechtigkeit und vergrößert die Schere zwischen Arm und Reich. Es gilt vielmehr, die Lern-, Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Kinder und unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Unsere Städte und Gemeinden müssen in ihrer Handlungsfähigkeit entscheidend gestärkt werden. Dann kann es für unsere Städte und Gemeinden gute Entwicklungsperspektiven geben.

Heute Morgen las ich in der Frankfurter Rundschau: „Das Dorf der Kommunisten. Ganz Spanien leidet unter der Krise. Doch die Gemeinde Marinaleda in Andalusien ist eine große Ausnahme. Die Häuser strahlen weiß unter einem wolkenlosen Himmel, der Geruch von Olivenöl weht durch die Luft ... Auf den ersten Blick ist Marinaleda ein andalusisches Dorf wie jedes andere. Doch

die Gemeinde ist 33 Jahre kommunistisch regiert ... ‚Wir streben nicht nur eine bessere Welt an, sondern wir versuchen auch, sie in Gang zu bringen‘, sagt Bürgermeister Juan Manuel Sanchez Gordillo ... Er ist in seiner Region ein beliebter Antikapitalist ... Falls es ein Herzstück seiner Politik gibt, dann ist es die Asamblea, die regelmäßige Versammlung, zu der alle Dorfbewohner per Megafon eingeladen werden. Was dort beschlossen wird, das setzt der ‚Gemeinderat‘ um ... Die Bewohner Marinaledas nahmen in den 80er Jahren den Kampf um das Land auf. Sie besetzten das 1200-Hektar-Gut des Herzogs von El Infantado. Der Kampf war erfolgreich. 1991 kaufte die andalusische Regionalregierung das Gut und stellte es der Gemeinde zur Verfügung. Seither wird es genossenschaftlich bewirtschaftet. Die Menschen in Marinaleda sind Tagelöhner geblieben. Sie bekommen 47 Euro für sechs Arbeitsstunden. Doch der Gewinn ihrer Arbeit fließt nicht mehr dem Herzog zu, der im fernen Madrid lebt, sondern wird von der Genossenschaft reinvestiert!

Sie baut Artischocken, Bohnen, Paprika und Oliven an und betreibt eine eigene Konservenfabrik ... Die Agrargenossenschaft sorgt dafür, dass die allermeisten einen Job haben, während sich die Gemeinde um weitere ‚Grundbedürfnisse‘ kümmert. Sie bietet nicht nur billige Kinderbetreuung und Sportmöglichkeiten, sondern hat auch ein öffentliches Bauprogramm aufgelegt, das in Spanien ohnegleichen ist. In den vergangenen Jahren sind gegenüber dem Rathaus 350 einfache, aber ansehnliche Wohnungen entstanden. Die Gemeinde hat Grundstücke und Materialien gestellt, die späteren Bewohner haben die Häuser selbst gebaut. Niemand ächtet, wie sonst in Spanien, unter Hypotheken. 15 Euro im Monat müssen die Familien aufbringen, um die Baumaterialien abzuzahlen.

Nur eines können sie nicht: sich als Hausbesitzer fühlen. Der Verkauf der Wohnungen ist ausgeschlossen.“

Es ist möglich, unsere Utopien umzusetzen. Der Kapitalismus ist ganz und gar nicht alternativlos. Es geht auch anders.

Im Kapitalismus sind die Kommunen die unterste Ebene. Das muss sich ändern. In einer Demokratie, die den Namen verdient, sollen die Kommunen die entscheidende Ebene sein. Geben wir den Städten und Gemeinden ausreichenden finanziellen Handlungsspielraum! Aus den Kommunen heraus, lasst uns einen neuen Anlauf zum Sozialismus wagen. Lasst uns ein Gemeinwesen auf den Weg bringen, das kommunal und dezentral konzipiert ist! Dieses Gemeinwesen soll wie ursprünglich in Griechenland gewollt, „zum Vorteil der Mehrzahl“ der Menschen verfasst sein.

Darum lasst uns fordern: Alle Macht den Räten! Danke für die gewährte Aufmerksamkeit!

*Ulrich Adler, 58 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder, gelernter Betonbauer, studierter Ingenieur (Architektur/Stadtplanung), CNC-Fräser in der Holzindustrie, langjähriger Betriebsratsvorsitzender in einem mittelständigen Be-*



**Ulrich Adler**

*trieb (bis zur Stilllegung), seit 7 Jahren beim Wittekindshof in der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM), dort Ausbildung als Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung, seit 1989 im Rat der Stadt Löhne, 20 Jahre Fraktionsvorsitzender für die Bunte Liste Löhne, seit 3 Jahren für Die Linke im Rat der Stadt.*

## REZENSIONEN

### Katholisch in Zeiten der Globalisierung

*Franz Segbers. Katholisch in Zeiten der Globalisierung. Erinnerung an den Märtyrerbischof Alberto Ramento, den Bischof der Arbeiter und Bauern, Edition Exodus, Luzern 2010*

Von Doris Gerlach

**A**lberto Ramento wurde am 9.8.1936 in Guimba, Nueva Ecija, geboren. Er studierte Philosophie und Theologie und wurde noch während seines Wirkens als Gemeindepfarrer 1968 zum Bischof gewählt. Von 1993–1999 war er „Obispo Maximo“, der oberste Bischof der Iglesia Filipina Independiente (IFI), der Philippinischen Unabhängigen Kirche, zu der sieben Millionen Mitglieder gehören und die in Kirchengemeinschaft mit den alt-katholischen Kirchen der Utrechter Union steht. In dieser Funktion unterstützte er den Zugang von Frauen zum priesterlichen Dienst und war Vermittler in Friedensgesprächen zwischen der philippinischen Regierung unter Gloria Macapagal-Arroyo und der revolutionären National Democratic Front of the Philippines. Er war der Gründer des Workers Assistance Centers in Cavite.

Am 3. Oktober 2006 wurde Bischof Ramento im Pfarrhaus

von San Sebastian ermordet aufgefunden. 900 Menschenrechts-Aktivist\*innen war es seit 2002 ebenso ergangen. A. Ramento wurde immer wieder als Bischof der Arbeiter und Bauern geehrt, weil er immer die armen Gruppen der Bevölkerung auf den Philippinen unterstützte und die schlimmen Verletzungen der Menschenrechte dort kritisierte. Z.B. richtete er im Jahr 2000 in der Kirche von San Sebastian ein Ernährungsprogramm der Straßenkinder in Tarlac City ein. Kinder bekamen täglich ihr Essen und konnten in der Kirche schlafen. Ausgewählte Predigttexte von ihm sprechen uns im zweiten Teil des Buchs von Franz Segbers an.

In seiner Traueransprache für den ermordeten William Tadena, einen seiner Priester und Fürsprecher der Armen, sagte der Bischof: „Wer seinen Nachbarn und seiner Nachbarin, besonders den Armen, nicht dient, wer den Entrechteten, den Bedürftigen, den Unterdrückten, den Durstigen und den politischen Gefangenen Hilfe verweigert, ist kein wahrer Christ. Eine Kirche, die Gott anbetet, ihrem Land und ihrem Volk aber nicht dient, vollzieht eine falsche Anbetung; denn das Leben eines Menschen, seine Worte



und Taten sind seine wahre Anbetung.“

Der erste Teil des Buchs widmet sich der Geschichte der Philippinen, einer Geschichte der Ausbeutung des Landes: Spanische Kolonialzeit seit 1565, Invasion der Engländer 1762–1764. Nach der Unabhängigkeitserklärung 1898 folgte nach dreijährigem Krieg mit einer Million Toten die amerikanische Kolonialzeit. 1942–1945 waren die Philippinen durch die Japaner besetzt, 1 Million Menschen starben. Die Unabhängigkeit seit 1946 brachte keinen Frieden, sondern wirtschaftliche und militärische Sonderrechte der USA, Kämpfe der Regierung mit kommunistischen und islamischen Separatisten, die Marcos -Diktatur. Putsch-Versuche, Fälschungen bei Wahlen schwächten die Demokratie.

1902 gründeten sich die erste philippinische Gewerkschaft und die unabhängige philippinische Kirche. Organisator der IFI war Gregorio Aglopay, der sich leidenschaftlich politisch und militärisch für die Unabhängigkeit der Philippinen von den USA eingesetzt hatte. Die IFI wurde zur einzigen katholischen Befreiungskirche, entstanden aus dem Kampf um Würde, Freiheit und Anerkennung. Seit 1985 ist sie Mitglied des Ökumenischen Rats der Kirchen. Franz Segbers stellt die Geschichte ihres Wirkens dar,

einschließlich der Auseinandersetzung mit den Folgen der ökonomischen Globalisierung. Der Globalisierung, der weltweiten Ausdehnung des Kapitalismus, stellt Franz Segbers die Katholizität entgegen, die „Einheit des Volkes Gottes in der Fülle des Glaubens, die Teilnahme an der Mission Gottes für die Menschen“. Im Dokument „Doctrine and Constitutional Rules“ von 1903 heißt es: „Unsere Kirche ist katholisch oder universal, denn sie betrachtet alle Menschen als Kinder Gottes, und sie trägt die Bezeichnung ‚unabhängig philippinisch‘. Sie ist ein Zusammenschluss freier Menschen, die in der genannten Universalität keinem Menschen gegenüber unterwürfig sind.“

Drei Kirchen, die sich katholisch nennen, aber nicht römisch-katholisch sind, die Episcopal Church der USA, die alt-katholischen Kirchen der Utrechter Union und die Iglesia Filipina Independiente, haben in einem dreijährigen Konsultationsprozess Katholizität im Zeitalter der Globalisierung neu definiert:

„Katholizität umfasst Arme und Marginalisierte ebenso wie ethnisch und kulturell Ausgegrenzte und stiftet dadurch erst eine wahrhaft universale Kirche, in der Platz für alle ist. Katholizität heißt ‚universale Solidarität‘.“

Danke für dieses Buch!

Franz Segbers | Peter

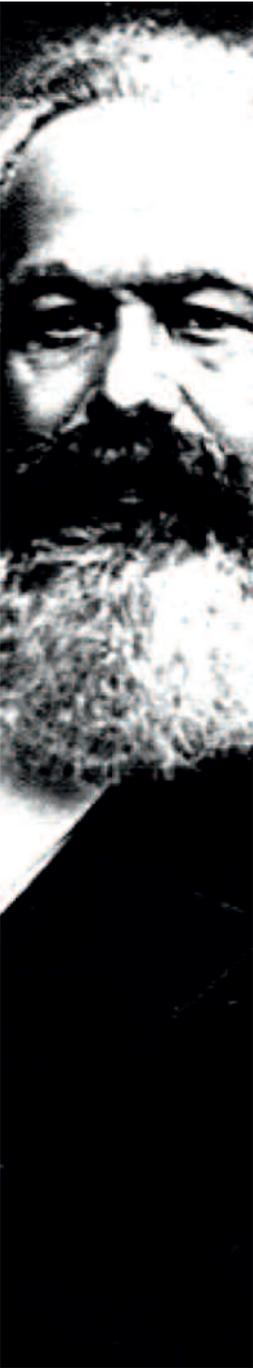


## Katholisch in Zeiten der Globalisierung

Erinnerung an den  
Martyrerbischof Albin  
den Bischof der Arbeiter  
und Bauern

EDITION  
**EXODUS**

## „Ich sterbe ruhig und mutig.“



Dieter Gräbner: „Ich sterbe ruhig und mutig.“ Josef Wagner, Bergmann, Kommunist, Widerstandskämpfer. Dokumentation Luitwin Bies +, Libri Vitae XVI, 186 S., Conte-Verlag 2010, 14,90 €

Von Frank-Matthias Hofmann

**J**osef Wagner kommt 1897 in Lockweiler/Saar auf die Welt. Zehn von dreizehn Geschwistern sterben früh. Seine Mutter verliert er im Alter von elf Jahren. Er wird Bergmann. Den Ersten Weltkrieg überlebt Wagner: Nun muss sich etwas verändern, er tritt 1919 der Gewerkschaft und 1925 der KPD bei. Er übernimmt Parteifunktionen. Die Untergrundarbeit gegen das Hitlerregime organisiert er aus der Illegalität und dem Exil in Frankreich heraus. Nach dem Überfall der Deutschen auf Frankreich wird Wagner vom Volksgerichtshof in Berlin verurteilt und 1943 durch das Fallbeil hingerichtet.

Viel zu wenig war diese Geschichte bisher auch im Saarland bekannt. Der Autor Dieter Gräbner machte sich die Spurensuche nach dem Widerstandskämpfer und recherchierte im Saarland, in Lothringen, in Berlin und an anderen Orten mehr. Mit Ge-

nehmigung konnte er den Nachlass des Heimatforschers Luitwin Bies mitbenutzen, dessen Erbe er antrat. In dem Buch beeindruckte mich vor allem neben dem Kennenlernen eines einfachen Bergmanns, der die Sprache der Menschen vor Ort verstand, gegen das NS-Regime aufbegehrt und sich wehrte, ein Gespräch des Autors mit Wagners Tochter in Gaillac bei Toulouse. Interessant ist das Buch für Interessierte vor allem auch deshalb, weil es nicht nur vom Leben des mutigen Josef Wagner berichtet, sondern auch Geschichte und Hintergrund des Widerstandes in der Saar-Region deutlich werden.

Die Vorworte von Peter Müller, Oskar Lafontaine und Reinhard Klimmt zeigen, dass sich das Interesse an Wagner parteiübergreifend manifestiert hat und auch von der offiziellen Politik dieses Buch als wichtig angesehen wird. Ein elementares Stück saarländischer Geschichte ist der Vergessenheit entrissen. Es lohnt sich, dieses flüssig formulierte Buch zu lesen, auch für Rheinland-Pfälzer; überhaupt für alle, die die Geschichte des Widerstandes gegen Unmenschlichkeit würdigen wollen.

## Kirchenrecht im Sozialismus

Martin Richter: *Kirchenrecht im Sozialismus. Die Ordnung der evangelischen Landeskirchen in der DDR 2011. XIX, 259 Seiten. JusEccl 95. ISBN 978-3-16-150645-1, Leinen, € 64.00*

Von Ulrich Peter

Dr. Richter ist im Konsistorium der Evangelischen Landeskirche von Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz u.a. Leiter der Abteilung Kirchenrecht und Staatskirchenrecht. 1999 hat er mit einer Arbeit über „die Untersuchungsmaxime im älteren Verwaltungsprozess“ promoviert. Von dort aus zum Kirchenrecht in der DDR ist es ein großer Schritt. Auch gerade deswegen ist es interessant, diese Arbeit zu studieren und zu prüfen, inwieweit sie neue Erkenntnisse bringt. Das Ergebnis vorab: Der Leser gewinnt neue Erkenntnisse! Das Buch ist gut strukturiert und auch für Nicht-Juristen gut verständlich. Richter ist sich dieser Vermittlungsproblematik bewusst. „Vieles ist nur kirchlichen Insidern und Kirchenhistorikern verständlich.“ (S. 15/16)

Die Quellen werden sorgsam aufgeführt, die benutzte Literatur nachgewiesen und auch zu Beginn ausgeführt, dass in diesem Buch (auch) bereits publizierte Studien des Verfassers

eingearbeitet und aufgenommen wurden.

Besonders lesefreundlich sind die „Zwischenergebnisse“ nach den Kapiteln, die die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassen.

Im begrenzten Rahmen dieser Rezension ist es unmöglich, auf die Breite der Darstellung einzugehen. Einige positiv aufgefallene Bereiche, die für kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig sein können, sollen prägnant benannt werden. Die Arbeit beginnt mit einer ausgezeichneten kurzen Überblicksdarstellung über das evangelische Kirchenrecht nach 1945, gefolgt von den „Rahmenbedingungen des Kirchenrechtes in der DDR“. In diesem Kontext beschreibt Richter auch das spannungsreiche Verhältnis von „Kirchenrecht“ und „sozialistischem Recht“ einer nominalsozialistischen Staatsmacht.

Auch die Exkurse zum kirchlichen Verfassungsrecht sind sehr informativ. Spannend für mich war das kleine Unterkapitel über die „Kirchenjuristen als Mitgestalter und Anwender des Kirchenrechtes“.

Es ist in den evangelischen Landeskirchen eine empirisch feststellbare Erkenntnis, dass – abgesehen von wenigen historischen Ausnahmephasen – die Kirchenjuristen den Gang und

MARTIN RICHTER  
Kirchenrecht  
Sozialismus

*Jus Ecclesiasticum*

**Mohr Siebeck**



die Geschicke der Ev. Kirchen wesentlich stärker bestimmt haben, als die dafür „offiziell“ zuständigen Theologen. In der DDR bildeten einige Ev. Kirchen zeitweise ihre Kirchenjuristen selbst aus und übernahmen erst später Absolventen aus der staatlichen Juristenausbildung. Angesichts der Bedeutung von Kirchenjuristen erstaunt es nicht, dass gerade diese kleine Berufsgruppe für die Staatssicherheit so interessant war. Nicht zuletzt die langjährigen Vorwürfe gegen Ministerpräsident Stolpe sind noch heute in unserer Erinnerung.

Interessant für unsere heutige Diskussion ist der von Richter über die Gestalt von Kirche in Zeiten der Ökonomisierung festgestellte Übergang für die DDR-Kirchen von Beschäftigungsverhältnissen von der Gemeinde zum Kirchenkreis. „Der Bedeutungsverlust, der parochial strukturierten Kirchengemeinde durch die Verstärkung anstaltlicher Elemente im Kirchenkreis, ist unübersehbar: Eine Kirchengemeinde, die hinsichtlich ihrer beruflichen Dienste weithin Gestaltungsmöglichkeiten verloren hat, verändert ihren Charakter und wird im Extremfall vom kirchlichen ‚Vollversorger‘ zu einer Zuordnungseinheit für die Mitglieder.“ (S. 83)

Das umfangreiche Kapitel „Kirchliches Dienst- und Arbeitsrecht“ beschäftigt sich durch-

gehend mit dem „Pfarrdienstrecht“ in der DDR und auch begleitend mit den Entwicklungen in den West-Kirchen. Die geringe Bedeutung der Nicht-Pfarrer schlägt sich so wieder: „Aussagen ... zum Recht der Angestellten und Arbeiter finden sich im kirchlichen Schrifttum der DDR nur vereinzelt wieder, obwohl insbesondere das Recht der Arbeiter und Angestellten von erheblicher Bedeutung für die Kirchen war.“ (S. 111)

Diese Berufsgruppen kommen dann im Kapitel „Mitarbeitervertretungsrecht“ (S. 188–211) zu ihrem Recht. Richter belegt am Beispiel der Einführung der Mitarbeitervertretungen, dass diese wenig mit einer Dienstgemeinschaftstheologie aber umso mehr mit der Reaktion auf das Staatsmonopol in der SBZ/DDR zu tun hatte. „Vor 1948 gab es keine eigenen Mitarbeitervertretungsregelungen der Kirchen. Das Betriebsrätegesetz ... vom 4. Februar 1920 galt für alle Betriebe ...“ (S. 189) Somit entstanden auch in meist großen diakonischen Betrieben Betriebsräte. Ab 1947 schaffte die Monopolpartei SED in den SBZ/DDR-Betrieben allmählich die überparteilichen Betriebsräte ab und ersetzte sie durch Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) des von ihr kontrollierten FDGB. Dies alarmierte die Kirchen, die ein hineinregieren des DDR-Staates

in originär kirchliche Belange befürchteten.

In der Bundesrepublik legte die Bundesregierung 1950 einen ersten Entwurf zum „Betriebsverfassungsgesetz“ vor. „Die Kirchen und Religionsgemeinschaften waren in diesem Entwurf noch nicht aus dessen Geltungsbereich ausgenommen.“ (S. 195) Erst die massive Intervention der damals noch nicht getrennten Ev. Kirchen in Deutschland bei der Bundesregierung und der explizite Hinweis darauf, dass dann auch der DDR-Staat durch seine Arbeitsgesetzgebung direkt kirchliche Belange regeln könne, führten zu der Herausnahme der Kirchen aus dem Betriebsverfassungsgesetz und hin zu den uns heute bekannten „kirchengemäßen“ Regelungen. Festzuhalten bleibt also, „dass die im Verhältnis zu Betriebs- und Personalräten äußerst bescheidenen Rechte der Mitarbeitervertretungen nicht theologischen Überlegungen über biblische Befunde entstammen, sondern dass diese ihren Ausgangspunkt in der SBZ/DDR genommen haben.“ (S. 211)

Selbst 22 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR und der Wiedervereinigung von Nation und Kirchen leben wir mit einem kirchlichen Arbeitsrecht weiter, das zur Verteidigung des kirchlichen Raumes gegen einen Monopol-Staat gedacht war und hier gute Dienste geleistet hat. Warum wurde diese

historische Ausnahmephase dann weitergeführt, als die Ursache dieser Ausnahme zusammengebrochen und abgetreten war?

Kinder fragen oftmals so: Was wäre passiert, wenn ...? Mit einer solchen Frage schließt Richter seinem Kapitel „Mitarbeitervertretungsrecht“.

„Wie hätte das staatliche und kirchliche Mitarbeitervertretungsrecht in der Bundesrepublik sich entwickelt, wenn die SBZ/DDR erst viel später Betriebsgewerkschaftsleitungen installiert hätte? Als im Westen der erste Entwurf eines Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt wurde, hätte es in diesem Fall mit einiger Wahrscheinlichkeit weder eine kircheneigene Regelung dieses Rechtsgebietes gegeben, noch das dringende Bedürfnis, das staatliche Recht an dieser Stelle für den kirchlichen Bereich nicht wirksam werden zu lassen. Die Entwicklung in der DDR hatte hier auf die Entwicklung des kirchlichen Arbeitsrechts in der Bundesrepublik maßgeblichen Einfluss. Da das kirchliche Arbeitsrecht als wichtiger Anwendungsfall des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts für die Bestimmung seiner Reichweite insgesamt von erheblicher Bedeutung ist, hatte die Entwicklung des Kirchenrechts in der DDR erhebliche Rückwirkungen auch auf das Staatskirchenrecht in der Bundesrepublik.“ (S. 211)



**Stephan Krawczyk**

## **CD-Tipp: erdverbunden, luftvermählt**

**F**reiheit, Sprache und Musik: Diese drei Leidenschaften teilen der Reformator Martin Luther und der Liedermacher Stephan Krawczyk. Als ehemaliger DDR-Bürgerrechtler machte Krawczyk schmerzvolle Erfahrungen mit der (Un-)Freiheit. Im eigensinnigen Luther, der die Welt veränderte, findet er einen Weggefährten. Aus der Beschäftigung mit dem Reformator sind einige neue Lieder entstanden: Lieder, die Krawczyk von einer neuen, sanfteren Seite zeigen. Mit virtuossem Gitarrenspiel gibt er der Sanftmut und der Liebe eine Stimme. Daneben hat er einige seiner älteren Lieder neu arrangiert und aufgenommen. So entstand eine CD, die Vergangenheit und Gegenwart, Glaube und Tun, Gewissheit und Zweifel, Veränderung und Bewahrung miteinander verbindet.

Stephan Krawczyk, 1955

im thüringischen Weida geboren, lebt als Liedermacher und Schriftsteller in Berlin. Seine regimekritischen Texte machten ihn zu einem der bekanntesten Bürgerrechtler der DDR. Nach seinem Berufsverbot 1985 konnte er nur noch in Kirchen auftreten. 1988 wurde er verhaftet und in den Westen abgeschoben. Forderten seine Texte unter so sprechenden Titeln wie „Wieder stehen“ zu DDR-Zeiten Meinungsfreiheit ein und prangerten die Zustände im Staat an, wendet er sich nun gegen gedankenlose Umweltzerstörung und globalisierte „Weltbürgerwänste“. 2005 erhielt er für sein Wirken den vom Bund der Lutherstädte verliehenen Preis „Das unerschrockene Wort“. 2012 wird Krawczyk mit einem Luther-Programm in mehreren Städten gastieren. Anfragen und Termine unter: [www.stephan-krawczyk.de](http://www.stephan-krawczyk.de).



## BUNDESNACHRICHTEN

# Die Jahrestagung des BRSD im Wichernhaus, Herford, 30.6.2012

Von Reinhard Gaede

In diesem Jahr waren wir Gast bei der Ev.-Lutherischen Gemeinde Herford-Mitte im Wichernhaus, das als regionales Gemeindezentrum und Einrichtung der Altenpflege dient. Großzügig hatte sie uns alle benötigten Räume zur Verfügung gestellt, wofür wir herzlich danken.

Nach meiner Andacht zu Jak. 1,12 gedachten wir mit Worten des Apostel Paulus aus seinem Brief an die Römer 14,7-9 unseres verstorbenen Bundesfreundes Josef (Jupp) Bories. Wenige Tage vor seinem Tod hatte er noch bei mir angerufen, um sich nach dem Wohlergehen unseres Bundes zu erkundigen. Regelmäßig hatte er unsere Jahresversammlungen und Treffen bei Kirchentagen besucht. Seine Treue und seine Solidarität bleiben unvergessen. Dietlinde Haug, bisher Mitglied des Redaktionsbeirats, wurde als neues Mitglied im BRSD begrüßt. Ebenso unsere Gäste Mohamed Saadani und Johan van Workum. Johan überbrachte die Grüße der International League of Religious Socialists, deren Schatzmeister er ist.

Der eine wichtige Punkt der

Tagesordnung: Die Wahlen. Norbert Voß, unser Bundessekretär, kandidierte nicht mehr. Wir dankten ihm für seine Mühe und seine vielen Initiativen, unsern Bund in punkto Gemeinnützigkeit rechtlich abzusichern. Zum neuen Vorstand gehören sieben Personen: Michael Distelrath, Köln, Dr. Reinhard Gaede, Herford, Dieter Hönerhoff, Herford, Anneke und Florian Ihlenfeldt, Bremen, Thorsten de Jong, Aachen, Alois Schwarz, Nördlingen. Die Aufgaben des Bundessekretärs werden zunächst kommissarisch vom Vorstand wahrgenommen, bis wir einen Kandidaten wieder gefunden haben. Dieter Hönerhoff hat sich bereit erklärt, wieder als Bundeskassenführer zu wirken, Reinhard Gaede, wieder die Öffentlichkeitsarbeit inklusive der Schriftleitung für CuS wahrzunehmen. Florian Ihlenfeldt ist bereit, uns bei der Initiative Kirche von unten zu vertreten. In der nächsten Vorstandssitzung kann die Abstimmung entsprechend folgen. Die neuen Revisoren sind Dietlinde Haug und Norbert Voß.

Finanzen: Nicht angenehm, aber nötig ist der Beschluss über neue Mitglieder- und





Abonnenenbeiträge zum 1. Januar 2013: „Die Beiträge werden neu geordnet und der Preisentwicklung angepasst. Der Beitrag für Mitglieder soll 46 Euro plus 15 Euro für CuS betragen. Mitglieder mit geringem Einkommen zahlen auf jährlich zu erneuernden Antrag einen ermäßigten Beitrag von 25 Euro zuzüglich 15 Euro für CuS. Der Beitrag für CuS wird für Mitglieder separat ausgewiesen und CuS zugerechnet. Die Beiträge für AbonentInnen werden auf 30 Euro angehoben. Der Preis für den Buchhandel wird auf 20 Euro angehoben.“ Die Mitgliederversammlung (MV) folgte hier einem Antrag des Vorstands. Diese Begründung hatte er gegeben: „Die letzte Anhebung der Mitglieder und Abonnenenbeiträge erfolgte im Jahr 2002. Seitdem ist der allgemeine Kostenindex in der BRD um 18,1 % gestiegen. Die Kosten im Zeitungs- und Zeitschriftenbereich stiegen um 33 %, die Druck und Papierkosten sogar noch mehr. Außerdem müssen wir, laut Steuerberater, die bisher vom Verein getragenen Kosten der CuS komplett zurechnen. Um das Erscheinen von CuS und die Weiterentwicklung des BRSD e.V. weiterhin sicherstellen zu können, ist das Anheben auf obige Beitragssätze dringend erforderlich.“ In meinem „Bericht des Bundessprechers“ hatte ich zu bedenken

gegeben: Gerne lassen sich eine ganze Reihe von Menschen die Zeitschrift lieber schenken, als sie zu kaufen. Wenn ein Einzelheft 9 € statt wie bisher 6 € und ein Doppelheft 12 € statt 8 € kosten wird, wird dieser Preissprung ein Problem, das mir Sorge bereitet. So sind zwei Seelen in meiner Brust. Für den Bund wünsche ich mir eine Verbesserung der finanziellen Situation durch höhere Einnahmen. Aber CuS sorgt für Verbindung zwischen weit entfernt lebenden Mitgliedern und Lesenden, ist somit für den Bund sehr wichtig, und die Verbindung sollte nicht übermäßig belastet oder gar geschwächt werden. Bisher haben 27 Spender und Spenderinnen eine Summe von 2.500 Euro gespendet und so das Erscheinen von zwei Ausgaben ermöglicht. Dafür sei ihnen an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt. Doch wir müssen in Zukunft entstehende Kosten decken und deshalb den entsprechenden Beitrag erheben. Das lässt sich nicht ändern. Wir hoffen auf das Verständnis unserer Mitglieder und Leser und Leserinnen von CuS.

Die KassenprüferInnen empfahlen die Anschaffung eines neuen Programms zur Mitgliederverwaltung und Kassenführung. Sie empfahlen außerdem, die Revision künftig jeweils zu Jahresbeginn durch-

zuführen. Sie bestätigen die ordnungsgemäße Kassenführung durch Dieter Hönerhoff. Er wurde daraufhin von der MV entlastet.

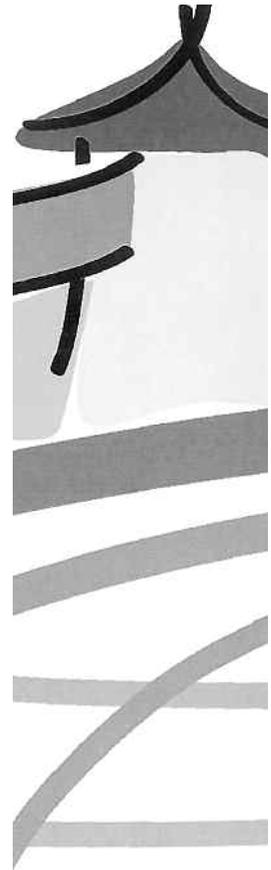
Aus Thorsten de Jongs Protokoll: „Johan van Workum von ILRS stellt zunächst die Zeitschrift ‚Tijd en Taak‘ unseres niederländischen Schwesterbunds zingeving.net vor. Sie erscheint etwa drei bis viermal im Jahr, alle Artikel sind auch online verfügbar.

Thorsten berichtet über die Tagung und MV der ILRS in Stockholm, an der er zusammen mit Alois Schwarz teilgenommen hatte.

Johan wies auf grundlegende Unterschiede zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Mitgliedern der ILRS hin. Während erstere auf die religiöse ArbeiterInnenbewegung zurückgehen und in Selbstverständnis und Wirkung vor allem auf Kirchen ausgerichtet sind, entstanden letztere als religiöse Arbeitskreise sozialdemokratischer Parteien und sind daher eher politisch orientiert. Johan regt an, nach dem erfolgreichen schwedischen und niederländischen Vorbild PolitikerInnen und VertreterInnen von Glaubensgemeinschaften zum Dialog miteinander und mit dem BRSD einzuladen; Veranstaltungen dieser Art seien auch für die Presse interessant.

Anneke und Florian Ihlenfeldt berichten über die Dele-

giertenkonferenz der Initiative Kirche von unten (IKvu). Wichtigstes Thema hier war das Erreichen der Mitglieder und das Ausrichten der Arbeit auf die Interessen und Bedürfnisse der Mitglieder. Herr Hüsting, Mitglied des ZK der Katholiken Deutschlands, berichtete über die Vorbereitungen zur Konziliaren Versammlung in Deutschland. Hier wurde Kritik am Mangel an ökumenischer Ausrichtung laut. Die finanzielle Lage der IKvu ist nicht sehr gut; Grund ist vor allem die Überalterung der Mitgliedschaft. Das neue Leitungsgremium der IKvu ist komplett protestantisch, was eine Premiere ist. Die katholischen Mitglieder des Vorstands waren als AnhängerInnen der Befreiungstheologie in der Regel progressiver ausgerichtet als ihre protestantischen NachfolgerInnen. Auf dem Mannheimer Katholikentag hat die IKvu zusammen mit der Zeitschrift Publik Forum im Rahmen eines ökumenischen Zentrums ein Alternativprogramm angeboten, Themen waren z.B. sexueller Missbrauch in der Kirche, der Rechtskatholizismus, Umgang mit Flüchtlingen und alternative Finanzsysteme. Das Angebot war gut besucht, obwohl es im offiziellen Programm des Katholikentags nicht erwähnt wurde. Als werbewirksam erwies sich vor allem die Berichterstattung in der Lo-



zwerk  
von u

kalzeitung Mannheimer Morgen sowie das Verteilen von Flyern am Bahnhof.“

Für alle Teilnehmenden hat Ingelore Gaede gekocht, wie sonst auch für den Redaktionsbeirat. Herzlichen Dank! Manche Mitglieder hatten

Grußworte geschickt und Vorschläge für die Bundesarbeit gemacht. Aus 12 Städten waren 17 Teilnehmende gekommen. Sie schieden im Bewusstsein, zukunftsweisende Entscheidungen für den Bund getroffen zu haben.

## Die religiöse Linke mobilisieren – aber wie?

Von Thorsten de Jong

**D**er diesjährige Kongress des ILRS, unserer internationalen Dachorganisation, stand unter dem Motto „Mobilising the Religious Left“, „die religiöse Linke mobilisieren“. Ca. 20 Delegierte aus sieben Ländern trafen sich im Juni in Stockholm und, um das Wichtigste gleich vorwegzunehmen: Ein Masterplan zur Überwindung der Nahezu-Bedeutungslosigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung konnte auch nach der dreitägigen Tagung nicht präsentiert werden.

Ergebnislos war das Treffen dennoch nicht – im persönlichen Austausch über die jeweiligen Arbeitsweisen und -schwerpunkte der unterschiedlichen Bünde ergaben sich viele Ideen und Anregungen auch für den BRSD, die in die hier zu führende Debatte über die Neuausrichtung der Vereinsarbeit noch eingehen werden. Zu nennen wären hier vor allem die Stichworte Pres-

sarbeit, Publikationen und Vernetzung mit der Politik, außerdem die Öffnung hin zu anderen Religionen.

Die Delegation der schwedischen Gastgeber war naturgemäß die größte, sie war aber auch die mit Abstand diverseste und der weißen, männlichen, europäischstämmigen Gruppe des BRSD damit um Längen voraus: Menschen verschiedener Hautfarben, Herkunftsländer, Religionen, und – auch das ist noch lange nicht selbstverständlich: beiderlei Geschlechts – vertraten den schwedischen Bund „Tro och Solidaritet“ (Glaube/Treue und Solidarität). Dies ist nicht etwa Zufall oder natürlicher Ausdruck einer „schwedischen Art“, sondern das Ergebnis einer gründlichen und für einige Mitglieder sicher schmerzhaften Neuausrichtung – man kann auch sagen: Neuerfindung – der schwedischen ReSos. Ein Indiz hierfür ist der neue Name der Gruppe, der so frisch ist, dass fast alle



nach Stockholm mitgebrachten Dokumente noch den alten Namen „Broderskap“ auf dem Titel trugen. Weiter erzählten die SchwedInnen von gezielten Angeboten für MuslimInnen, aber auch von Anstrengungen, muslimische SozialistInnen stärker in verantwortliche Positionen einzubinden. Eine bloße „Öffnung“ zu anderen als den christlichen Konfessionen ist weder aufrichtig noch hinreichend – wir müssen auch bereit zu wirklichen Veränderungen sein.

Klar ist, dass ein religiös-sozialistischer Bund, in dem sich JüdInnen und MuslimInnen zu Hause fühlen und Führungsaufgaben übernehmen können, völlig anders aussehen wird als ein BRSD, der letztlich ein BCSD, nämlich ein Bund Christlicher SozialistInnen, ist. Klar ist aber auch, dass wir bei aller Bereitschaft zur Veränderung die Grundüberzeugungen des Religiösen Sozialismus nicht preisgeben dürfen. Darüber, was genau diese Grundüberzeugungen sind, werden wir zu gegebener Zeit eine sicher kontroverse und schwierige Diskussion führen müssen. Themen wie Frauenrechte, die Abgrenzung zwischen Rechten der Religionsgemeinschaften und der Individuen oder der säkulare Staat beinhalten sicher einiges an Konfliktpotenzial.

Das Highlight der Veranstaltung war sicher ein Vortrag



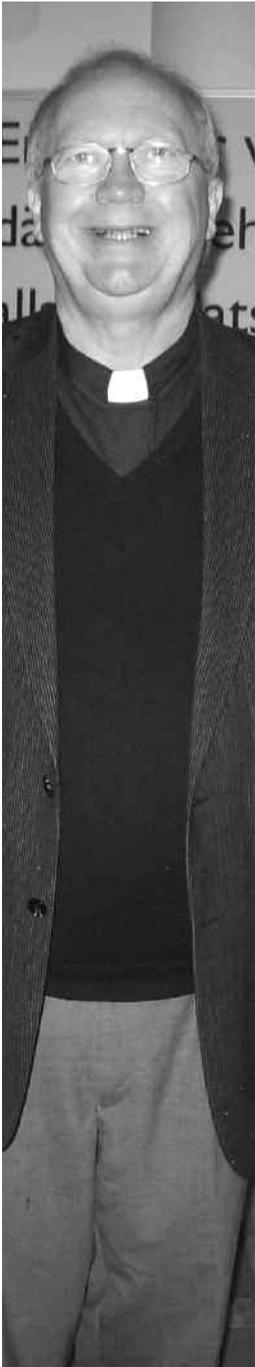
*Héli Aloulou*

von Héli Aloulou von den in Tunesien neuerdings mitregierenden Sozialdemokraten. Ihre Partei ist Minderheitspartner in einer Koalition mit den Islamisten, und natürlich wurde die Frage diskutiert, inwiefern diese Partei ein geeigneter Partner zur Durchsetzung sozialdemokratischer Forderungen, ja überhaupt zum Aufbau und Erhalt einer Demokratie sein kann. Frau Aloulou selbst gab an, dass sie ihrem Koalitionspartner sehr kritisch gegenüberstehe, letztlich aber zugeben müsse, dass er aus (sozial-)demokratischer Perspektive bislang alles richtig gemacht habe. Ob das so bleibt, ob eine mit den Muslimbrüdern verwandte islamistische Partei auf Dauer tatsächlich so etwas wie eine muslimische CDU werden kann, bleibt abzuwarten.

Zum Abschluss der Tagung wurde der Vorstand des ILRS neu gewählt.

Abgeschafft wurde die Position des Generalsekretärs: Nachdem der letzte Generalsekretär die Arbeit und auch den Kontakt zum übrigen Vorstand 2009 eingestellt hatte, war der Posten ohnehin unbesetzt geblieben. Seine jetzige Abschaffung ist konsequent und führt zu eindeutigeren,





schneller arbeitenden Strukturen. Wer bei der Suche im Internet nach der ILRS festgestellt hat, dass die Site zuletzt 2009 vom damaligen Generalsekretär gewartet wurde, findet hier die Erklärung. Eine neue Seite unter [ilrs.wordpress.com](http://ilrs.wordpress.com) ist in Arbeit.

Im Amt bestätigt wurde die Präsidentin Cecilia Dalman Eek, auch im weiteren Vorstand gab es keine großen Veränderungen. Zwei Vorstandsposten wurden zunächst unbesetzt gelassen. Einer für ein Mitglied unserer englischen Schwesterorganisation Christian Socialist Movement, die sich vor zwei Jahren überraschend aus dem ILRS zurückgezogen hatte, sich wahrscheinlich aber bald wieder stärker einbringen möchte. Der

letzte Sitz ist für ein außereuropäisches Mitglied reserviert. Hier kommt vor allem die neuerdings im ILRS organisierte südafrikanische Commission for Religious Affairs des regierenden ANC oder die philippinische Akbayan Citizens' Action Party, die kurz vor dem Beitritt steht, in Frage.

Mobil zeigten sich zunächst einmal die Delegierten, die z.T. sehr weite Anreisen in Kauf nahmen. Wenn darüber hinaus auch in den Köpfen etwas bewegt wurde, könnte es schließlich tatsächlich zu einer Mobilisierung der religiösen Linken kommen, zur Einsicht, das Religion nicht „rechts“ ist und dass „Links sein“ und Religiosität sich nicht gegenseitig ausschließen.

## Der neue Vorstand des BRSD

### Thorsten De Jong

Geboren wurde ich 1971 in der schönen Stadt Hamburg, was ich meiner Mutter verdanke, die ursprünglich aus Hamburg stammt – gewohnt habe ich dort nie. Meinem Vater verdanke ich die niederländische Staatsbürgerschaft und immerhin drei Lebensjahre in den Niederlanden.

Den größten Teil meiner Kindheit und Jugend verbrachte ich aber in Kleve am Niederrhein, wo ich im Kindergottesdienst und in der Ju-

gendarbeit der dortigen Evangelischen Kirchengemeinde tätig war.

Zum Studium zog es mich ab 1991 an die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH). Die Zeit dort verbrachte ich unter anderem mit dem Studium von Englisch und Evangelischer Religionslehre (was die RWTH seinerzeit noch anbot), zu einem großen Teil aber auch mit Aktivitäten für die studentische Vertretung auf verschiedenen Ebenen. Es schloss sich

noch eine Zeit als Wissenschaftlicher Angestellter im Evangelischen Theologischen Institut bis zu dessen Schließung 2006 an.

Seit 2008 arbeite ich als Englisch- und Religionslehrer an einem Dürener Gymnasium.

Adresse: Viktoriastr. 42, 52066 Aachen, Tel. 02 41/4 09 03 60, thaden@freenet.de

### Michael Distelrath

Vorstandsmitglied (Beisitzer) des SPD-Ortsvereins Köln-Bocklemünd/Mengenich, Mitglied der Demokratischen Linken DL21. Vorstandsmitglied der Kölner Initiative Grundeinkommen, Fördermitglied von Greenpeace.

Görlinger Zentrum 3, 50829 Köln, Tel. 02 21/9 99 02 30; Mobil 01 79/5 12 54 28, m.distelrath@genion.de

### Reinhard Gaede

Geboren 1942 in Siegen, nach dem Abitur 1963 Studium generale am Leibniz-Kolleg Tübingen, Studium der Ev. Theologie in Tübingen, Heidelberg und Münster, 1968–1969 Wiss. Mitarbeiter am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften bei Prof. Dr. Wendland, 1969–1970 Tutor im Hamannstift und Vikar in der Ev. Studentengemeinde Münster bei P. Dr. Hufendiek, 1971–1972 Vikar in Siegen, Christus-Gemeinde, Promotion 1972 in Münster (Dissertation „Kirche – Christen – Krieg und Frieden.

Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit“, Hamburg-Bergstedt 1975), 1972–1976 Wissenschaftlicher Assistent mit Lehrauftrag bei Prof. Dr. Wolfgang Schweitzer und Studentenpfarrer an der Kirchlichen Hochschule Bethel, zugleich Studium der Soziologie, Ordination 1973, 1976–2005 Gemeindepfarrer in Herford-Laar, Mitglied der Landessynode EKvW, Mitglied des Ausschusses für Mission und Ökumene und des Theologischen Ausschusses im Kirchenkreis Herford, Beauftragter für die Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern.

Ruhestand seit 1. Nov. 2005; seit 1975 Mitglied im BRSD, 1976–1996 Mitglied der Redaktion CuS, zuletzt und wieder seit 2005 Schriftleiter, Bundessprecher; 1972 Mitglied des Bielefelder Arbeitskreises für Kirche und Gesellschaft, Gründungsmitglied der Solidarisches Kirche Westfalen, in der der Bielefelder Arbeitskreis aufging, seit 2005 Vorstandsmitglied, Veröffentlichungen zur kirchlichen Zeitgeschichte und Sozialethik.

Mitglied im Freundeskreis Iwanowo, Herford, im Münster-Chor Herford, Vorstandsmitglied in der Hospizbewegung Herford, Gründungsmitglied der Veranstaltergemeinschaft Radio Herford seit 1991, seit 2008 Vorsitzender der Kreisarbeitsgemeinschaft der





Gartenbauvereine im Kreis Herford.

Seit 1971 verheiratet mit Ingelore, geb. Schöttler, Kinder: Irina, \*1972, Britta, \*1973, † 1995, Asja, \*1976, Ilja \*1980; Enkelkinder: Julika \*7. August 2006, Lenja \*7. Juni 2009.

### Dieter Hönerhoff

Geboren am 23.4.1936 in Herford, nach dem Besuch der Volksschule und der Ausbildung als Tischler weitere Ausbildung in Lehrgängen der Gewerkschaften und 1962/63 an der Sozialakademie in Dortmund.

Seit dem 15. Lebensjahr Gewerkschaftsmitglied. Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär von 1963 bis 1996. Heute Mitglied bei attac, Bundeskassenführer des BRSD.

Tel. 0 52 21/99 42 52



### Anneke Ihlenfeldt

Motive für Mitarbeit im Vorstand: Ich glaube an die Errettung durch die Solidarität, wie sie uns Jesus gelehrt hat. Die christliche Religion ist, wie wir auf der letzten Tagung von Franz Segbers lernen durften, nicht vereinbar mit dem Kapitalismus. Das bedeutet, dass jedes Wort von den Rechten der Armen nur leeres Gerede bleibt, solange wir uns nicht mit dem Reichtum, den Besitzverhältnissen oder – kurz – mit dem Kapital anlegen.

Für mich bedeutet dies konkret in der Vorstandsarbeit,

dass wir, der BRSD, auf dem Evangelischen Kirchentag deutlich machen müssen, dass die Option für die Armen die Aufhebung der Armut bedeutet und es also ohne alle Bescheidenheit um die Aufhebung des Reichtums gehen muss und wir mit unserem Auftritt neben dem zu erwartenden liberalen halbkritischen Angebot, christliche und damit sozialistische Positionen vertreten.

Aufgabe des Vorstands ist es dabei, die Arbeit des Bundes zu koordinieren und inhaltlich vorzubereiten.

Letztendlich gilt: Auch dies können wir nur selber tun.

Biographie: Kandidatin der Ev. Theologie, 34 Jahre alt, engagiert in der Initiative Kirche von unten (Ikvu) Bremen, in der Kirchengemeinde Walle, Bremen, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), in der Linken, Bremen, Mitglied bei ver.di, verheiratet mit Florian Ihlenfeldt.

Adresse: Almatastr. 29, 28219 Bremen, Tel. 04 21/84 74 18 80, annihl@gmx.de

### Florian Ihlenfeldt

Motive für Mitarbeit im Vorstand: Während wir auf dem Katholikentag 2012 im ökumenischen Zentrum Hand in Hand arbeiteten, ist es möglich gewesen, Grenzen zu überwinden zwischen den Konfessionen für eine gemeinsame Kir-



che (Christentum) gegen den Traditionalismus der Katholischen Kirche. Dies sehe ich als Aufgabe, wofür ich für den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Mitglied des Leitungsgremiums bin.

Biographie: Ich bin 32 Jahre alt, Gärtner, glücklich verheiratet und evangelisch-reformiert.

Adresse: Almatastr. 29, 28219 Bremen, floh.rian@gmx.de

### Alois Schwarz

Ich bin Jahrgang 1954, seit 2009 Pfarrer einer großen Kirchengemeinde in Nördlingen. Evangelische Theologie habe ich in Saskatoon, Halifax und Winnipeg, Kanada, studiert. Beruflich war ich mehr im Ausland als in Deutschland tätig. Mitglied des BRSD bin

ich seit einem Jahr. Es sind die Schriften Martin Bubers, die Theologie Paul Tillichs, und die politischen Persönlichkeiten links von der Mitte – Willy Brandt und Olof Palme – um nur einige zu nennen, die Europa geprägt und verändert haben, deren religiöse und sozialen Überzeugungen ich im BRSD verankert sehe. Ich schätze die Möglichkeiten, die der BRSD als Plattform für religiöse und politische Themen der öffentlichen Diskussion bieten kann. Nun freue ich mich, im Vorstand mitzuarbeiten und mitzugestalten und auf Begegnungen und Gedankenaustausch mit Euch/Ihnen.

Adresse: Hallgasse 6, 86720 Nördlingen, Tel. 0 90 81/2 72 69 89, aloisschwarz@yahoo.de

## Presseerklärung

*Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., www.BRSD.de, Mitglied der International League of Religious Socialists, der Initiative Kirche von unten, des Attac-Netzwerks, von Oikocedit und Kairos Europa*

**D**er weltweit erste Atomwaffen-Einsatz am 6. August 1945, 8.16 Uhr Ortszeit durch die US-amerikanische Kriegsführung war ein Verbrechen

gegen die Menschlichkeit. Zwischen 90.000 und 200.000 Menschen wurden getötet, viele Menschen litten an den Folgen, 80% der Stadt wurden zerstört. Am 9. August warfen die US-Amerikaner die Zweite Bombe auf die Stadt Nagasaki ab, die um 12 Uhr mittags detonierte und beinahe die doppelte Sprengkraft der ersten Bombe hatte.

Für die Verbrechen gibt es keine Entschuldigung, auch keine militärisch-strategischen





Rechtfertigungen, wie sie damals vorgetragen wurden.

Das unvorstellbare Leid der damals betroffenen Menschen, der Schrecken derer, die Augenzeugen waren und überlebten, ist für uns heute eine Mahnung:

Frieden ist die Bedingung des Überlebens im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen.

Diese Waffen sind zu ächten. Allseitige Abrüstung ist nötig.

Hiroshima und Nagasaki dürfen sich niemals wiederholen, nie wieder Krieg!

Dafür setzen wir, der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD), seit 1919 Bündnisorganisation innerhalb der Friedensbewegung, uns mit all unseren Kräften ein.

Fast 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern immer noch 150 Atomwaffen in Deutschland, die für den Einsatz im Ernstfall vorgesehen sind. Jede einzelne dieser Atomwaffen hat die Zerstörungskraft von mehreren Hiroshima-Bomben.

Sie tragen nicht zu unserer Sicherheit bei! Ganz im Gegenteil, sie ziehen Gelder ab, die wir gegen die heutigen Bedrohungen (z.B. den Klimawandel) benötigen.

Wenn Deutschland weiterhin an Atomwaffen festhält, können wir andere Länder nicht glaubwürdig überzeugen, auf Atomwaffen zu ver-

zichten. Entgegen vergangener Ankündigungen aus der Bundesregierung sollen verbliebenen US-Atomwaffen in Büchel/Eifel nicht abgezogen, sondern ab 2017 durch modernere ersetzt werden – die NATO-Atomwaffenstrategie will es so. Bei den zahlreichen Aktionen zum Hiroshima-/Nagasakitag fordert das „Netzwerk Friedenskooperative“ den umgehenden Abzug dieser Atomwaffen als ersten Schritt hin zu einem atomwaffenfreien Europa. Notwendig dafür ist die Kündigung des Stationierungsabkommens zwischen der Bundesregierung und der US-Regierung.

Mit der Kampagne „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“ – einem Zusammenschluss von über 40 unabhängigen Organisationen in Deutschland – fordern wir einen wegweisenden Beitrag Deutschlands zu einer atomwaffenfreien Welt. Konkrete Schritte sind gefragt. Die Mitarbeit an der Einsatzplanung von Atomwaffen muss eingestellt und der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland veranlasst werden. Es dürfen keine Kampfbomber und Soldaten für den Einsatz von Atomwaffen bereitgestellt werden. Das Ziel der Kampagne ist, erklären zu können: Deutschland ist atomwaffenfrei: Wir haben die nukleare Teilhabe beendet, als Schritt zu einer atomwaf-

fenfreien Welt. Die Welt braucht international anerkanntes Recht und den Internationalen Gerichtshof zur friedlichen Beilegung von Konflikten, zugleich zur Bestrafung von Kriegsverbrechen.

Ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima sagt Takashi Uesugi, Vorsitzender der Free Press Association of Japan: „Auch jetzt noch geht die radioaktive Verseuchung vom Tepco Atomkraftwerk ins Meer weiter. Nach Aussagen der amerikanischen Gesellschaft für Meeresforschung gelangte die radioaktive Verseuchung des Atlantik nordwärts, entlang der Küste von Nordost Japan, bereits bis zur Süd- und Ostküste von Hokkaido. Im vergangenen Sommer fand man radioaktiv verseuchte Makrelen und Kabeljau aus Hokkaido, die in Büchsen verarbeitet waren.“ Und Naho Dietrich-Nemeto, in Fukushima aufgewachsen, mahnt: „Menschen, die weit entfernt leben, denken, ihr Leben hätte nichts mit Atomkraft zu tun. Ich möchte, dass genau diese Leute vom Schmerz und dem Leid der Menschen in Fukushima wissen. Wer wird der oder die Nächste sein? Jeden kann es treffen. Diese Tragödie kann überall geschehen. Und wenn es passiert, dann ist der Schaden irreparabel. Radioaktive Kontamination

verschwindet nicht nach mehreren Jahrzehnten oder nach Hunderten Jahren. Bitte versuchen Sie, die Kosten für das Leben zu berechnen! Denken Sie an sich selbst! Denken Sie an Ihr Kind! Denken Sie an ihre wichtige Familie! Sicherheit von Atomkraftwerken? Die gibt es nicht. ... 26. April 1986 in Tschernobyl und 11. März 2011 in Fukushima. Was haben die Menschen während der vergangenen 25 Jahre getan? Bevor es zu spät ist, bevor die gleiche Katastrophe noch einmal passiert – was können wir noch weiter tun? Meine Heimat und ihre Kinder wurden geopfert. Wenn man daraus nichts gelernt hat, dann gibt es keine Hoffnung mehr. Ich bitte alle Menschen, die Opfer nicht zu vergessen.“ (CuS 2-3/2012)

Christinnen und Christen sind aufgerufen, in Dankbarkeit für das Geschenk des Lebens die Schöpfung zu bewahren, „Ehrfurcht vor dem Leben“ (Albert Schweitzer) zu haben.

Wir danken allen Friedensfreundinnen und Friedensfreunden, dass sie der Opfer gedenken und zum Frieden mahnen.

*Herford, 5.8.2012  
Dr. Reinhard Gaede  
Vorstandsmitglied des BRSD  
(www.BRSD.de)  
Schriftleiter, CuS*





## Leserbrief: Hiroshima – Gedenken

Lieber Reinhard Gaede! Wir sind sehr dankbar für eure ermutigende Botschaft. Ich habe sie hier am Haupttor des Atomwaffenstützpunktes Büchel als Teilnehmer des Büchelfestens (s. [www.versoehnungsbund.de](http://www.versoehnungsbund.de)) vorgelesen, unterbrochen vom ohrenbetäubenden Lärm der übenden Tornados. Besonders hat uns der Hinweis auf Fukushima gefallen. Wir sprachen auch darüber: In Hiroshima und Nagasaki leiden und sterben in dritter Generation heute noch Menschen, sodass die Toten-Zahl 200 000 weit überschreitet. Nach unserem Wissen sind in Büchel etwa 20 Atomwaf-

fen stationiert. Wir werden unsere Aktion hier am Nagasaki-Gedenntag um 11.02 Uhr mit einer Andacht beenden. Besonders grüßt Matthias Engelke, der Vorsitzende des Internationalen Versöhnungsbundes - Deutscher Zweig. Er erinnert daran: Der Versöhnungsbund und die Religiösen Sozialisten wurden gemeinsam gegründet. Bis zum Verbot durch die Nazis gab es viele Doppelmitgliedschaften. Er würde sich über neue Zusammenarbeit freuen. Salaam! Schalom! Dr. Martin Arnold, Weichselstr. 22, 45136 Essen, [Martin.Arnold@ekir.de](mailto:Martin.Arnold@ekir.de), [www.martin-arnold.eu](http://www.martin-arnold.eu), [www.guetekraft.net](http://www.guetekraft.net)

## Bilder und Fotos

Reinhard Gaede .....	1, 66, 68, 71
Wikipedia, gemeinfrei .....	7, 17, 19, 27, 36, 60, 62, 63, 75
Komitee für Grundrechte und Demokratie .....	8, 10, 12
Wilfriede Dieter, priv. ....	14
Ullrich Hahn, priv. ....	21
Michael Schmid.....	22–25
Naho Dietrich-Nemoto, priv. ....	34
Takashi Uesugi, priv. ....	37
Jürgen Schübelin.....	38, 40, 41
Deonal Sinaga .....	42–44
Rafael Dreyer .....	45, 47
Thorsten de Jong .....	48, 69, 71
Rainer Doerbaum, priv. ....	53
Helga Bick.....	55, 73, 76
Horst Haitzinger, NW. 27.1.2012, Nr. 23 .....	54
Ulrich Adler, priv. ....	57
Edition Exodus .....	59
Mohr Siebeck Verlag.....	61
Edition Chrismon .....	64
Initiative Kirche von unten .....	67
Alois Schwarz .....	69, 70, 73
Michael Distelrath, priv. ....	71
Dieter Hönerhoff, priv. ....	72
Anneke und Florian Ihlenfeldt, priv. ....	72
Stadtmuseum Düsseldorf .....	74

## Autorinnen und Autoren

### Ulrich Adler

Matthias-Claudius-Str. 15  
35584 Löhne

### Wilfriede Dieter

Herkulesstr 7  
43119 Kassel

### Naho Dietrich-Nemoto

Pfälzer Str. 22  
69123 Heidelberg

### Rainer Dörbaum

Helmholtzstr. 29  
60385 Frankfurt/Main

### Rafael Dreyer

Chiesa Valdese  
Via Capitano Faraci 63  
I-93016 Riesi

### Doris Gerlach

Radewiger Str. 14  
32052 Herford

### Ullrich Hahn

Zähringer Str. 18  
78050 Villingen

### Frank-Matthias Hofmann

Ev. Büro Saarland  
Am Ludwigsplatz 11  
66117 Saarbrücken

### Thorsten de Jong

Viktoriastr. 42  
52066 Aachen

### Dr. Ulrich Peter

Nicolaistr. 48a  
12247 Berlin

### Michael Schmid

Bubenhofenstr. 3  
72501 Gammertingen

### Jürgen Schübelin

Hansegracht 11  
47051 Duisburg

### Dr. Deonal Sinaga

An der Rehwiese 18  
33617 Bielefeld

### Takashi Uesugi

1-1-1-1105 Kachidoki, Chuo-ku  
Tokyo 104-0054  
Japan

**Mitarbeit:** CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

**Artikel:** Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.  
Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

**Sprache:** Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

**Endredaktion:** Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

# **CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose**

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

*Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).*

## **Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

### **Abonnements:**

Per Post:  
BRSD, Dieter Hönerhoff  
Gänsemarkt 4, D-32052 Herford

Per Telephone:  
0 52 21/99 42 52

Per E-Mail:  
DieterHoe@t-online.de

### **Bezugspreise (inkl. Versand):**

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,  
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-  
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag  
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010  
Internationale Überweisungen:  
IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam